LTFORSCHUNGSZENTRUM LEIPZIG-HALLE GMBH

UFZ-Bericht

Nr. 18/2002

Kommunale Sozialberichterstattung

Sigrun Kabisch[1] und Annegret Kindler[2] (Hrsg.)

UFZ-Umweltforschungszentrum Leipzig-Halle GmbH
[1]Sektion Ökonomie, Soziologie und Recht
[2]Sektion Angewandte Landschaftsökologie

RS
02
1535 MA

ISSN 0948-9452

Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung (UFZ)
00408790

Gewässerforschung Magdeburg
RS

Kommunale Sozialberichterstattung

Herausgegeben von Sigrun Kabisch und Annegret Kindler

UFZ-Sektion Gewässerforschung · Magdeburg
02-
1535 MA

Inhalt

Vorwort 1

Sigrun Kabisch, Annegret Kindler
Kommunale Sozialberichterstattung – Wirksamkeit als wissenschaftliches Erkenntnisinstrument und als Hilfsmittel der kommunalen Praxis 3

Wolfgang Schütte
Sozialberichterstattung, Stadtentwicklung und Stadtpolitik.
Erfahrungen in Hamburg und andernorts 17

Dieter Rink
Sozialberichterstattung unter dem Leitbild sozialer Stadtentwicklung –
Erfahrungen aus Leipzig 27

Uwe Neumann
Stadtteil-Monitoring in Duisburg-Marxloh –
Sozialraumforschung als Planungsinstrument 45

Inge Mette
Sozialverträglichkeitsuntersuchung zur Weltausstellung EXPO 2000 in Hannover 59

María Cristina Trifiró
Demographic and socioeconomic disparities in the departments of Great Mendoza (Argentina) - Explanations on the base of the Demographic and Socioeconomic Atlas of Great Mendoza 73

Hauke Gollin
Soziostrukturelle Entwicklungstendenzen in der Großwohnsiedlung Schönwalde II der Hansestadt Greifswald 90

Vorwort

Vom 1. bis 5. Oktober 2001 fand in Leipzig der 53. Deutsche Geographentag statt. Er stand unter dem Thema „Stadt und Region – Dynamik von Lebenswelten". In diesem Rahmen wurde durch die Verantwortlichen eine Fachsitzung mit der Überschrift „Kommunale Sozialberichterstattung – Wirksamkeit als wissenschaftliches Erkenntnisinstrument und als Hilfsmittel der kommunalen Praxis" konzipiert. Die Ankündigung dieser Fachsitzung und der Aufruf zur abstract-basierten Bewerbung um einen Vortragsplatz führten dazu, dass sieben Präsentationen zur Auswahl standen. Da die vorgegebene Sitzungszeit ursprünglich nur für vier ausreichend war, die Angebote allerdings alle sehr interessant erschienen, wurde von den Fachsitzungsleiterinnen entschieden, den Workshopcharakter zu stärken. Dies hatte zur Folge, dass alle sieben Beiträge zum Vortrag angenommen wurden, allerdings mit der Maßgabe einer zeitlichen Beschränkung auf die wesentlichen Aussagen, um eine intensive Diskussion zu initiieren.

Diese Strategie erwies sich als außerordentlich gewinnbringend. Zwischen den Referenten und dem Publikum entfaltete sich ein reger Gedankenaustausch. Dieser begründete sich daraus, das unterschiedliche Sichtweisen und Erfahrungen von Vertretern sowohl aus wissenschaftlichen Einrichtungen als auch aus Stadtverwaltungen aufeinander trafen.

Zum Abschluss der Fachsitzung wurde seitens vieler Anwesenden die Bitte geäußert, die Vorträge und die Diskussionsergebnisse nachlesen zu können. Die vorliegende Publikation folgt diesem Anliegen. Sechs Referenten haben ihren überarbeiteten Vortrag eingereicht. Am Anfang steht ein Beitrag der beiden Themenverantwortlichen, der die aktuelle Debatte zum Thema „Kommunale Sozialberichterstattung" umreißt und zu den Einzelbeiträgen, die jeweils verallgemeinerungsfähiges Erfahrungswissen mit konkreten Fallbeispielen kombinieren, hinführt.

Sigrun Kabisch und Annegret Kindler

Kommunale Sozialberichterstattung – Wirksamkeit als wissenschaftliches Erkenntnisinstrument und als Hilfsmittel der kommunalen Praxis

Sigrun Kabisch, Annegret Kindler

1. Einleitung

Die kommunale Sozialberichterstattung umfasst die detaillierte Beschreibung, Analyse und Bewertung städtischer Lebenswelten in Form eines kontinuierlichen Monitoringsystems. Sie dient zur umfassenden Information einer breiten Öffentlichkeit über die materielle, soziale, gesundheitliche und kulturelle Ungleichverteilung von Lebenslagen und Lebenschancen innerhalb der Bevölkerung, die Entwicklung sozialer Problem- und Bedarfslagen sowie deren Verursachungszusammenhänge. In Form von Sozialberichten, Sozialatlanten, Lebenslagereporten etc. werden Zwischenergebnisse einer integrierten Betrachtung dieser komplexen Sachverhalte im Kontext der Stadtentwicklung dokumentiert.

Als wissenschaftliches Erkenntnisinstrument gestattet die kommunale Sozialberichterstattung Schlussfolgerungen und Prognosen zu sozialen und sozialräumlichen Entwicklungsprozessen in konkreten lokalen Bezugseinheiten (Städte, Stadtbezirke, Ortsteile, statistische Blöcke u.a.). In ihrer Funktion als Hilfsmittel der kommunalen Praxis generiert sie Sachinformationen und Handlungsempfehlungen, die die Zielgenauigkeit von Entscheidungen zur Vermeidung bzw. Abschwächung sozialer Problemschwerpunkte erhöhen können.

Durch die Kombination von wissenschaftlichen und praxisrelevanten Fragestellungen wird die Effizienz kommunaler Sozialberichterstattung gestärkt. Denn dadurch sind wechselseitige Erkenntnisgewinne aufgrund inhaltlicher und methodischer Ergänzungen möglich. Die Voraussetzung dafür sind neue bzw. verbesserte Dialogformen zwischen Wissenschaft und Kommunalverwaltung sowie –politik.

In den weiteren Ausführungen werden die Instrumentenfunktion von Sozialberichterstattung erläutert, die Erfordernisse einer integrierten Berichterstattung auf kommunaler Ebene begründet und diese durch Fallbeispiele untersetzt. Abschließend werden die Erfahrungen mit vorliegenden Berichterstattungen und ausgewählte Aspekte ihrer Weiterentwicklung aus wissenschaftlicher und aus Anwenderperspektive zusammengefasst.

2. Kommunale Sozialberichterstattung als Instrument nachhaltiger Stadtentwicklung

Die interdisziplinäre sozialwissenschaftlich ausgerichtete Stadtforschung hat auf der Suche nach Entwicklungspfaden für Städte und Stadtregionen, die sich am Leitbild der Nachhaltigkeit orientieren, erkannt, dass eine problemadäquate, umfassende und für alle Beteiligten verständliche Informationsbasis eine wesentliche Voraussetzung für eine erfolgreiche Arbeit ist. Dies gilt um so mehr, wenn eine enge Zusammenarbeit mit den kommunalen und regionalen Entscheidungsträgern aufgebaut werden soll, damit die Forschungsergebnisse der gesellschaftlichen Praxis zur Verfügung gestellt werden können.

Nachhaltige Stadtentwicklung erfordert vor allem, gleichzeitig die Ziele der sozialen Gerechtigkeit, der ökonomischen Beständigkeit und des Umweltschutzes anzustreben. Die Wechselwirkungen und gegenseitigen Abhängigkeiten zwischen den drei Dimensionen werden in dichtbesiedelten Räumen wie den Städten und Stadtregionen besonders deutlich und für die hier lebenden Menschen spürbar. Sie stehen im Zentrum der Aufmerksamkeit um eine gerechtere Chancenverteilung der Ressourcennutzung (Dangschat 1997, S. 170f.). Denn je nach dem Ausmaß an kumulierenden positiven und negativen Effekten unterscheiden sich die kleinteiligen Lebensräume und sortieren deren Bewohner entsprechend ihres sozialen Status. Es entstehen Stadtgebiete und Siedlungen mit einer hohen Lebensqualität neben Räumen, die ungünstige Bedingungen und Mehrfachbenachteilungen aufweisen.
Um dieser Entwicklung entgegenzuwirken, ist in der Agenda 21 im Rahmen der Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung 1992 in Rio de Janeiro die Förderung einer nachhaltigen Siedlungsentwicklung zu einem der Hauptpunkte erklärt worden. Als oberstes Ziel wird die Verbesserung der sozialen und wirtschaftlichen Bedingungen sowie der Umweltqualität aller Menschen, insbesondere der städtischen und ländlichen Armutsgruppen, definiert. Zu den Programmbereichen gehören eine angemessene Unterkunft für alle, die Verbesserung des Siedlungswesens, die Förderung einer nachhaltigen Flächennutzungsplanung und Flächenwirtschaft, der Aufbau einer integrierten Umweltschutz-Infrastruktur zur Bereitstellung von Trinkwasserversorgung, Abwasserbeseitigung, Kanalisation und Abfallentsorgung, die Entwicklung umweltverträglicher Energieversorgungs- und Verkehrssysteme, die Unterstützung der Siedlungsplanung und Siedlungspolitik in von Naturkatastrophen bedrohten Gebieten, die Förderung eines umweltverträglichen Bauens, die Hilfe bei der Entwicklung der menschlichen Ressourcen und der Aufbau der Kapazitäten im Wohnungs- und Siedlungswesen (BMU 1992, S. 44). Damit wird eine umfangreiche Palette an Aspekten umrissen, die im Rahmen nachhaltiger Siedlungsentwicklung zu beachten ist.

Die konkreten Maßnahmen zur Umsetzung der Programmbereiche richten sich nach dem jeweiligen Entwicklungsstand und den Ausgangsbedingungen der lokalen Bezugseinheit. Dabei muß sich die Entscheidungsfindung auf eine möglichst umfassende und problemgenaue Informationsgrundlage stützen können. Bereits in der Agenda 21 wird darauf sehr deutlich verwiesen, indem diesem Thema ein eigenes Kapitel gewidmet ist (BMU 1992, Kapitel 40, S. 282f.). Als Problem wurde umrissen, daß Methoden zur Bewertung der Interaktionen zwischen verschiedenen sektoralen Umwelt-, Bevölkerungs-, Sozial- und Entwicklungsparametern nicht genügend weit entwickelt sind und nicht in ausreichendem Maße genutzt werden. Die Ableitung von Indikatoren für eine nachhaltige Entwicklung ist nach wie vor eine aktuelle Forderung.
Ein Schritt in die Richtung einer problemadäquaten Instrumentenbereitstellung im Rahmen von nachhaltiger Stadtentwicklung ist die Erarbeitung von Sozialberichten. Allerdings existieren dafür noch keine einheitlichen Kriterien, um ein abgestimmtes Herangehen zu ermöglichen und die Vergleichbarkeit zu garantieren. Obwohl es seit den 1970er Jahren Sozialberichterstattung in den Kommunen der BRD in unterschiedlichster Form gibt, ist es bis heute

nicht gelungen, eine gewisse Standardisierung vorzunehmen (Bartelheimer 2001, S. 36). Die Erfassung, Analyse und Bewertung sozialer Merkmale und die Ableitung sozialer Indikatoren nach einheitlichen Kriterien, die Zuordnung zu vergleichbaren Raumbezugseinheiten, der einheitliche Aufbau einer entsprechenden Datenbasis einschließlich ihrer permanenten Aktualisierung in festgelegten Zeiträumen sind eine unentbehrliche Voraussetzung, um kommunale Sozialberichte miteinander vergleichen und sie als kontinuierliches und effizientes (Dauer-)Beobachtungs- und Informationsinstrument nutzen zu können. Dem zufolge lassen sich verschiedene Typen von Sozialberichten unterscheiden, die inhaltlich partielle Überschneidungen aufweisen: Sozialatlanten, Sozialstrukturatlanten, Armutsberichte, Gesundheitsberichte, Sozialraumanalysen, Sozialhilfeberichte, Lebenslagenreporte (Stadt Leipzig 1999, Anhang S. 146f.; Kabisch et al. 1997, S. 11f.)

Die Notwendigkeit der Erarbeitung von Sozialberichten wird insbesondere dann erkannt, wenn soziale Problemkonstellationen kumulieren, keine überzeugenden Lösungsangebote vorliegen und die Schärfe der Probleme ein öffentliches Thema geworden ist. Es kann demnach festgestellt werden, dass ein Anstoß für den Beginn einer Sozialberichterstattung und deren öffentliche Förderung erforderlich ist.

Schütte nennt drei Merkmale, die als implizite Standards von Sozialberichterstattung gelten können:

- sie wird durch Krisen und Brüche veranlaßt und beschreibt problembezogen individuelle Risiken im Kontext gesellschaftlicher Entwicklung,
- sie bezieht sich auf eine empirische Basis und beansprucht Verallgemeinerbarkeit ihrer Ergebnisse,
- sie ist immer auf einen weiteren Kontext gesellschaftlicher Diskussion bezogen, will also die Verhältnisse an die Akteure und die Öffentlichkeit zurückspiegeln und praktische Konsequenzen befördern (Schütte 1998, S. 89).

Dieser weitreichenden Orientierung kann aber nur entsprochen werden, wenn von einer konzeptionellen Grundlage ausgehend gearbeitet wird, die auf diese Anforderungen Bezug nimmt. Dabei ist es zwingend notwendig, daß bei der Lösung von komplexen Problemen der Stadtentwicklung verschiedene Disziplinen an der Berichterstattung beteiligt sind. Es gruppieren sich die notwendigen Variablen um die Bereiche Soziales, Wohnungs- und Städtebau, Ökologie und Wirtschaft.

Die soziale Perspektive als zentrale Säule einer Sozialberichterstattung wird durch die Zuarbeiten aus den städtischen Ämtern, die sich mit sozialen Fragen beschäftigen (Sozialamt, Jugendamt, Gesundheitsamt, Amt für Wohnungswesen), unterstützt. Des weiteren ist das Arbeitsamt eingebunden. Freie Träger, Verbände und Vereine liefern wichtige Informationen aus ihrem Arbeitsumfeld. Sie werden durch qualitative Daten ergänzt, die aus der Expertensicht oder aus Erhebungen resultieren.

Die städtebaulichen Aspekte steuert u.a. das Stadtplanungsamt bei. Ökologische Merkmale werden durch das Umweltamt, das Grünflächenamt oder durch das Kraftfahrtbundesamt beschrieben. Daten zu wirtschaftlichen Komponenten werden im Arbeitsamt, in der Industrie- und Handelskammer sowie der Handwerkskammer bereitgestellt. Es zeigt sich, daß die beispielhaft genannten Einrichtungen, trotz klarer und abgegrenzter Zuständigkeiten, zum Teil bereits ressortübergreifende Aspekte behandeln. So gibt es Schnittstellen zwischen dem Sozialamt und dem Wohnungsamt oder zwischen dem Stadtplanungsamt und dem Grünflächenamt. Eine Zusammenarbeit über Ämtergrenzen hinweg ist unerläßlich und auch in der alltäglichen Praxis etabliert. Dies ist ein normales Verfahren im Rahmen funktionierender Stadtverwaltung, sofern es um operative Entscheidungen geht. Dennoch ist festzustellen, dass im Zuge von Mittelkürzungen und Stellenabbau der Ausbau ämterübergreifender Zusammenarbeit eher eine Behinderung erfährt.

Angesichts der sich verschärfenden sozialen Probleme wie steigende Arbeitslosigkeit, wachsende Armut, sinkende Wirksamkeit sozialer Sicherungssysteme, zunehmende Disparitäten in den Lebensverhältnissen, ungleiche Chancenverteilung zwischen verschiedenen sozialen Gruppen u.a.m. kommt der integrierten kommunalen Sozialberichterstattung eine wachsende Bedeutung zu. Demgegenüber ist die Rolle der spezialisierten Sozialberichte für ausgewählte Themenstellungen nicht zu unterschätzen, da sie wertvolle Detailinformationen zur Ergänzung liefern. Wird der Anspruch einer integrierten Sozialberichterstattung erhoben, sind der uneingeschränkte Willen zu einer ressortübergreifenden Zusammenarbeit der unterschiedlichen städtischen Ämter, die Beteiligung wissenschaftlicher Einrichtungen, die Einbeziehung von Wohlfahrtsverbänden und die Einbindung des Wissens Betroffener eine wichtige Voraussetzung, um Synergieeffekte zu erzielen.
Sollen strategische Entwicklungslinien für die Stadt erarbeitet werden, bedarf es der Kooperation in ressortübergreifenden Arbeitsgruppen, die von der Problemerkenntnis ausgehend gemeinsam innovative Konzepte erarbeiten. Dazu ist fachliche Kompetenz, Zeit und auch der Mut zum Öffnen gegenüber den Denkweisen der anderen Fachvertreter und neuen Ideen erforderlich. „Eine Strategie zur nachhaltigen Entwicklung trägt dazu bei, alle Variablen, die die Entwicklung einer Stadt beeinflussen, einzubeziehen und erfordert integratives, bereichsübergreifendes Denken“ (OECD 2000, S. 63). Gerade das Problem der sozialunverträglichen Entwicklung von Stadträumen, deren zentrale Kategorie ein hohes Maß an residentieller Segregation ist, erfordert eine komplexe und integrierte Problemauseinandersetzung. Der Fokus muss auf die benachteiligten Stadträume gerichtet werden, die zugleich von einem hohen Anteil einkommensunterversorgter Gruppen gekennzeichnet sind. Deren Wohn- und Wohnumfeldbedingungen sind durch mangelhafte Wohnungsausstattung, unzureichende Infrastrukturausstattung, hohe Immissionsbelastung, schlechte Erreichbarkeit oder an Hauptverkehrswegen gelegen, schlechtes Image, hohe Diskriminierung, sozialräumliche Ausgrenzung sowie unzureichende soziale, kulturelle und politische Partizipation gekennzeichnet (Dangschat 1996, S. 182).

Die in Indikatoren übersetzten Merkmale können großenteils in Tabellen- oder Textform und kartographisch dargestellt werden. Damit wird auf die räumliche Komponente Bezug genommen und auf Gebiete aufmerksam gemacht, in denen sich bedenkliche Merkmale konzentrieren. Mit dieser „Anzeigerfunktion" fungiert die Sozialberichterstattung als Instrument. Des weiteren wird der Instrumentencharakter in Form der abgeleiteten Ergebnisse und Handlungsempfehlungen aus der textlichen Interpretation der Statistiken und Karten deutlich. Beispielsweise zeigen sich die negativen Ausprägungen der sozialen, ökonomischen und ökologischen Komponenten von städtischen Teilräumen in einer sich überlagernden und sich gegenseitig verstärkenden Abwärtsentwicklung. Erfolgt keine Gegensteuerung, stehen am Ende dieses Prozesses soziale und bauliche Erosion als typische Niedergangserscheinungen. Es können Prognosen erstellt und Szenarien für mögliche „Zukünfte" für Stadtgebiete entworfen werden. Damit füllt die Sozialberichterstattung eine politikberatende Funktion aus.

Um Gefährdungen rechtzeitig entgegenzuwirken und entsprechenden Handlungsbedarf abzuleiten, sind Frühwarnsysteme erforderlich, wie sie u.a. durch die Sozialberichterstattung zur Verfügung gestellt werden können. Allerdings setzt dies voraus, daß ein Dialog zwischen Sozialforschern, die für die Erstellung von Sozialberichten verantwortlich zeichnen, und politischen Verantwortungsträgern als Anwender und Nutzer gepflegt wird. Bereits in der Vorbereitungs- und Entstehungsphase sowie in den Zwischenetappen ist ein Diskurs über das Konzept, die Inhalte und die Zielrichtung der Sozialberichterstattung nützlich. Denn damit sind mögliche Irritationen vermeidbar, wenn abgeschlossene Berichte vorgelegt werden, deren Aussagen als Kritik an der kommunalen und regionalen Handlungspraxis und Leistungsfähigkeit mißverstanden werden. Eine entsprechende Reaktion löste beispielsweise der im Jahre 1997 von der Fachhochschule Merseburg vorgelegte Endbericht zur Sozialberichterstattung für die Region Merseburg-Querfurt und Halle aus (Stock, Wörndl 1998). Dennoch kann auch ein am Dialog ausgerichtetes Verfahren gegensätzliche Beurteilungen der Ergebnisse der Sozialberichterstattung nicht vollständig ausschließen. Unterschiedliche Interpretationen durch die verschiedenen politischen Gruppierungen sind dafür die Ursache.

3. Erfordernisse einer integrierten Berichterstattung

Die Erarbeitung von handlungsleitenden Strategien für die Entwicklung kommunaler und regionaler Bezugseinheiten erfordert eine präzise Beschreibung der jeweiligen Ausgangssituation. Soziale Merkmalskonstellationen müssen dabei genauso Beachtung finden wie wirtschaftliche Rahmenbedingungen, städte- und wohnbauliche Charakteristika, gesundheitsrelevante Merkmale oder ökologische Sachverhalte. Eine integrierte Betrachtung der einzelnen Faktoren, indem die Wechselwirkungen und gegenseitigen Beeinflussungen in ihrer historischen Entwicklung berücksichtigt werden, ist das Anliegen der kommunalen Sozialberichterstattung.

Es liegt in der Natur der Sache, daß in der Sozialberichterstattung der Schwerpunkt der Indikatorenaufnahme, und -auswertung auf soziale Merkmale gerichtet ist. Dennoch sind zur Erklärung und Veranschaulichung kleinräumiger Sortierungsprozesse stadthygienische und

Umweltkomponenten wie z.B. der Grün- und Waldflächenanteil oder der Anteil von Kleingartenflächen an der Gesamtfläche häufig unerlässlich. Des weiteren sind subjektive Sozialindikatoren zur Widerspiegelung der Befindlichkeiten und Erwartungen der Einwohner zu berücksichtigen. Dazu zählen beispielsweise die empfundene Stärke der Belästigung durch Straßenverkehrslärm und Autoabgase oder die Motive für Sesshaftigkeit bzw. für Abwanderung.

Aus wissenschaftlicher Perspektive zu bearbeitende Forschungsfragen über Konzepte für eine nachhaltige Stadtentwicklung bedienen sich eines mehrdisziplinären Zugangs, um fundierte und anwendungsorientierte Antworten unterbreiten zu können. So wurde vom UFZ-Umweltforschungszentrum Leipzig-Halle GmbH 1997 der Sozialatlas der Stadt Leipzig (vgl. Kabisch et al. 1997) erarbeitet und herausgegeben. Er ist das Ergebnis eines wissenschaftlichen Vorhabens, das in ein Verbundprojekt zum stadtökologischen Strukturwandel und seinen Auswirkungen auf die Stadtentwicklung eingeordnet war. Im Verlaufe der Projektarbeit des Verbundes, in dem Natur- und Sozialwissenschaftler zusammenarbeiteten, erwies es sich als unabdingbar, die vorhandenen statistischen Datengrundlagen zusammenzufassen, zu interpretieren und in einer strukturierten Übersicht für alle beteiligten Fachvertreter handhabbar zu machen. Nur dadurch konnte die Basis für ein integriertes Herangehen bei der Beantwortung komplexer Fragestellungen gewährleistet werden.
Die Notwendigkeit dieses Vorgehens wurde in einer ebenfalls in dem genannten Verbund eingeordneten Forschungsarbeit zur Erarbeitung von Umweltqualitätszielen für Stadtstrukturtypen bestätigt. Ausgehend von stadtgeographischen und –ökologischen Analysen war es für die Bestimmung von Qualitätszielen zwingend erforderlich, soziale Merkmale zu berücksichtigen, welche im Sozialatlas zur Verfügung gestellt werden konnten (Wickop et al. 1998).

Der Sozialatlas der Stadt Leipzig ist eines der ersten Beispiele einer Sozialberichterstattung für die Umsetzung des Anspruchs einer möglichst komplexen Betrachtung von sozialen Prozessen der Stadtentwicklung in den neuen Ländern. Er ist mit dem Ziel erstellt worden, die Ausgangslage einer ostdeutschen Großstadt nach dem gesamtgesellschaftlichen Umbruch Anfang der 1990er Jahre zu beschreiben und die einsetzenden Veränderungsprozesse zu erklären. Damit liegt eine Bewertungsgrundlage für Stadtentwicklungsprozesse vor, die exemplarisch über Eigenarten und Unterschiede ostdeutscher Großstädte im Vergleich zu westdeutschen Auskunft gibt. Insgesamt ist festzustellen, dass der Sozialatlas der Stadt Leipzig vielfältige Ausstrahlungseffekte vorweisen kann. Neben zahlreichen Impulsen für die kommunalpolitische Arbeit vor Ort ist das methodische und inhaltliche Konzept durch weitere Städte im In- und Ausland (z.B. Sozial-Atlas der Stadt Halle (Saale) 2000; Sozial- und Demographieatlas für Gran Mendoza/Argentinien 1998) übernommen und hinsichtlich der jeweiligen kommunalen Rahmenbedingungen angepasst worden (zu den Erfahrungen bei der Erstellung und der nachfolgenden Nutzung des Sozialatlas vgl. Kabisch 2000).

Bei der Erarbeitung von Sozialberichten in Form von Sozialatlanten spielen kartographische Darstellungen eine zentrale Rolle. Mit deren Hilfe werden räumliche Anordnungen und Ver

teilungen von Merkmalen bzw. deren Konzentrationen visualisiert. Entsprechend der Datenlage und der Fragestellungen können Karten, die den gesamten Untersuchungsraum repräsentieren, oder gebietsbezogene Detailkarten erstellt werden. Sind transparente Folien mit der kartographischen Darstellung ausgewählter Einzelmerkmale verfügbar, so hat der künftige Nutzer durch Überlagerung von mehreren Folien die Möglichkeit der eigenständigen Zusammenstellung und Interpretation ihrer Inhalte.
Voraussetzung für die kartographische Umsetzung von Analyseergebnissen ist die Vorlage von geeigneten raumbezogenen Daten auf vergleichbaren Skalenebenen. Diese Grundbedingung ist nicht für jeden sozialrelevanten Indikator, z.B. im Zusammenhang mit Krankheitserscheinungen, zu garantieren. In diesen Fällen muss eine verbale Beschreibung genügen.
Resümierend ist festzuhalten, dass im Unterschied zu textlichen und tabellarischen Darstellungen die kartographische Umsetzung von Untersuchungsergebnissen auf fachmännischer Grundlage eine sehr kompakte und anschauliche Form der Visualisierung von raumbezogenen Informationen ist und die Auswertung sowie die Interpretation von Analyseergebnissen maßgeblich unterstützt.

Neben dem Anspruch einer möglichst weitgehend integrativen und komplexen inhaltlichen Ausgestaltung von Sozialberichten steht die Einordnung sozialberichtsrelevanter Betrachtungsschwerpunkte in andere Berichtssysteme. Beispielhaft seien Gesundheitsberichte genannt.

Gesundheitsberichte

Die Gesundheitsberichterstattung umfasst eine systematische Darstellung und Analyse des Gesundheitszustandes der Bevölkerung, der Gesundheitsgefährdungen und der Gesundheitsversorgung (vgl. Hurrelmann, Murza 1996, S. 8f.). Um diese angestrebten Ziele zu erreichen, werden Indikatoren über den Gesundheits- und Krankheitszustand der Bevölkerung zusammengestellt. In den inhaltlichen Rahmen können auch Informationen zur Effektivität des Versorgungssystems, zu den Ressourcen der Selbsthilfe, dem Umfang der wohnortnahen Hilfen und dem Grad der Kooperation und der Konsensfähigkeit berücksichtigt werden.
Im November 1998 wurde der erste deutschlandweite Gesundheitsbericht veröffentlicht. Damit stand erstmals ein Nachschlagewerk zur Verfügung, das über alle Teilaspekte des tief gegliederten Gesundheitswesens in Deutschland, seine wichtigsten Zusammenhänge und aktuellen Problemlagen informiert. Das Robert Koch-Institut führt in Kooperation mit dem Statistischen Bundesamt die Gesundheitsberichterstattung des Bundes durch, um verlässliche Informationsgrundlagen für Politik, Öffentlichkeit und Wissenschaft zur Verfügung zu stellen. Neben anderen inhaltlichen Komplexen werden Risikomerkmale der sozialen Lage eingebunden, um eine möglichst komplexe Sichtweise zu gestatten. Dazu gehören Einkommensverhältnisse, Bildung, Wohnungsverhältnisse, Arbeitslosigkeit, Gewalt (vgl. Statistisches Bundesamt, Robert Koch-Institut 1998).
In Ergänzung der nationalen Gesundheitsberichterstattung werden bereits seit längerem kommunale Gesundheitsberichte erarbeitet. Die Gesundheitsberichterstattung ermöglicht eine

differenzierte Bestandsaufnahme des Gesundheits- und Versorgungsgeschehens. Sie kann als ein rationales und leistungsfähiges Instrument der Planung politischer Entscheidungen und der Steuerung von Maßnahmen der Gesundheitsförderung genutzt werden. Denn sie liefert die notwendige Informationsbasis für die Festlegung gesundheitspolitischer Prioritäten und trägt zur Entwicklung sowie Umsetzung entsprechender politischer Programme bei.
Die Gesundheitsberichterstattung wird als ein Bestandteil einer umfassenden, regional abgestimmten Präventionspolitik verstanden, die alle gesundheitsrelevanten Lebensbereiche in einer Kommune berücksichtigt und somit Bestandteil eines Frühwarnsystems ist.
Darüber hinaus besitzt sie eine Koordinationsfunktion, da sie soziale, geschlechtsspezifische, regionale, demographische und ökologische Aspekte aufnimmt und demnach auch auf andere Felder übergreifend wirkt. In diesem Sinne werden Aspekte der Sozialberichterstattung hier eingebunden.
Als ein gewichtiges Problem ist die bisher noch fehlende bundesweite gesetzliche Pflicht zur Erstellung von Gesundheitsberichten zu nennen. Die Anzahl der Kommunen, die über kommunale Gesundheitsberichte verfügen, ist begrenzt. Es gibt bundesweit kaum Ämter, die Gesundheitsberichterstattung als kontinuierliche Arbeitsroutine verankert haben und sich durch die Veröffentlichung regelmäßiger Gesundheitsberichte ausweisen können (Meier 1996, S. 87). Die Ursachen dafür sind in der hohen Komplexität des Berichtsgegenstandes „Gesundheit/Gesundheitswesen", der Unübersichtlichkeit und Unzulänglichkeit bestehender Informationsquellen und der begrenzten Arbeitskapazitäten in den Gesundheitsämtern zu suchen (ebenda, S. 78 ff.). Des weiteren sind das Verständnis, die Zugänge, die Reichweite, das Themenspektrum und das methodische Herangehen unterschiedlich ausgeprägt. Eine „Kultur" in der Zusammenarbeit, die sich z.B. durch Teamarbeit, Kommunikation und kooperative Arbeitsprozesse auszeichnet, fehlt häufig. Die intrakommunalen Defizite und der Mangel an allgemeingültigen Regelwerken führen zu Gesundheitsberichten, die zwischen den Kommunen nur schwer bzw. überhaupt nicht vergleichbar sind. Damit werden mögliche Synergieeffekte vergeben, da Erfahrungen schwerlich aufgegriffen werden können und über kommunale Grenzen hinausreichende Lösungsstrategien kaum entwickelbar sind.
Der Integrationsanspruch in bezug auf die Gesundheitsberichterstattung weist ähnliche Prämissen wie im Rahmen der Sozialberichterstattung auf. Um Problemschwerpunkte räumlich zu identifizieren, ist neben der Zusammenschau inhaltlicher Faktoren deren mögliche Verortung zu prüfen.

4. Kommunale Sozialberichterstattung – Erfahrungen und Empfehlungen

Die vorliegenden Erfahrungen im Bereich der Sozialberichterstattung unterstreichen deutlich die Notwendigkeit eines integrierten Herangehens, welches eine kooperative und kontinuierliche Zusammenarbeit erfordert. Die ressortbezogene Berichterstattung ist noch immer auf der Tagesordnung, sie hat auch ihre Berechtigung. Allerdings ist festzustellen, daß damit jedem Amt freisteht, die jeweils für sie geeignete räumliche Bezugsebene zu wählen und die entsprechend zutreffende Zielgruppe zu bestimmen. Infolge dessen werden Informationen, Daten und Statistiken in Berichten zusammengestellt, die nicht kompatibel sind. Eine Ressourcen

verschwendung ist damit nicht auszuschließen. Hier ist eine deutliche Weiterentwicklung und Ergänzung erforderlich, um Synergieeffekte zu generieren.
Die kommunale und regionale Handlungspraxis, die sich den Kriterien der Nachhaltigkeit verpflichtet hat, ist aufgrund der Komplexität der aktuellen Aufgabenstellungen nur durch eine zunehmend ressortübergreifende Zusammenarbeit und Koordination in der Lage, angemessene Lösungen zu finden und durchzusetzen. Eine Sozialberichterstattung sollte vom Sozialdezernat getragen, aber in ihrer Weiterführung und Nutzung bei der Problemlösung interdisziplinär bzw. in Kooperation verschiedener Ämter und gesellschaftlicher Akteure genutzt werden. Dazu ist die Abstimmung über Inhalte und aussagekräftige Indikatoren notwendig. Werden bereits in der konzeptionellen Vorbereitungsphase eines geplanten Berichterstattungssystems notwendige Absprachen zwischen Anbietern und Anwendern/Nutzern getroffen, trägt dies später zu einer Erhöhung der Nutzerfreundlichkeit bei. Deshalb ist auf den Verwertungszusammenhang der Ergebnisse der Sozialberichterstattung zu achten. Eine wiederholte Rückkopplung mit den Hilfeplanungsbereichen (z.B. der Jugendhilfeplanung) kann die Schärfe der Ergebnisse und die Treffsicherheit möglicher Gegenmaßnahmen erhöhen.

Die Sozialberichterstattung sollte generell als langfristiges Vorhaben konzipiert werden. Denn Daten und Statistiken unterliegen einer relativ schnellen Alterung. Die gesellschaftliche Dynamik erfordert eine Kontinuität der Beobachtung in Form eines dauerhaften Monitorings, um die Aktualität der situativen Beschreibungen zu garantieren. Deshalb sind Evaluierungen hinsichtlich der Adäquatheit des methodischen Konzeptes, insbesondere der Indikatorenauswahl notwendig. Dazu ist die Verankerung der Sozialberichterstattung in den jeweiligen politischen und Verwaltungsbereichen erorderlich, wozu in erster Linie kompetente Partner, die mit der Nutzung dieses Instrumentes vertraut sind und die dessen ständige Qualitätsverbesserung einfordern, vorhanden sein müssen. Dabei ist die enge Zusammenarbeit mit und zwischen den städtischen Ämtern unerlässlich, um Abstimmungen vorzunehmen und wechselseitigen Nutzen kenntlich zu machen.

Die zu einem Anfangszeitpunkt vorliegende Datengrundlage muss im zeitlichen Verlauf ständig aktualisiert und hinsichtlich des Inhaltes themenbezogen erweitert werden. Es ist zu konstatieren, dass bisher kein allgemein akzeptiertes System sozialer Indikatoren für die Erstellung kommunaler Sozialberichte existiert. Die Gründe dafür liegen in der uneinheitlichen Datenerfassung einzelner Ämter neben der amtlichen Statistik und in der bislang fehlenden energischen Thematisierung dieses Mangels in der Fachöffentlichkeit. Die Vergleichbarkeit der Sozialberichte zwischen den Kommunen ist dadurch häufig sehr eingeschränkt. Die Erfahrungen zeigen, dass eine gewisse übereinstimmende Schnittmenge von Daten vorhanden sein muss, um Veränderungen, Kontinuitäten oder Stabilitäten im Zeitverlauf feststellen zu können. Drei Typen von Daten sind zu berücksichtigen: „Kerndaten", die unbedingt nötig sind, „ergänzende Daten", die differenzierende Aussagen zulassen und „sonstige Daten", die zur Abrundung der Datenbasis oder zur Reaktion auf aktuelle Sachverhalte dienen (Lukas 1998, S. 279).

Die Verbreiterung der inhaltlichen Merkmalspalette erweist sich im Zuge der Ausprägung unterschiedlichster inhaltlicher Bezugspunkte als erforderlich. Aufgrund der zwischenzeitlich erfolgten Verfeinerung und Erweiterung der kommunalstatistischen Erhebungsgrundlagen in vielen ostdeutschen Städten sind nunmehr verbesserte integrative Analysen möglich. Zugleich sind Defizite weiterhin erkennbar, die sich aus neuen Entwicklungslinien ergeben. Beispielsweise stellt die dramatische Zunahme des Wohnungsleerstandes eine neue Problemvariable im Hinblick auf nachhaltige Stadtentwicklung dar.

Wird Sozialberichterstattung an einen engen Raumbezug gekoppelt, dann sind verschiedene Bezugsebenen zu berücksichtigen. Neben der gesamtstädtischen Betrachtung sind die Ebenen der Stadtbezirke und Ortsteile zu betrachten. Diese kleinteilige Untersuchungsstruktur eröffnet inhaltliche Kombinationen, die ortsgenaue Problemschwerpunkte zu identifizieren gestattet. Weiterhin muss die Veränderung des administrativen Stadtgebietes durch Gemeindegebietsreformen berücksichtigt werden. Das Stadtumland ist in die Analysen einzubeziehen, um Suburbanisierungstendenzen und deren Effekte in ihrer Bedeutung für die nachhaltige Stadtentwicklung angemessen zu berücksichtigen.

Um detailliertere Kenntnisse über die soziale Bewohnerstruktur und zu kleinräumigeren Entwicklungstendenzen auf einer niedrigen Raumebene zu erhalten werden soziologische Erhebungen in ausgewählten Untersuchungsräumen eingebunden. Gerade die Aufnahme subjektiver Indikatoren, die über Problemwahrnehmungen, Erwartungen, Urteile und Bedürfnisse Auskunft geben, erweitert das Informationsspektrum. Zugleich ist damit auch eine Evaluationsform im Sinne von wahrgenommenen Verbesserungen in bezug auf die Lebensqualität in den Kommunen vorhanden. Mit der Verbindung von objektiven und subjektiven Sozialindikatoren sind noch deutlicher die Interdependenzen zwischen baulichen, sozialen und Wohnumfeldmerkmalen zu ergründen und deren Auswirkungen auf sozialräumliche Spaltungsprozesse zu erklären.

Von allen befragten Nutzern der Sozialberichte bzw. Sozialatlanten sind diese Instrumente als hilfreich beschrieben worden. Jedoch wurde deutlich auf ihre Grenzen aufmerksam gemacht. Die Entscheidungsträger in der Praxis und die Planer brauchen möglichst aktuelle Daten und Beschreibungen der spezifischen Problemlagen in den verschiedenen Stadtgebieten. Insbesondere in Zeiten des ökonomischen Umbruchs und einer hohen gesellschaftlichen Dynamik veralten Erhebungsdaten schnell. Somit ist eine Laufendhaltung der Daten und deren graphische Umsetzung ein Erfordernis, dass seitens einer wissenschaftlichen Einrichtung aus Kapazitätsgründen nur in Teilen gewährleistet werden kann. Hier ist eine enge Kooperation mit allen, an einer Sozialberichterstattung beteiligten Ämtern und Institutionen erforderlich.

5. Zur Struktur des UFZ-Berichtes

An die einführenden Darlegungen von Sigrun Kabisch und Annegret Kindler schließen sich sechs Beiträge an, in denen anhand von Fallbeispielen Erfahrungen bei der Erarbeitung von

kommunalen Sozialberichten und deren Nutzung im Rahmen der lokalen Handlungspraxis ausgeführt werden. Dabei wird der Prozess der Sozialberichterstattung mit unterschiedlichen Etiketten wie Stadtteilmonitoring, Sozialraumforschung oder Sozialverträglichkeitsstudie versehen. Auffallend sind bei der erkennbaren Differenziertheit der Problemlagen übereinstimmende Schlussfolgerungen. So wird durchgängig die Notwendigkeit einer kooperativen Zusammenarbeit innerhalb der Sozialberichterstattung betont. Des weiteren wird unterstrichen, dass kommunale Sozialberichterstattung eine permanente Aufgabenstellung ist, die kontinuierlich ausgeführt werden muss. Nur so kann sie politikrelevante Entscheidungsgrundlagen mit dem notwendigen Aktualitätsgrad liefern. Schließlich wird übereinstimmend hervorgehoben, dass allein statistische Daten auf der Basis administrativer Gliederungseinheiten nicht ausreichen, um integrierende und desintegrierende Faktoren von Handlungsräumen sozialer Gruppen zu bestimmen. Sozialwissenschaftliche Methoden, die objektive und subjektive Sozialindikatoren einbinden und neue Raumstrukturen generieren, müssen genutzt werden.

Im nachfolgenden Kapitel beschäftigt sich *Wolfgang Schütte* am Beispiel Hamburgs mit der aufklärenden Wirkung der dortigen Sozialberichterstattung, die ursprünglich von den wissenschaftlichen Einrichtungen und nicht vom Senat ausging. Eine geregelte Kooperation zwischen Wissenschaft und Stadtverwaltung ist nach seinen Erfahrungen eine essentielle Voraussetzung für die Qualität und den Nutzen kommunaler Sozialberichte. Daran anschließend beschreibt *Dieter Rink* die Voraussetzungen und den Prozess der Erstellung des „Sozialatlas der Stadt Leipzig". Er betont die Instrumentenfunktion, die aktuell im Programm „Soziale Stadt" auffällig ist, und unterstreicht die Notwendigkeit der integrativen Verbindung von objektiven und subjektiven Sozialdaten. *Uwe Neumann* skizziert das Stadtteilmonitoring in einem montanindustriell geprägten Stadtteil Duisburgs. Er belegt mit seinen Untersuchungsergebnissen die Verbesserung der Kenntnislage über die Bedingungsfaktoren stadt- und sozialräumlicher Disparitäten, wodurch städtische Planungsgrundlagen eine Qualifizierung erfahren. Im nächsten Kapitel stellt *Inge Mette* die Resultate einer Sozialverträglichkeitsuntersuchung vor, welche soziale und arbeitsmarktrelevante Veränderungen im Zusammenhang mit der Durchführung der EXPO 2000 in Hannover im Blickfeld haben. *Maria Cristina Trifiró* diskutiert in ihrem Beitrag die Möglichkeiten indexbasierter Sozialraumanalyse als Bestandteil des Sozial- und Demographieatlas für Gran Mendoza. Mit diesem methodischen Vorgehen gelangt sie zu einer komplexem Betrachtungsweise von Problemschwerpunkten, die innerhalb dieser argentinischen Großstadt kleinräumig verortet werden können. Im letzten Kapitel stellt *Hauke Gollin* eine Sozialstudie für eine Greifswalder Großsiedlung vor, die in Zusammenarbeit zwischen Universität und Stadtverwaltung konzipiert worden ist. Er zeigt konkrete Handlungsempfehlungen auf, die aus den Ergebnissen für die kommunalen Entscheidungsträger abgeleitet worden sind.

Literatur

BARTELHEIMER, P. (Hrsg.) 2001: Sozialberichterstattung für die >>Soziale Stadt<<. Methodische Probleme und politische Möglichkeiten. Frankfurt a. M./New York

BIEN, W., RATHGEBER, R. (Hrsg.) 2000: Die Familie in der Sozialberichterstattung: ein europäischer Vergleich. Opladen

BMU BUNDESMINISTERIUM FÜR UMWELT, NATURSCHUTZ UND REAKTORSICHERHEIT (Hrsg.) 1992: Agenda 21 – Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung im Juni 1992 in Rio de Janeiro, Bonn.

BRÜLLE, H. 1990: 15 Jahre Sozialberichterstattung in einer Kommune. Möglichkeiten für eine gestaltende soziale Kommunalpolitik anhand von Praxiserfahrungen in Wiesbaden. In: OTTO, H.-U., KARSTEN, M.-E. (Hrsg.): Sozialberichterstattung. Lebensräume gestalten als neue Strategie kommunaler Sozialpolitik. Weinheim, München, S. 211-228

DANGSCHAT, J. S. 1996: Sozialverträglichkeit und Gerechtigkeit in Stadtregionen, in: KABISCH, S. (Hrsg.): Umweltverhalten und Lebensqualität in urbanen Räumen, UFZ-Bericht Nr. 19/1996, Leipzig, S. 174-202

DANGSCHAT, J. S. 1997: Sustainable City – Nachhaltige Zukunft für Stadtgesellschaften? in: Brand, K.-W. (Hrsg.): Nachhaltige Entwicklung. Eine Herausforderung an die Soziologie, Opladen, S. 196-191

FLORA, P., NOLL, H.- H. (Hrsg.) 1999: Sozialberichterstattung und Sozialstaatsbeobachtung: individuelle Wohlfahrt und wohlfahrtsstaatliche Institutionen im Spiegel empirischer Analysen. Frankfurt a. Main, New York

GUDIÑO M.E., TRIFIRÓ M. C. y GUEVARA, M. M. 1998: Atlas socioeconómico de los departamentos del Gran Mendoza, CIFOT, Facultad de Filosofía y Letras, Universidad Nacional de Cuyo.

HABICH, R. 1993: Sozialberichterstattung und sozialer Wandel. Inaugural-Dissertation, Berlin

HANESCH, W. 1990: Armut und Armutsberichterstattung in Kommunen. In: OTTO, H.-U., KARSTEN, M.-E. (Hrsg.): Sozialberichterstattung. Lebensräume gestalten als neue Strategie kommunaler Sozialpolitik. Weinheim, München, S. 58-75

HURRELMANN, K., MURZA, G. 1996: Regionale Gesundheitsberichterstattung: Instrument einer effizienten Gesundheitspolitik. In: MURZA, G., HURRELMANN, K. (Hrsg.): Regio

nale Gesundheitsberichterstattung. Konzeptionelle Grundlagen, methodische Ansätze und Aspekte der praktischen Umsetzung. Weinheim, München, S. 8-31

KABISCH, S.; KINDLER, A.; RINK, D. 1997: Sozialatlas der Stadt Leipzig, Leipzig, UFZ-Umweltforschungszentrum Leipzig-Halle GmbH, Leipzig

KABISCH, S. 2000: Integrierte Berichterstattung zur nachhaltigen Stadtentwicklung - Erfahrungen am Beispiel des Sozialatlas der Stadt Leipzig. In: HANSJÜRGENS, B. (Hrsg.): Regionale Umweltberichterstattung unter dem Leitbild einer nachhaltigen Entwicklung. Marburg, S. 253-271

LUKAS, H. 1998: Sozialberichte und Sozialplanung. In: LUTZ, R., ZENG, M. (Hrsg.): Armutsforschung und Sozialberichterstattung in den neuen Bundesländern. Opladen, S. 269-286

MEIER, B. 1996: Kommunale Gesundheitsberichterstattung: Anforderungen und Risiken einer neuen Arbeitsroutine in Gesundheitsämtern. In: MURZA, G., HURRELMANN, K. (Hrsg.): Regionale Gesundheitsberichterstattung. Konzeptionelle Grundlagen, methodische Ansätze und Aspekte der praktischen Umsetzung. Weinheim, München, S. 78-89

NOLL, H.-H. (Hrsg.) 1997: Sozialberichterstattung in Deutschland: Konzepte, Methoden und Ergebnisse für Lebensbereiche und Bevölkerungsgruppen. Weinheim, München

OECD ORGANISATION FÜR WIRTSCHAFTLICHE ZUSAMMENARBEIT UND ENTWICKLUNG (Hrsg.) 2000: Stadtentwicklungspolitik in Deutschland. Auf dem Weg zur nachhaltigen städtischen Entwicklung, Paris

SCHMID-URBAN, P., DILCHER, R., FELDMANN, U., HANESCH, W., SPIEGELBERG, R. 1992: Kommunale Sozialberichterstattung. Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge (Hrsg.) Heft 41, Frankfurt a. M.

SCHÜTTE, W. 1998: Sozialberichterstattung: Barrieren, Chancen, Risiken und Anforderungen, in: ALISCH, M.: Stadtteilmanagement. Voraussetzungen und Chancen für die soziale Stadt, Opladen, S. 89-110

STADT LEIPZIG 1999: Lebenslagenreport Leipzig. Bericht zur Entwicklung sozialer Strukturen und Lebenslagen in Leipzig. Studie im Auftrag des Dezernates für Soziales und Gesundheit, Leipzig

STADT HALLE (SAALE) 2000: Sozial-Atlas der Stadt Halle (Saale)

STATISTISCHES BUNDESAMT, ROBERT KOCH-INSTITUT 1998: Gesundheitsbericht des Bundes. Informationssystem der Gesundheitsberichterstattung. Bundesministerium für Gesundheit, Bundesministerium für Bildung und Forschung, Berlin

STOCK, L., WÖRNDL, B. (Hrsg.) 1998: Sozialberichterstattung für die Region Merseburg-Querfurt und Halle. Berlin

VOGES, W. (Hrsg.) 1996: Kommunale Sozialberichterstattung. Erfassung sozialräumlicher Disparitäten. Frankfurt a. M.

WICKOP, E., BÖHM, P., EITNER, K., BREUSTE, J. 1998: Qualitätszielkonzept für Stadtstrukturtypen am Beispiel der Stadt Leipzig, UFZ-Bericht Nr. 14/1998, Leipzig

ZENG, M. (Hrsg.) 2001: Sozialberichterstattung in den neuen Bundesländern: Betrachtungen eines unübersichtlichen Feldes. Oldenburg

Sozialberichterstattung, Stadtentwicklung und Stadtpolitik. Erfahrungen in Hamburg und andernorts

Wolfgang Schütte

1. Bedrohliche Aktualitäten: Terrorismus und rechtsgerichteter Populismus

Mein Beitrag auf dem Geographentag in Leipzig am 3. Oktober 2001, dem dieser Text zu Grunde liegt, stand unter dem Eindruck zweier Ereignisse: den Anschlägen des 11. September in Nordamerika und den Hamburger Wahlergebnissen vom 23. September. In Hamburg hat, so viel wissen wir heute, eine Gruppe muslimischer Männer unter dem Deckmantel großstädtischer studentischer Normalität und religiöser Betätigung Anschläge von bis dahin unvorstellbaren Dimensionen geplant und vorbereitet. Niemand kann sagen, ob diese Gruppierung eine Einzelerscheinung darstellt. Wir ahnen inzwischen allenfalls die Treffpunkte und religiös verbrämten Subkulturen, in denen die mörderischen Pläne entstanden und wo die beteiligten Männer zueinander fanden. In Hamburg bleibt nach dem 11. September das Erschrecken zurück, ob es am selben Ort nicht noch eine ganz andere Stadt gibt als die sich weltoffen gebende norddeutsche Handels-, Verkehrs- und Kommunikationsmetropole.

Eine „andere Stadt" auch nach den jüngsten Wahlen zum Landesparlament (Bürgerschaft)? Die Wahlen vom 23. September, die einer Law-and-Order-Partei aus dem Stand fast 20% der Stimmen einbrachten, zeugen von einer mächtigen kleinbürgerlich-ängstlichen Grundstimmung, einer Abwehrreaktion auf die wachsende Vielgestaltigkeit, auf die zunehmenden innerstädtischen Widersprüche und Konflikte. Die Schill-Partei präsentierte sich als Ein-Themen-Partei: „Weg mit den Drogensüchtigen und Kriminellen aus der sichtbaren Stadt; mehr Polizisten!" Sie trifft mit dieser Parole das Lebensgefühl einer deutschen Verlierer-Population, die sich in immer unübersichtlicheren und riskanteren städtischen Lebensverhältnissen bedroht fühlt und nach klaren Auswegen entlang der Linie von Gut und Böse sucht.
Eine Wahlentscheidung ist ein individuelles Ventil, ein Signal. Gleichzeitig aber ist sie ein Element kollektiven Verhaltens, dessen soziale Bedeutung erst durch eine Beobachtung des Umfeldes verständlich wird. In Hamburg zeigen die Wahlergebnisse vom 23. September wenig überraschende Muster eines in Zeitverläufen und Raumstrukturen beschreibbaren Trends. So ist der Anteil der Schill-Partei dort besonders hoch, wo die Einkommen relativ niedrig, die Arbeitslosen- und Sozialhilfequoten relativ hoch sind. Und die Erfolge der Schill-Partei bauen in bestimmten Vierteln auf einem Trend zu rechtsgerichteten Parteien auf, der sich schon seit Beginn der 1990er Jahre abzeichnet.

Von den sieben Hamburger Bezirken wählte vor allem der südliche Bezirk Harburg die Schill-Partei überdurchschnittlich häufig; der Bezirk, der von den Folgen der De-Industrialisierung besonders betroffen ist: Hohe Arbeitslosigkeit, hoher Anteil deklassierter Industriearbeiter, hohe Quote an verarmten Immigranten, hohe Umwelt-Altlasten, geringe

wirtschaftliche Entwicklungspotentiale der Quartiere. Die ehemals „rote Burg", in der Herbert Wehner viele Jahre SPD-Mehrheiten von über 60% erzielte, trägt heute Züge eines sozialen Zerfalls. In einem der Harburger Quartiere, in Wilhelmsburg, nahe am Hafen gelegen und mit einem Ausländerzuzug verschiedenster Herkunft stark belastet, hat nun die Schill-Partei mit über 30% die SPD fast eingeholt, neben einer CDU mit 19%, der man hier wenig vertraut (Statistisches Landesamt Hamburg 2001).

2. Stadtpolitik im Zeichen sozialräumlicher Differenzierungen

Aus der Sicht von sozialwissenschaftlich informierten Beobachtern waren diese Ergebnisse nicht überraschend. Seit dem Abstieg der Schwerindustrie und der Massengüter-Umschläge im und um den Hafen droht der Niedergang der klassischen hafennahen Arbeiterviertel, die zwischen Gründerzeit und Erstem Weltkrieg errichtet wurden. Räumlich und sozialstrukturell davon verschieden findet sich in Hamburg eine zweite Problemkonstellation in den Großsiedlungen aus den 1960er Jahren, wo eine Wohn-Monostruktur, eine schlechte Verkehrsanbindung und eine Ballung von Personen mit geringen Bildungs- und Einkommensressourcen zusammentreffen. Als dritte Problemkonstellation galten lange innerstädtische Altbauquartiere aus der vorletzten Jahrhundertwende mit schlechter Bausubstanz, hoher Bevölkerungsdichte und hohem Ausländeranteil. Doch diese Viertel verfügen über eine vergleichsweise höhere Regenerationsfähigkeit. Sie ziehen mehr und mehr besser Verdienende an. Und über den Weg der kleingewerblichen Familienbetriebe mit geringem Kapitalbedarf eröffnen sich den Immigranten einige Chancen der ökonomischen Integration und somit Möglichkeiten für ein erträgliches Neben- und Miteinander im Mix der Kulturen.

Der hier angedeutete innerstädtische Wandlungsprozess (De-Industrialisierung, Immigration, Ansätze einer Segregation von Arm und Reich) und die drei Typen von Problemgebieten (hafennahe Arbeiterviertel, Großsiedlungen, innerstädtische Altbauquartiere) erfahren seit Mitte der 1980er Jahre immer wieder besorgte Reaktionen der Stadtpolitik, die sich gegen ökonomische und soziale Abstiegstendenzen und das Auseinanderdriften städtischer Lebensverhältnisse stemmen möchte. Stand zu Beginn der 1980er Jahre die Konkurrenz um die knapper werdenden privaten Investitionen im Zentrum der Senatspolitik („Standort Hamburg"), so entwickelte die Sozialdemokratie in der zweiten Hälfte des Jahrzehnts ihre Antwort auf die Beschäftigungskrise mit einem groß angelegten Programm für den Zweiten Arbeitsmarkt (Schütte/Süß 1988). Doch zu Beginn der 1990er Jahre musste der Senat realisieren, dass die Armutsentwicklungen auch dann voranschreiten, wenn sich die Arbeitsmärkte entspannen; und dass die städtische Arbeitsförderungspolitik gegen die strukturelle Beschäftigungskrise wenig auszurichten vermag. Eine Umorientierung kam infolge zweier Wahlergebnisse 1991 und 1993, als der Sozialdemokratie die angestammte Wählerschaft zu Teilen wegbrach und nicht selten ohne Umweg über die CDU gleich zu den Rechtsradikalen überlief. Die sozialstrukturellen Gründe für ein Ende der SPD-Vorherrschaft deuteten sich hier erstmals an. Reaktion der Mehrheitsfraktion und des Senats war die politische Aufwertung einer quartiersbezogenen Stadtentwicklungspolitik (Bildung einer Stadtentwicklungsbehörde) und eine Mehr

zahl mehrjähriger Programme zur Stadtentwicklung unter verschiedenen Namen („Armutsbekämpfungsprogramm", „Förderung benachteiligter Gebiete", „Soziale Großstadtstrategie", „Soziale Stadtentwicklung") (Schütte 1994). Neben den Wahlergebnissen trugen zu dieser Umorientierung verschiedene Projekte der Stadtforschung und Sozialberichterstattung bei. Die Politik konnte und wollte sich - eher notgedrungen! - der Einsicht nicht mehr verschließen, daß eine Strategie der Aufwertung innerstädtischer Quartiere und eine Konzentration der Sozialpolitik auf Arbeitsförderung viele Menschen nicht erreicht; sie vielmehr weiter ins Abseits drängt.

3. Sozialberichterstattung als Politikbegleitung

In dieser Phase der kommunalpolitischen Neuorientierung Anfang der 1990er Jahre fand Hamburg Anschluss an eine auch andernorts beobachtbare Renaissance indikatorenbezogener zeitdynamischer Sozialraumbeobachtungen. Solche Sozialberichterstattung ist in der Soziologie nichts Neues. Ihre Tradition reicht weit zurück in die Frühzeit sozialwissenschaftlicher Professionalisierung, als die sensibelsten Zeitzeugen außerhalb der Zunft zu finden waren und sich noch souverän gegen gerade erst im Entstehen begriffene soziologische Methodenstandards abgrenzten; als die Eindringlichkeit der erzählten Beobachtung noch für sich sprach. Rudolf Virchows Report über die schlesischen Weber, Anton Tschechows Bericht über die Insel Sachalin und Friedrich Engels Lagebeschreibung der arbeitenden Klasse in England verbanden aber schon drei Merkmale, die sich - bei aller technischen Elaboriertheit neuerer Sozialberichte - als eher implizite Standards weitgehend erhalten haben:

- Sozialberichterstattung wird veranlasst durch Krisen und Brüche, beschreibt individuelle Risiken im Kontext gesellschaftlicher Entwicklungen, ist also problembezogen.
- Sozialberichterstattung ist mehr als eine subjektive journalistische Momentaufnahme. Sie bezieht sich auf eine empirische Basis und beansprucht von daher, zu verallgemeinerbaren Ergebnissen zu gelangen.
- Schließlich ist Sozialberichterstattung immer auf einen weiteren Kontext gesellschaftlicher Diskussionen bezogen, will also die Verhältnisse an die Akteure und die Öffentlichkeit zurückspiegeln und praktische Konsequenzen befördern.

Problembezug, empirische Fundierung, Einbettung in einen gesellschaftspolitischen Kontext: Nimmt man diese Merkmale als erste grobe Orientierung und Auswahlkriterien, erfasst man gleichwohl eine Vielzahl von Berichtstypen, die sich einer Beobachtung gesellschaftlicher Trends zuwenden. Unterscheiden kann man dabei nach örtlichen, zeitlichen und sachlich-sozialen Kriterien.

Man kann für verschiedenste Varianten heute Beispiele finden. So beteiligen sich - gleichsam als eine Seite des Pols räumlicher Ausdehnung der betrachteten Räume - internationale Organisationen an der kontinuierlichen Berichterstattung über globale Trends (Nachweise bei

Hauchler 1997), berichten Bundesbehörden oder überregionale Forschungsprojekte über Trends in bestimmten Zuständigkeitsbereichen (z.B. BMA 1994, BMG 1997, Bauerreiss u.a. 1997, Statistisches Bundesamt 1997), erstellen - auf einer sowohl regionalen wie problembezogenen - "mittleren Ebene" einzelne Bundesländer ganze Berichtsreihen über gebietsbezogene Veränderungen in verschiedenen Lebensbereichen (MAGS-NRW 1992), oder analysieren Wissenschaftler oder statistische Fachämter kommunale Trends unter sozialplanerischen Interessen (Essen 1990) oder stadtsoziologischer Perspektive.

Kommunale Sozialberichte finden sich in vielerlei Varianten. In *Frankfurt* etwa hatten in den 1980er und beginnenden 1990er Jahren das Sozialdezernat und das Amt für Statistik verschiedene Berichte zur Sozialhilfe-Abhängigkeit in den einzelnen Quartieren vorgelegt (z.B. Frankfurt 1988). Später erteilte die Stadtverwaltung einer wissenschaftlichen Einrichtung einen Auftrag zur Erstellung eines Armutsberichts, der zu einem umfassenden Sozialbericht geriet (Bartelheimer 1997). Der *Leipziger* "Sozialatlas" (Kabisch u.a. 1997) entstammt im wesentlichen einer Eigeninitiative der Wissenschaftler eines bundesgeförderten Instituts, das sich seine Themen überwiegend selbst auszusuchen vermag. Leipzig wird dabei als Beispiel der Siedlungsgeographie und seiner Veränderungen im Transformationsprozess nach 1990 aufgeführt. Unter der Fragestellung, ob es DDR-spezifische Segregationsmuster oder besondere Muster der Nach-Wendezeit im Osten gibt, werden kleinräumige Daten zur Bevölkerungsentwicklung, Wohnraumversorgung, soziale Infrastruktur und Flächennutzung ausgewertet, über geographische Informationssysteme in Karten und Grafiken übersetzt und in einer Typisierung der Leipziger Stadtteile nach sozialen Merkmalen verdichtet.

Hamburg ist - als Ort einer universitären Arbeitsstelle für vergleichende Stadtforschung - vielfach als Beispiel für sozialräumliche Entwicklungen herangezogen worden, doch liefen stadtsoziologische Forschung und Kommunalpolitik lange Jahre weitgehend unverbunden nebeneinander her (z.B. Friedrichs 1980, in den 1990er Jahren Alisch/Dangschat 1993). Erste Analysen zur Armutsentwicklung entstanden aus dem sozialpädagogischen Kontext (Schütte/Süß 1988) und wurden von der Fachhochschule vorgelegt. Die Kommune als Sozialhilfeträger und Sozialbehörde setzte sich erst verspätet und auf politischen Druck hin mit der drohenden sozialen Spaltung in dieser eher reichen Stadt berichtsmäßig auseinander und konzentrierte sich dabei auf eine Bilanz der Sozialhilfezahlen (BAGS 1993, 1997). Ein sehr viel breiteres Datenfundament erfassen die 1992 und 1997 publizierten Fassungen eines "Sozialatlas" der Fachhochschule Hamburg (Podszuweit u.a. 1992, Podszuweit/Schütte 1997). Zunächst auf der Basis der Volkszählungsdaten 1987, später aus einer Kombination unterschiedlicher Datenquellen, wurden hier kleinräumig für die 180 Ortsteile Hamburgs Trends der Bevölkerungs- und Einkommensentwicklung nachgezeichnet; der Sozialleistungsbezug, die Wohnraumversorgung und Kriminalitätsraten dokumentiert und das Wahlverhalten dazu in Beziehung gesetzt. Die politische Debatte richtete sich auf stadtteilbezogene Maßnahmen, die von der erst 1992 eingerichteten Stadtentwicklungsbehörde fachlich gesteuert und begleitet wurden (Alisch 1997).

Es ist nicht zufällig, dass alle drei hier genannten Städte (Frankfurt, Leipzig, Hamburg) umfassende Sozialberichte mit wissenschaftlicher Beteiligung vorlegen konnten. Jüngst ist Berlin hinzugekommen (Häußermann/Kapphahn 2000). Die Beteiligung von Forschungseinrichtungen vor Ort fördert offenbar die Elaboriertheit der Berichte und ihre Einbindung in einen überregionalen Diskussionskontext. Daneben gibt es vielfältige Berichtsansätze aus dem Umfeld der kommunalen Sozialplanung, die weniger häufig das Licht der Öffentlichkeit erblicken (Schmidt-Urban u.a. 1992, VSOP 1996). Dies zum einen, weil sie als Verwaltungsprodukte nur selten publiziert werden; zweitens, weil sie meist auf konkrete Entscheidungen der Magistrate bezogen sind; drittens, weil ihre Fragestellung sich oft in der rationalen Steuerung der immer enger werdenden kommunalen Ressourcen erschöpft.

Zieht man ein Zwischen-Resümee, so lässt sich für die bundesdeutsche örtliche Sozialberichterstattung etwas überspitzt ein Dualismus feststellen aus - einerseits - legitimatorischer und entscheidungsbezogener Sozialplanung zum zweckbezogenen Einsatz von kommunalen Ressourcen und - andererseits - stadtsoziologisch-siedlungsgeographisch ansetzenden umfassenden Armutsberichten und Segregationsanalysen, die sich nach und nach zu breiteren Sozialberichten entwickelt haben und deren Handlungsbezug geringer ausgeprägt ist.

Doch im Blick auf Hamburg ist diese abwägende Sicht zumindest unvollständig. Sie verdeckt die notorisch unruhige Beziehung zwischen sozialwissenschaftlicher Stadtanalyse und Politik. Die Hamburger Politik der „Sozialen Stadtentwicklung" zog sich seit Mitte der 1990er Jahre in die Quartiere zurück und bedurfte offenbar einer gesamtstädtischen sozialräumlichen Analyse nicht mehr. Sie versuchte, kleinteilige und ökonomisch „nachhaltige" Entwicklungen zu stimulieren, musste aber froh sein, wenn sie Arbeitsplatzabbau und segregative Tendenzen etwas verlangsamen konnte. Nach zwei behördlichen Armutsberichten mit dem Schwerpunkt Sozialhilfe (BAGS 1993 und 1997) stünde nun eine Aktualisierung der Berichte zu Armut und Reichtum an, doch der Druck aus Politik, Fachöffentlichkeit und Wohlfahrtsverbänden hat nachgelassen, so dass eine Fortschreibung in den Sternen steht. Die wissenschaftlichen Institutionen haben ihre Aufmerksamkeit von regionalen Besonderheiten wieder abgezogen und betrachten Hamburg wie schon eh als Exempel übergreifender großstädtischer Entwicklungen. Schon weit vor dem Ende der sozialdemokratischen Ära im September 2001 zeichnete sich ab, dass eine Engführung von Kommunaler Sozialpolitik und Sozialberichterstattung nicht zu erreichen ist.

4. Sozialwissenschaftlich informierte Stadtpolitik?

Auch in anderen Städten ist die Sozialberichterstattung begleitet von schwierigen Abstimmungen und Kooperationsversuchen (Schütte 1998). So lässt sich aus den Erfahrungen in Hamburg und anderswo die Frage ableiten, unter welchen Bedingungen denn eine fruchtbare Zusammenarbeit von sozialwissenschaftlich inspiriertem Monitoring und kommunalen Politiken denkbar ist. Die Handlungslogiken einer auf Transparenzgewinn ausgerichteten wissenschaftlichen Sozialforschung, die bürokratischen Strukturen in den ressortmäßig parzellierten Verwaltungen und die Eigengesetzlichkeiten des politischen Entscheidungssystems sind nicht ohne weiteres kompatibel.

Örtliche Mythen

Sozialberichterstattung macht seit Jahren auf unerfreuliche Trends aufmerksam, bilanziert die wachsende Arbeitsmarktlücke, wachsende Ungleichheiten und verfehlte Hoffnungen auf politische Wendemanöver. Sie gerät mit diesem aufklärerischen Anspruch schnell in Konflikt zu Befindlichkeiten am Ort. Jede Stadt hat da ihre eigenen Mythen, zu denen Sozialberichte sich oft wenig „freundlich", d.h. distanziert und kritisch verhalten. Will man also über die Aufnahmebereitschaft für sozialwissenschaftlich inspirierte Bilanzen spekulieren, muss man die gängigen Symbole einkalkulieren, mit denen die Gestaltung örtlicher Verhältnisse bis dato belegt war. Man kann das am Beispiel von Hamburg und Berlin gut studieren. Die Kombination aus Standortförderung (Industrie- und Dienstleistungsansiedelung, City und Erlebniskultur als Attraktionen etc.) und Arbeitsförderung im Zweiten Arbeitsmarkt war im Hamburg der 1980er Jahre die modernisierte SPD-Antwort auf neue Herausforderungen, die in beiden Bereichen mit dem überkommenen Modell staatsinduzierten Wandels verträglich erschien. Diese Doppelstrategie büßte unter dem Eindruck einer differenzierteren Sozialberichterstattung entscheidend an Legitimation ein, als die kalkulierten „Sicker-Effekte" einer Aufwertungspolitik sich in weiten Teilen der Stadt nicht nur nicht bemerkbar machten, es vielmehr immer gesicherter erschien, dass die Kräfte, die man aus Standorterwägungen fördert, gerade diejenigen waren, die ganze Gruppen von Menschen und Quartieren vom insgesamt steigenden Wohlstand mehr und mehr abkoppelten (Alisch/Dangschat 1993).

Berlin als ehemalig „exterritoriales" Gebilde mit starker Eigendynamik und als werdende Hauptstadt hat mit anderen lokalen Mythen zu kämpfen. Die Hoffnung, auch den innerstädtischen Arbeitervierteln über Folgeeffekte der großen Investitionen seit dem Fall der Mauer zu einem selbsttragenden Aufschwung zu verhelfen, werden mehr und mehr erstickt durch Nachrichten und statistische Bilanzen zu Kreuzberg, Wedding und anderswo. Wie mit diesen Nachrichten über Verelendung, Fluchttendenzen vieler Bewohner, Straßengewalt und ökonomischen Niedergang umgehen, wenn gleichzeitig das zukunftsweisende Bild *der* aufstrebenden mitteleuropäischen Metropole, *der* Drehscheibe zwischen Ost und West, *der* Brücke zwischen neuem und altem Europa gefördert werden soll (Berlin-Senatsverwaltung 1997, Häußermann/Kapphahn 2000)?

Raumstruktur und politische Entscheidungen

Die Wirksamkeit einer Sozialberichterstattung für die örtliche Politik wird auch beeinflusst von der raumbezogenen Sensibilität politischer Entscheidungsstrukturen. Manche Rathäuser liegen den Problem-Quartieren nicht nur nach Kilometern sehr fern. Das Interesse an sozialen Prozessen an der Peripherie stellt sich im Entscheidungszentrum, insbesondere wenn es mit dem räumlichen Zentrum identisch ist, nicht von allein her. Das Hamburger Parlament führte in den 1990er Jahren eine breite Verfassungsdebatte um die Neuordnung von Kompetenzen und um die Gliederungen in Politik und Verwaltungen. Dabei debattierte es u.a. auch die Einführung von Wahlkreisen bei der Wahl des Landesparlaments. Für die Bundestagswahl sind Wahlkreise per Bundesgesetz ohnehin vorgeschrieben; doch in Hamburg sprachen sich alle großen Parteien gegen ihre Einrichtung aus, nachdem sie für sich mögliche Nachteile bei der künftigen Mandatsverteilung voraussahen. Und so haben die Hamburger Problem-Quartiere nach wie vor im politischen Entscheidungszentrum keine Lobby.

Intersektorale Kooperation

Eine dritte wesentliche Randbedingung für eine fruchtbare Kooperation von Sozialforschung und Stadtpolitik ist die örtliche Fähigkeit der Ressortverwaltungen, die Stadtentwicklung problembezogen wahrzunehmen und entsprechend mit Nachbar-Abteilungen zu kooperieren. Der Stand der Verwaltungsmodernisierung kann aber von seiten der Sozialberichterstattung kaum beeinflusst werden. Wenn sich Ressorts wechselseitig abschotten und Statistikämter in der Vernetzung von Informationen keine Übung haben, wird die Erstellung und Rezeption von Sozialberichten ein mühseliges Unterfangen.

Prozessdaten und soziale Indikatoren

Eine weitere Anforderung an eine kreative Verwaltung ergibt sich aus der Tatsache, daß Sozialberichterstattung einerseits datenbasiert vorgeht, andererseits für eine durchgängige Primärdatenerhebung in aller Regel weder genügend Zeit noch Geld zur Verfügung hat. Die Umdeutung verwaltungsintern gesammelter Prozessdaten (z.B. in den Einwohner- und Sozialämtern) zu sozialen Indikatoren (z.B. für Niedrigeinkommen oder Wanderungsbewegungen in den Quartieren) ist durchaus rationell und führt zu validen Ergebnissen. Es bedarf aber dazu einer Offenheit in den Fachämtern, einer kooperationsfähigen Statistikeinheit und eines Datenschützers, der sich nicht von Abschottungsinteressen instrumentalisieren lässt.

Verstetigung

Weiter ist in vielen Städten die Erfahrung gemacht worden, dass einmalige Sozialberichte bald vergessen sind. Sie verschwinden in den Schubladen; und sobald einige Jahre vergangen sind, wird dem politik-kritischen Teil gern entgegengehalten, das alles sei ja nicht mehr aktuell. So liegt es nahe, sich bei der organisatorischen Einbettung von Berichtsprojekten frühzeitig Gedanken über eine Institutionalisierung der Berichtserstellung zu machen. Dafür spricht auch, dass Ideen und Vorhaben, die als Ergebnisse der Berichte in die Stadtpolitik einfließen,

nach einiger Zeit einer Nachbetrachtung und Evaluation bedürfen, für die die Folgeberichte einen geeigneten Ort darstellen.

Gefahr eines Daten-Objektivismus

Die Akzeptanz bei Entscheidungsträgern und Betroffenen wird umso größer sein, je mehr die Berichte über eine bloße Ansammlung quantitativer Daten hinausgehen. Diese Anforderung verweist zunächst auf die wissenschaftliche Analysekompetenz, empirische Daten als Indikatoren für soziale Strukturen und Prozesse deuten zu können; sie berührt aber auch die Datenbasis selbst. Neben einer Spiegelung von sozialstrukturellen Verhältnissen müssen Sozialberichte Bewertungen und Verhaltenstendenzen einbeziehen, um die Art des Umgehens mit den vorgefunden Lebensbedingungen einschätzen zu können. Wahldaten und Kriminalitätsraten liefern hier erste Anhaltspunkte. Punktuelle Befragungen, protokollierte Diskussionen in Quartieren von Experten und Bewohnern u.ä. müssen das oft stark quantitative Gerüst ergänzen.

5. Schlussbemerkung

Sozialberichterstattung kann im Umfeld von Stadtentwicklung und Stadtpolitik zur Transparenz der örtlichen Trends und zur Versachlichung von Entscheidungsprozessen Wesentliches beitragen. Sie ist in ihrer Entstehung und Wirksamkeit auf Politik und Verwaltung allerdings auch stark angewiesen. Vor allen Überlegungen zu den empirisch-technischen Aspekten eines Berichtes selbst sollten Aktivitäten anderer Art stehen: die Kontextbewertungen zu Politik, Verwaltung und Bürgerbeteiligung und der Aufbau von Kooperationsbeziehungen. Sonst hängt die Kommunale Sozialberichterstattung buchstäblich in der dünnen Luft einer stadtpolitischen Irrelevanz.

Literatur

ALISCH, M. 1997: Soziale Stadtentwicklung - Leitlinien einer Politik für benachteiligte Quartiere. Das Beispiel Hamburg. In: HANESCH, W. (Hrsg.): Überlebt die soziale Stadt? Opladen

ALISCH, M. u. DANGSCHAT, J. 1993: Die solidarische Stadt. Darmstadt

BAGS (Behörde für Arbeit, Gesundheit und Soziales) 1993: Armut in Hamburg. Hamburg

BAGS (Behörde für Arbeit, Gesundheit und Soziales) 1997: Armut in Hamburg II. Hamburg

BARTELHEIMER, P. 1997: Risiken für die soziale Stadt. Erster Frankfurter Sozialbericht. Frankfurt

BAUERREISS, R. u. a. 1997: Familienatlas II. Opladen

BERLIN - SENATSVERWALTUNG FÜR GESUNDHEIT UND SOZIALES (Hrsg.) 1997: Sozialstrukturatlas Berlin 1997. Berlin

BMA (Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung) 1994: Sozialbericht 1993. Bonn

BMG (Bundesministerium für Gesundheit) 1997: Daten des Gesundheitswesens. Baden-Baden

ESSEN (Stadt Essen, Amt für Entwicklungsplanung etc.) 1990: Soziale Ungleichheit im Stadtgebiet. Essen

FRANKFURT (Stadt Frankfurt, Dezernat für Soziales etc.) 1988: Stadtteil-Sozialatlas. Frankfurt a. M.

FREYBERG, T. VON u. a. (Hrsg.) 1992: Armut in Frankfurt. Probleme der Armutsberichterstattung. Offenbach

FRIEDRICHS, J. 1980: Stadtanalyse. 3.Auflage. Opladen

HÄUßERMANN, H. u. KAPPHAHN, A. 2000: Berlin. Von der geteilten Stadt zur gespaltenen Stadt? Opladen

HAUCHLER, I. u. a. (Hrsg.) 1997: Globale Trends 1998. Frankfurt a. M.

HAUSER, R. 1997: Armutsberichterstattung. In: NOLL, HEINZ- HERBERT (Hrsg.): Sozialberichterstattung in Deutschland. Weinheim und München.

ISS (Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik) (Hrsg.) 1984: Sozialhilfeberichte und Armutsberichte. Frankfurt a. M.

KABISCH, S., KINDLER, A. u. D. RINK 1997: Sozialatlas der Stadt Leipzig. UFZ-Umweltforschungszentrum Leipzig-Halle GmbH (Hrsg.). Leipzig

MAGS- NRW (Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Sozialordnung - Nordrhein-Westfalen) 1992: Landessozialbericht Band 1: Armut im Alter. Düsseldorf

NOLL, H.-H. (Hrsg.) 1997: Sozialberichterstattung in Deutschland. Weinheim und München

NOLL, H.-H. 1997: Sozialberichterstattung: Zielsetzungen, Funktionen und Formen. In: NOLL, H.- H. (Hrsg.) : Sozialberichterstattung in Deutschland. Weinheim und München

PODSZUWEIT, U. u. a. 1992: Datenhandbuch Hamburg 1992. Hamburger Verein für Sozialpädagogik (Hrsg.). Hamburg

PODSZUWEIT, U. u. SCHÜTTE, W. 1997: Sozialatlas Hamburg 1997. Hamburg

SCHMIDT-URBAN, P., DILCHER, R., FELDMANN, U., HANESCH, W. u. R. SPIEGELBERG 1992: Kommunale Sozialberichterstattung. Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge (Hrsg.). Heft 41. Frankfurt a. M.

SCHÜTTE, W. 1994: Armutsentwicklung und Stadtentwicklung in Hamburg. In: STANDPUNKT: SOZIAL. HAMBURGER FORUM FÜR SOZIALE ARBEIT. Stadtentwicklung und soziale Politik. Fachhochschule Hamburg (Hrsg.), Heft 1/1994. Hamburg

SCHÜTTE, W. 1998: Sozialberichterstattung. Barrieren, Chancen, Risiken und Anforderungen. In: ALISCH, M. (Hrsg.): Stadtteilmanagement. Opladen

SCHÜTTE, W. u. SÜß, W. 1988: Armut in Hamburg. Hamburg

STATISTISCHES BUNDESAMT (Hrsg.) 1997: Datenreport 7. Landsberg

STATISTISCHES LANDESAMT HAMBURG 2001: Wahlergebnisse. Hamburg

VSOP (Verein für Sozialplanung) 1996: Leistungsbilanz der Sozialplanung. Speyer

WÖRNDL, B. u. STOCK, L. 1997: Sozialraumanalyse und Sozialberichterstattung für die Region Merseburg-Querfurt und Halle. Merseburg

ZAPF, W. 1978: Lebensbedingungen in der Bundesrepublik Deutschland. Frankfurt a. M.

ZAPF, W. u. HABICH, R. 1996: Wohlfahrtsentwicklung im vereinten Deutschland. Berlin

Sozialberichterstattung unter dem Leitbild sozialer Stadtentwicklung – Erfahrungen aus Leipzig

Dieter Rink

1. Einleitung: Die Transformation in Ostdeutschland als Herausforderung für die Sozialberichterstattung

Die deutsche Vereinigung und die anschließende Transformation in Ostdeutschland führte zu einer historisch wohl beispiellosen Situation: innerhalb kurzer Zeit änderten sich praktisch alle relevanten Parameter in der Entwicklung von Städten und Regionen (vgl. Friedrichs u. Häußermann 2001).

In wirtschaftlicher Hinsicht vollzog sich eine bis dahin beispiellose Deindustrialisierung der ostdeutschen Wirtschaft, die je nach Region zwischen 80 und 90% lag. Eine der sozialen Folgen ist die seitdem anhaltende dauerhaft hohe Arbeitslosigkeit, wobei umfangreiche arbeitsmarktpolitische Maßnahmen ein Arbeitsplatzdefizit von 30-40% verdecken. Die gleichzeitige Ausweitung des Dienstleistungssektors konnte den Verlust von Arbeitsplätzen im sekundären Sektor bei weitem nicht kompensieren, sie ist zudem weitgehend von Transfers abhängig und umfasst nur wenig produktionsorientierte Dienstleistungen.

In städtebaulich-räumlicher Hinsicht bewirkte die Deindustrialisierung ein teilweise großflächiges Brachfallen innerstädtischer Gewerbegebiete, z.T. mit ökologischen Altlasten. Zugleich wurde durch die Wiedervereinigung ein Bauboom ausgelöst, der eine enorme Suburbanisierung von großflächigem Handel und Gewerbe sowie der Bevölkerung bewirkte. Beides hatte bedeutende Funktionsverluste und Verödungstendenzen in den Innenstädten zur Folge, die bislang von Sanierungen und Revitalisierungsversuchen nicht aufgefangen werden konnten.

Die "demografische Revolution" führte Anfang der 1990er Jahren insbesondere mit dem jähen Fall der Geburtenrate, aber auch mit dem Wandel des Heirats- und Scheidungsverhaltens zu gravierenden langfristigen Folgen für die Bevölkerungszahl und –struktur sowie für die Infrastruktur. Sie beschleunigte zusätzlich den durch die Westwanderung und die Suburbanisierung ohnehin hohen Bevölkerungsschwund vor allem in den Kernstädten.

Außerdem entstanden im Gefolge der Wiedervereinigung in der Gemengelage zwischen selektiven Abwanderungen, relativem Wohlstandswachstum und den Umwälzungen im Erwerbssystem neue soziale Ungleichheiten. Anfang der 1990er Jahre löste die Deindustrialisierung eine strukturelle Abwärtsmobilität vieler Erwerbstätiger trotz gegenläufiger Angleichungen bei den Löhnen und Gehältern aus. Insbesondere seit der Stagnation der Einkommen und der Ausbreitung von Langzeitarbeitslosigkeit seit Mitte der 1990er Jahre lässt sich das Aufkommen einer neuen Armut beobachten, die Ende der 1990er Jahre den westdeutschen Stand erreichte (vgl. Lutz u. Zeng 1998; Winkler 1999, S. 188). Hinzu kommen soziokulturelle Differenzierungen wie die Individualisierung und die Pluralisierung von Lebensstilen, welche sich sichtbar in der Differenzierung der ostdeutschen Milieustruktur niederschlagen (vgl. Müller u.a. 1997).

Die Sanierung der teilweise immensen Altbaubestände ist mittlerweile in den meisten Städten weit vorangeschritten, in Leipzig etwa geht man von einem Stand von ca. 75% aus (vgl. Stadt Leipzig 2000a, S. 26). Dennoch gibt es weiterhin Leerstände in unsanierten Häusern und Wohnungen, seit 1997 sogar wachsende Leerstände in sanierten bzw. neu errichteten Beständen sowie in den Großneubaugebieten (der sogenannten "Platte"). Die Leerstände haben ihre Ursachen im natürlichen Bevölkerungsrückgang und in der Suburbanisierung sowie in der Migration, die eng mit der Lage auf dem Arbeitsmarkt verknüpft ist.

Überblickt man die einzelnen Prozesse in den 1990er Jahren, so wird einerseits ein rascher Wandel der Problemlagen deutlich, der prononciert in der Umkehrung der eklatanten Wohnungsnot Anfang der 1990er Jahre in das gegenwärtig z.T. immense Überangebot auf dem Wohnungsmarkt in Erscheinung tritt. Andererseits gibt es auch persistente Problemlagen, wie etwa den weiteren Verfall von Altbaubeständen trotz massiver Sanierungen. Entgegen vieler Prognosen von einer nachholenden Modernisierung nach westdeutschem Vorbild sind – trotz vieler erkennbarer Angleichungstendenzen – andere Abläufe und Muster erkennbar (vgl. Hannemann u.a. 2002).

Die entsprechende stadtsoziologische Forschung wie auch die kommunale Berichterstattung konnte mit dem Tempo der Veränderungen und den wechselnden Problemlagen nicht annähernd Schritt halten. Das hat seine Ursachen in der unzureichenden Datenlage, im Fehlen des know hows sowie einer breiten stadtsoziologischen Forschung. Die Kommunen verfügten vor 1989 teilweise über eigene statistische Ämter, die Einwohnermelderegister beinhalteten Haushaltsdaten, die Aussagen auf Block- und Hausebene zuließen. Diese mussten 1990 aus Datenschutzgründen geschlossen werden. Mit dem systematischen Aufbau von Kommunalstatistiken wurde praktisch von Neuem begonnen. Daher liegen für die Zeit vor 1990 kaum kleinräumliche Daten vor, es können weder Vergleiche angestellt noch Zeitreihen fortgeschrieben werden. In einigen Bereichen – wie der Erfassung der Umweltsituation, der Kartierung der Flächennutzung u.a. – wurde überhaupt erst nach 1990 eine systematische Bestandsaufnahme vorgenommen. Politisch z.T. weitreichende Entscheidungen mussten so häufig ohne analytische Fundierung und Folgenabschätzung getroffen werden. Seit Mitte der 1990er Jahre verstärken sich die Bestrebungen, insbesondere im Hinblick auf eine Fundierung kommunaler Sozialpolitik umfassend die Veränderung sozialer Lagen zu erfassen und zu analysieren.

Im folgenden wird der Prozeß des Aufbaus der Sozialberichterstattung in Leipzig untersucht. Zunächst sollen erste Bestandsaufnahmen der sozialen Situation vorgestellt werden, die in unterschiedlicher Weise als Vorarbeiten betrachtet werden können. Dies sind insbesondere Studien, die im Rahmen der stadtökologischen Forschungen am UFZ-Umweltforschungszentrum Leipzig-Halle GmbH entstanden: der Sozialatlas, Untersuchungen in einzelnen Leipziger Stadtteilen sowie eine Studie zur städtischen Armut in Leipzig. Im zweiten Teil wird auf die kommunale Sozialberichterstattung in Leipzig und ihre Einbettung in den Prozess sozialer Stadtentwicklung eingegangen. Dabei soll gefragt werden, welche

Anforderungen, Probleme und Chancen sich aus dem eingeleiteten Prozess einer sozialen Stadtentwicklung für die kommunale Sozialberichterstattung ergeben?

2. Zum Aufbau einer Sozialberichterstattung im Rahmen stadtökologischer Forschungen am UFZ-Umweltforschungszentrum Leipzig-Halle GmbH

Am UFZ wurde praktisch vom Beginn seiner Existenz im Dezember 1991 daran gearbeitet, raum- bzw. landschaftsbezogene Forschungen im natur- und sozialwissenschaftlichen Bereich zusammenzuführen. Das Leitbild der Nachhaltigkeit mit seiner Orientierung auf eine umwelt- und sozialverträgliche Entwicklung war dabei der gemeinsame Bezugspunkt. Zentraler Gegenstand in den „Gründerjahren" war der ökologische Strukturwandel im Zuge der Transformation. Daraus wurden genuin sozialwissenschaftliche Fragestellungen abgeleitet: Wie wirkt der ökologische Strukturwandel auf die sozialräumliche Struktur? Welche sozialen Gruppen profitieren davon und welche sind möglicherweise von neuen Belastungen betroffen? Die Umweltbedingungen wurden als Teil der Lebenslage aufgefasst und im Hinblick auf andere Bereiche - wie Wohnen oder Gesundheit bzw. das subjektive Wohlbefinden thematisiert. Gemeinsame Bezugsebene für die natur- und sozialwissenschaftliche Umweltforschung bilden die Strukturtypen der Flächennutzung.

2.1 Der Sozialatlas der Stadt Leipzig

Der Sozialatlas der Stadt Leipzig entstand am UFZ im Rahmen des Verbundprojekts „Stadtökologischer Strukturwandel der Stadt Leipzig" in den Jahren 1994 bis 1996. Das Ziel des Sozialatlas war die raumbezogene Erfassung, kartographische Darstellung und Bewertung der sozialräumlichen und stadtstrukturellen Folgen der Transformation. Den Schwerpunkt der Untersuchungen bildete die Analyse der sozialräumlichen Differenzierungen, wobei hier neben ausgewählten sozialen, politischen und wirtschaftlichen Faktoren auch die Flächennutzungsstruktur, bauliche, umweltrelevante sowie infrastrukturelle Merkmale einbezogen wurden. Mit Hilfe der GIS-Software Arc/Info wurden fünf Themenkomplexe kartographisch dargestellt: die soziodemographische Struktur, die Wohnungsstruktur, die soziale Infrastruktur, die Wählerstruktur und die Struktur der Flächennutzung. Auf der Grundlage der Karten und Daten sowie einer Begehung aller Ortsteile wurde eine sozialräumliche Typisierung durchgeführt, wobei 9 Typen sozialer Räume differenziert und kartographisch dargestellt werden konnten. Damit ist eine Grundlage für künftige Analysen und kartographische Darstellungen von Veränderungen geschaffen.

Der Sozialatlas stellt im wesentlichen eine Erfassung des Ist-Zustandes am Beginn der 1990er Jahre, also noch vor Beginn größerer sozialräumlicher Veränderungen, dar. Dennoch zeigt sich, dass entgegen dem verbreiteten Bild einer gemischten Bewohnerstruktur in ostdeutschen Städten, es Formen sozialräumlicher Differenzierungen gibt, d.h. dass sich bestimmte Bevölkerungsgruppen in bestimmten städtischen Räumen konzentrieren. Im Ergebnis konnten sozialräumliche Differenzierungsprozesse identifiziert, aber keine ausgeprägte Segregation der

Bevölkerung festgestellt werden (vgl. Rink u. Kabisch 1997)[1]. Andere inzwischen vorgelegte empirische Untersuchungen haben diese Ergebnisse im wesentlichen bestätigt. So stellen etwa Harth u.a. im Ergebnis einer Befragung Magdeburger Haushalte fest, dass die sozialstrukturellen Umschichtungen „bislang noch nicht zu einer Spaltung ostdeutscher Städte in Wohngebiete für Arme und Wohngebiete für Reiche geführt" hätten. In ostdeutschen Städten sei daher die Segregation zur Zeit wenig ausgeprägt (Harth u.a. 1999, S. 41; vgl. Franz 2000, S. 170).

Der Sozialatlas lässt sich als klassische Sozialraumanalyse charakterisieren, da er im wesentlichen auf der Auswertung von kleinräumigen Daten beruht. Durch die Breite des Zugangs und die Fundierung in der Sozialstrukturanalyse enthält er aber auch Elemente eines Sozialstrukturberichts (zur Unterscheidung vgl. Bartelheimer 2001, S. 32 f.). Neben den analytischen Interessen bestand das Ziel darüber hinaus in der Information der Öffentlichkeit und der Unterstützung der städtischen Verwaltung und Planung. Dies ließ sich auch umsetzen, die im Sozialatlas entwickelte sozialräumliche Typisierung wurde in Leipzig später im Lebenslagenreport (Stadt Leipzig 1999, S. 343 ff.; siehe unten) sowie im Kinder- und Familienbericht (Stadt Leipzig 2000, S. 93 ff.) verwendet und bei der Jugendhilfe- sowie Schulnetzplanung herangezogen. Außerdem basiert der Sozial-Atlas von Halle (Saale) auf der theoretisch-konzeptionellen Basis des Leipziger Sozialatlas (Stadt Halle 2000).

Der Sozialatlas war darüber hinaus in heuristischer Hinsicht für die weitere Forschung fruchtbar, er diente der Entwicklung von Hypothesen und Prognosen zu einzelnen sozialräumlichen Differenzierungsprozessen sowie zur Generierung von Fragestellungen (vgl. Kabisch 2000). Er erbrachte Hinweise für die Identifizierung von möglichen sozialen Brennpunkten, die sich bereits Mitte der 1990er Jahre in den hochverdichteten Teilen der Großneubaugebiete sowie in Teilen der gründerzeitlichen Arbeiterviertel abzeichneten. Im Hinblick auf den Einfluss ökologischer Faktoren war kein klares Muster erkennbar.

2.2 Kleinräumige Untersuchungen in Leipziger Stadtteilen

Im Sozialatlas wurden im wesentlichen Daten auf Ortsteilbasis ausgewertet, deren Mangel in ihrem relativ großräumigen Zuschnitt liegt. Damit waren aber gerade für die baulich und sozial gemischten Innenstadtquartiere und die dort ablaufenden kleinräumigen Differenzierungsprozesse kaum Aussagen möglich. Fußend auf der im Sozialatlas entwickelten Typologie (Rink u. Kabisch 1997, S. 64 ff.) wurden deshalb in den letzten Jahren kleinräumige Untersuchungen in Leipziger Stadtteilen durchgeführt, die sich dieser Zielstellung widmeten und der Frage nachgingen, ob sich deutliche Zusammenhänge zwischen der Bau- und Sozialstruktur nachweisen lassen. Die kleinräumigen Untersuchungen in den Leipziger Stadtteilen Stötteritz (vgl. Kabisch u. Bamberg 1998) sowie Connewitz und Eutritzsch sollten die großräumigen Typen aus dem Sozialatlas durch kleinräumige spezifizieren.

[1] Karin Wiest geht demgegenüber weiterhin von „anhaltenden und sich verstärkenden Segregationserscheinungen" aus, ohne dies allerdings überzeugend zu belegen (Wiest 2001, S. 16).

Der Vergleich der Baustrukturtypen zeigt, dass die Plattenbauten der 1980er Jahre und die Neubauten der 1990er Jahre sozial am homogensten sind. Die größte soziale Mischung findet sich in den Gründerzeitquartieren, die 1920er Jahre-Bauten liegen in ihren Werten zwischen Gründerzeit- und Plattenbauten. Die Daten verdeutlichen, daß sich die sozialräumlichen Differenzierungsprozesse insbesondere in den Gründerzeitquartieren umgekehrt haben und deswegen hier keine ausgeprägten Segregationsprozesse zu beobachten sind. Umgekehrt unterliegen die Plattenbauten einem erkennbaren Abwertungsprozess. Persistenzen zeigen sich dagegen in den Genossenschaftsbauten der 1920er und 1930er Jahre und in den DDR-Neubauten der 1950er und 1960er Jahre (vgl. Kabisch u. Bamberg 1998). Die Neubauten der 1990er Jahre sind demgegenüber von Anfang an von einer statushohen Bewohnerschaft geprägt.

Die Zusammenhänge zwischen bestimmten sozialen Gruppen und Baustrukturtypen prägen sich zwar aus, bei einem Nebeneinander bzw. einer Durchmischung unterschiedlicher Baustrukturtypen – bzw. bei zwar deutlicher abgrenzbaren, aber nicht großflächigen Baustrukturtypen findet man noch eine soziale Mischung. Die Befunde stehen im Einklang mit den Segregationsstudien der letzten Jahre (s.o.) und mit den bereits im Sozialatlas getroffenen Annahmen. Dort wurde anknüpfend an die These von der Überlagerung von historisch aufeinanderfolgenden Segregationsmustern davon ausgegangen, dass eine historisch neue Sozialstruktur erst mit zeitlichem Verzögerungseffekt ihren räumlichen Niederschlag findet. Die räumlichen Auswirkungen des sozialstrukturellen Umbruchs Anfang der 1990er Jahre sind erst seit einigen Jahren zu erkennen, mit der vollen Ausprägung eines neuen Musters ist in den nächsten Jahrzehnten zu rechnen (Rink 1997, S. 46).

Hinsichtlich künftiger sozialräumlicher Differenzierungsprozesse sind zwei Faktoren zu diskutieren, die zu möglicherweise einschneidenden Veränderungen führen könnten: die anhaltend hohe Umzugsmobilität und die Zunahme des Leerstands von Wohnungen. Dadurch sind die Mietpreise seit einigen Jahren deutlich in fast allen Lagen und Mietpreissegmenten gefallen (mit Ausnahme der DDR-Plattenbauten). Zudem ist seit etwa 1996/97 das Einkommenswachstum und damit auch eine entsprechende soziale Differenzierung in Ostdeutschland weitgehend zum Erliegen gekommen. Zwar wachsen dadurch die sozialen Unterschiede langsamer, dafür prägen sich aber Lageunterschiede zwischen den Stadtteilen und Quartieren rasch aus. Dadurch könnte sich die sozial selektive Mobilität beschleunigen und zur – möglicherweise raschen - Ausprägung von sozialräumlichen Differenzierungen beitragen. Indizien dafür sind insbesondere (rasche) Bevölkerungszu- bzw. abnahmen sowie Veränderungen der Infrastruktur (Rückgang des Handels, Schließung von Schulen und sozialen Einrichtungen u.ä.). Hier dürften sich in der Stadtstruktur angelegte Differenzierungsmerkmale mittelfristig (wieder) geltend machen: die Dichte der Bebauung, die Größe und Ausstattung der Wohnungen, Wohnumfeldmerkmale, die Infrastrukturausstattung sowie Umweltbelastungen (wie insbesondere Verkehrsemissionen). Es ist zwar unwahrscheinlich, dass derartige rasche Veränderungen komplette Stadtteile oder gar größere Stadträume betreffen, einzelne Blöcke, Straßenzüge oder Quartiere insbesondere in den gründerzeitlichen Arbeitvierteln sowie in den hoch

verdichteten Großneubauten der 1970er und 1980er Jahre könnten aber davon betroffen sein[2]. Will man hier rechtzeitig gegensteuern, ist ein zeitnahes und kleinteiliges soziales Monitoring nötig.

2.3 Städtische Armut in Leipzig

Neben der kleinräumigen Untersetzung der Befunde des Sozialatlas sollte der Frage nach der Entstehung einer neuen Armut nachgegangen werden. Dazu wurde gemeinsam mit dem Zentrum für Arbeits- und Organisationsforschung (ZAROF) Leipzig das Projekt „Städtische Armut in Leipzig" durchgeführt (zum folgenden vgl. Richter 2000). Die Darstellung der räumlichen Verteilung von Armut innerhalb der Stadt ist ein wesentlicher Bestandteil der Sozialberichterstattung und spielt eine prominente Rolle in der Diskussion um eine sozial- und umweltverträgliche Stadtentwicklung. Eine spezifische Frage für die Armutsforschung in den neuen Bundesländern ist die nach einer möglichen sozialräumlichen Kontinuität städtischer Armutszonen. So war das Projekt u.a. darauf gerichtet, inwieweit es eine räumliche Verteilung von Armut in der Stadt schon vor der Wende 1989 gegeben hat und somit Persistenzen von Armutslagen bzw. Armutszonen bestehen. Am Beispiel der Stadt Leipzig wurden Prozesse der Armutsentwicklung und gruppenspezifische Bewältigungs-strategien analysiert. Dazu wurden Fallstudien in vier unterschiedlichen Stadtteilen Leipzigs durchgeführt und im Ergebnis charakteristische Verläufe und fünf verschiedene Armutstypen unterschieden. Die Charakterisierung städtischer Armut erfolgt auf der Basis des Lebenslagenansatzes, der die Bereiche Wohnen, Gesundheit, Bildung, Freizeit, soziale Netze, Partizipation am kulturellen Leben sowie Nutzungsmöglichkeiten städtischer Einrichtungen verknüpft. Der Herausarbeitung der Rolle der Umweltbedingungen kam eine besondere Bedeutung zu. Die Fragestellung lautete, inwiefern benachteiligende Umweltbedingungen mit Benachteiligungen in anderen sozialen Lagen verbunden sind.

Es wurden folgende Armutstypen identifiziert (vgl. Richter 2000, S. 103 ff.):

1) *Insistierende Armut:* die Gruppe derjenigen, die bereits zu DDR-Zeiten im Bereich der Fürsorge waren, geringe Bildungsabschlüsse und kaum konstante Erwerbsbiographien hatten sowie Beeinträchtigungen unterschiedlicher Bereiche ihrer Lebenslagen, wie Einkommen, Gesundheit usw. aufweisen.
2) *temporär Einkommens'arme':* die Gruppe der Studierenden und Auszubildenden im Alter zwischen 18 und 30 Jahren, für die diese einkommens'arme' Phase einen Übergang darstellt, die aber in allen anderen Bereichen ihrer Lebenslagen meist keinen Benachteiligungen unterliegen.
3) *Rentner mit teilweiser Altersarmut:* sie werden von der Gruppe der 'Neuen Armen' abgehoben, weil es erstens eine spezifische Altersarmut z.T. schon zu DDR-Zeiten gab ('Mindestrente'), und zweitens, weil sich die Gruppe der Rentner in einer anderen Situation vor allem in bezug auf Erwerbsarbeit befindet.

[2] Diese Phänomene könnten aber auch infolge des unterschiedlichen Sanierungsstands und damit verbundener Leerstände über unterschiedliche Lagen „streuen".

4) *'Neue Arme':* die Gruppe derjenigen, die durch die gesellschaftlichen Veränderungen ihre – bis dahin kontinuierliche - Erwerbstätigkeit verloren und aufgrund unterschiedlicher Bedingungen bisher den Wiedereinstieg nicht geschafft haben bzw. absehbar auch nicht schaffen werden.

Die dargestellten Typen sind zwar in allen vier untersuchten Stadtteilen zu finden, aber nicht gleichmäßig verteilt. Die Menschen mit 'Armutskarrieren' konzentrieren sich in den Stadtteilen, die über Unterkunfts- und Betreuungseinrichtungen für Obdachlose verfügen und des weiteren in Stadtteilen, in denen es einen größeren Anteil unsanierter Häuser mit dementsprechend niedrigen Mietpreisen gibt. Da die Sanierung in Leipzig in den vier untersuchten Stadtteilen nicht gänzlich abgeschlossen ist, sind Vertreter dieses Typs in den anderen Stadtteilen, wenn auch seltener anzutreffen. Auffallend ist, dass Studenten (‚Temporär Einkommens'arme') vorrangig in die Gebiete ziehen, die ihnen bezahlbaren Wohnraum und eine soziale und kulturelle Infrastruktur bieten. Die ‚Rentner mit teilweiser Altersarmut' finden sich in allen vier Stadtteilen gleichermaßen. Die ‚insistierende Armut' (eine marginale Gruppe) fand unter veränderten gesellschaftlichen Verhältnissen ihre Fortsetzung. Obdachlosigkeit wurde allerdings erst nach 1989 öffentlich sichtbar und zum Synonym für die Schattenseiten des neuen Gesellschaftssystems. Außerdem ist auf das Segment der ‚prekären Beschäftigungsverhältnisse' zu verweisen, das in den offiziellen Statistiken nicht erfasst wird. Im Projekt städtische Armut wurde deutlich, dass bei anhaltender negativer Arbeitsmarktentwicklung aus diesem Segment künftig überdurchschnittlich viele Personen an bzw. über die Armutsgrenze gelangen werden.

3. Zum Aufbau und zur Implementierung einer kommunalen Sozialberichterstattung unter dem Leitbild sozialer Stadtentwicklung

In den ersten Jahren nach der Wiedervereinigung war die Veränderung der Lebenslagen der städtischen Bevölkerung kaum im Focus der Stadtpolitik, zu drängend waren andere Aufgaben und Probleme wie etwa der Aufbau einer kommunalen Selbstverwaltung. Leipzig verfolgte in den ersten Jahren nach der Wiedervereinigung eine Politik tertiärer Großprojekte, die auf die Sicherung und den Ausbau oberzentraler Funktionen zielte. Leipzig sollte wieder einen festen Platz im „Konzert der deutschen Städte" bekommen und langfristig zu einer Dienstleistungsmetropole von europäischer Dimension etabliert werden. Dem dienten die Errichtung des neuen Messegeländes, der Ausbau von Flughafen und Hauptbahnhof sowie die Ansiedlung von Handels-, Güterverkehrs- und Logistikzentren. Die Kampagne „Leipzig kommt!" begleitete dies als Standortmarketing, sie sollte die Stadt bekannt machen und ein positives Image vermitteln. Zur Verbesserung der Lebensqualität wurde in erster Linie auf die Sanierung des Altbaubestandes gesetzt und eine Reihe von Sanierungsgebieten förmlich festgelegt.

Mitte der 1990er Jahre wurde nicht nur das ganze Ausmaß der Deindustrialisierung deutlich, sondern auch klar, das die Ausweitung des Dienstleistungssektors keine Kompensation für

den Arbeitsplatzabbau in der Industrie sein würde[3]. Neben den schon seit Anfang der 1990er Jahre verfolgten arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen machte sich eine analytisch fundierte Neuausrichtung der Sozialpolitik erforderlich. In dieser Situation stieß der Antrag einer Fraktion des Stadtrats zur Erstellung eines Armutsberichts auf positive Resonanz[4]. Diesem Antrag folgend wurden die Stadtverwaltung beauftragt, ein Konzept auszuarbeiten und ein Gremium bestehend aus Vertretern der Fraktionen, der relevanten Ämter und der Wohlfahrtsverbände sowie Wissenschaftlern einberufen. Dieses Gremium hat nicht nur das Konzept erstellt, sondern als Arbeitsgruppe (AG) Lebenslagenreport (aus der später der Beirat Sozialberichterstattung und Soziale Stadtentwicklung hervorging) die Befragung vorbereitet und begleitet sowie die Ergebnisse, Schlussfolgerungen und Handlungsempfehlungen diskutiert.

Von Anfang an zeigten sich recht unterschiedliche Ansprüche an die kommunale Sozialberichterstattung. Im Prozess der Erarbeitung des Berichts wurde deutlich, dass die freien Wohlfahrtsverbände die AG und die Erstellung des Lebenslagen-Reports vor allem nutzten, um ihre Problemsicht einzubringen, ihr Klientel als besonders wichtig herauszustellen sowie Einfluss auf die Definitionen zu bekommen. Die oppositionellen Fraktionen insbesondere die PDS verfolgten zwar zunächst die Skandalisierungsstrategie, brachten sich dann aber konstruktiv in den Analyse- und Diskussionsprozess ein. Die Berichterstattung war insofern wenig von (partei)politischen Diskussionen und Profilierungsbestrebungen geprägt. Die einzelnen Amtsleiter waren am stärksten an der Gewinnung von Daten interessiert, allerdings überwiegend aus ihrer jeweiligen ressort- bzw. bereichsspezifischen Perspektive. Die verwaltungsbezogenen Fragestellungen betrafen zum einen die Erfassung des Bedarfs der jeweiligen Klientele, zum anderen die Einschätzungen der sozialen Einrichtungen und Hilfsangebote. Die Vertreter der Wissenschaft waren hierbei in ihrer Funktion als Lieferanten von Definitionen, Konzepten und Methoden gefragt, sie wurden darüber hinaus in den Prozess der Moderation involviert. Hier war es nötig, eine möglichst neutrale bzw. objektive Sicht zu verteidigen sowie auf die ausgewogene Vertretung einzelner thematischer Bereiche und bestimmter sozialer Gruppen zu achten.

Der Lebenslagenreport selbst wird durch die konzeptionelle Klammer - das Lebenslagenkonzept – zusammengehalten, das die Grundlage für die Befragung von Betroffenen und sozialen Einrichtungen bildete. Die sozialpolitische Diskussion war im gesamten Prozess nicht von der Erstellung des Berichts zu trennen. Der Bericht ist einerseits davon geprägt, andererseits hat er der Sozialpolitik durch die Formulierung von Handlungsempfehlungen und die Diskussion eines sozialpolitischen Leitbilds Impulse gegeben. Die Ergebnisse der Studie und die sozialpolitischen Schlussfolgerungen wurden durch Fachtagungen und Bürgerforen an die interessierte Öffentlichkeit und Bürger vermittelt. Der Erfolg und das Funktionieren der AG waren vor allem durch die partizipative Ausrichtung des Gremiums und die moderierende Rolle des

[3] Dessen ungeachtet wird, allerdings ohne PR-Kampagne, an dieser Strategie festgehalten, die mittlerweile durch Ansätze einer Re- bzw. Neoindustrialisierung, wie die Ansiedlungen von Porsche und BMW, unterstützt wird.
[4] Zeitlich parallel dazu wurde der Sozialatlas fertiggestellt und unterbreitete das UFZ der Stadt Leipzig den Vorschlag, gemeinsam eine kommunale Sozialberichterstattung aufzubauen.

Dezernenten bedingt. Daneben war der breite kommunalpolitische Konsens entscheidend, der auch unter veränderten kommunalpolitischen Rahmenbedingungen (die CDU wurde in Leipzig bei den Kommunalwahlen 1999 stärkste Kraft) Bestand hatte. Darüber wurden auch die notwendigen Ressourcen bereitgestellt. Als günstig erwies sich außerdem, dass der Lebenslagenreport nicht einfach von der Kommune in Auftrag gegeben und von einem unabhängigen Institut abgearbeitet wurde. Vielmehr fungierte die Arbeitsgruppe als Arbeitsgremium und nicht als bloßer Beirat. Dadurch wurde die notwendige wissenschaftliche Unabhängigkeit gesichert und gleichzeitig die politische Verbindlichkeit gewährleistet. Die Arbeitsgruppe wirkte als eine Art „Brückeninstanz" (Bartelheimer) zu unterschiedlichen Akteuren (Politik, Verwaltung, Wohlfahrtsverbände, intermediäre Einrichtungen) und sicherte den Wissenstransfer wie die Herstellung von Legitimation.

In der Zusammenfassung des Reports werden die Probleme verschiedener Lebenslagen herausgearbeitet und das Potenzial einkommensschwacher Personen abgeschätzt. Als gravierendstes soziales Problem wird – wie in allen Städten insbesondere in den neuen Bundesländern – die Arbeitslosigkeit identifiziert. In Leipzig pegelte sich in den letzten Jahren die Zahl der Arbeitslosen auf rund 40.000 und die Quote auf ca. 18% ein. Dabei muss jedoch von einer höheren Quote von ca. 25% ausgegangen werden. Hingewiesen wird auf die Probleme der Jugend- und der Langzeitarbeitslosigkeit. Als bekämpfte Armut wird der Sozialhilfebezug (Hilfe zum Lebensunterhalt) gefasst, der bis Ende der 1990er Jahre stark gestiegen ist und etwa 18.000 Personen umfasst[5]. Als besonderes Problem wird die Kinderarmut benannt. Durch den konstant hohen Anteil von Alleinerziehenden (etwa ein Drittel) macht der Anteil von Kindern und Jugendlichen (bis 18 Jahre) über 40% der Sozialhilfeempfänger aus. Der Wohngeldempfang und die Beschäftigungsförderung wurden als Indikatoren für die Abschätzung des prekären Wohlstands zugrundegelegt. Seit Mitte der 1990er Jahre pendelt die Zahl der Wohngeldempfänger zwischen 20.000 und 22.000[6], wovon ein Drittel (etwa 7.000 – 10.000) aufgrund ihres geringen Einkommens vom Absinken in die Sozialhilfebedürftigkeit bedroht sind. Durchschnittlich 7.000 Personen waren in den letzten Jahren allein im Bereich der kommunalen Arbeitsförderung beschäftigt, davon ca. 2000 Sozialhilfeempfänger. Schließlich ergaben die Ergebnisse der Betroffenenbefragung, dass zwischen 7% und 10% der Befragten glauben, Anspruch auf Sozialhilfe zu haben, diesen jedoch aus verschiedenen Gründen nicht wahrnehmen. Experten wiesen darauf hin, dass sich dies nicht auf die Inanspruchnahme von Sozialhilfe beschränkt, sondern sich auch auf Arbeitslosengeld und –hilfe, Kinder- sowie Wohngeld bezieht. Aus den Angaben der Arbeitsmarktstatistik, der Berechnung von Äquivalenzeinkommen in den Bürgerumfragen und unter Hinzuziehung eines zusätzlichen Schätzpotentials („verdeckte Armut", „prekärer Wohlstand") wurde für Leipzig ein Potenzial einkommensschwacher Personen von 80.000 bestimmt.

[5] Nach der aktuellen Zahl von 2001 beziehen ca. 22.000 Personen Hilfe zum Lebensunterhalt (Angabe des Sozialamts der Stadt Leipzig).

[6] Hier beträgt die neueste Zahl ca. 25.000 Haushalte, die Wohngeld erhalten (Angabe des Sozialamts der Stadt Leipzig für 2001).

In sozialräumlicher Hinsicht wird im Lebenslagenreport auf sich verstärkende und kleinräumig konzentrierende Austauschprozesse in den hochverdichteten Teilen des Großneubaugebietes Grünau hingewiesen. Die Bewohnerstruktur werde durch den Wegzug von einkommensstärkeren Familien mit Kindern und den Zuzug von einkommens- und sozial schwächeren Gruppen verändert (Stadt Leipzig 1999, S. 343 ff.). In Teilen der gründerzeitlichen Arbeiterviertel seien Marginalisierungsprozesse zu beobachten, vorwiegend Straßenabschnitte und Gebiete, in denen das Sanierungsdefizit bislang kaum abgebaut worden sei, würden Gefahr laufen baulich zu verfallen und sozial marginalisiert zu werden. Zwar könne von sozialen Brennpunkten im Sinne einer "räumlichen Konzentration sozialer Probleme (wie Kriminalität und negativ abweichender Verhaltensauffälligkeiten)" bislang kaum die Rede sein, es ließen sich jedoch Ansätze von Armutskonzentrationen bzw. Konzentrationen sozial Benachteiligter erkennen.

Sozialpolitisches Ergebnis des Lebenslagenreports und der Arbeitsgruppe sind die kurz- und mittelfristigen Handlungsempfehlungen, die auf die verstärkte Kooperation von Verwaltungseinheiten, insbesondere der stadtplanungs- und sozialbezogenen, präventiven Strategien und die Verbesserung der Datengrundlagen abstellen. Seit dem Vorliegen des Lebenslagenreports werden in der Arbeitsgruppe Grundsätze der Sozialpolitik in Leipzig diskutiert und teilweise in den Fraktionen und Ausschüssen beraten. Eine zentrale Aussage ist dabei die programmatische Formulierung, dass „soziale Kommunalpolitik" mehr sein solle als „kommunale Sozialpolitik". Die Stadt Leipzig solle nach dieser Vorstellung soziale Kommunalpolitik als ganzheitliche Lebenslagenpolitik vertreten, die die Bereiche Arbeitsmarktpolitik, Wirtschaftspolitik, Stadtplanung bzw. Stadtentwicklung, Bildung, Gesundheit, Wohnen, Kultur, Freizeit und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben einschließen. Ziel der Sozialpolitik solle die umfassende und zielgerichtete Unterstützung für sozial benachteiligte Gruppen, die Sicherung des sozialen Gleichgewichts sowie die Ausrichtung kommunaler Sozialpolitik auf besonders benachteiligte Zielgruppen sein. Im weiteren wurde in diese Grundsatzdiskussion die Förderung präventiver Ansätze, der Selbsthilfeorientierung und des bürgerschaftlichen Engagements aufgenommen.

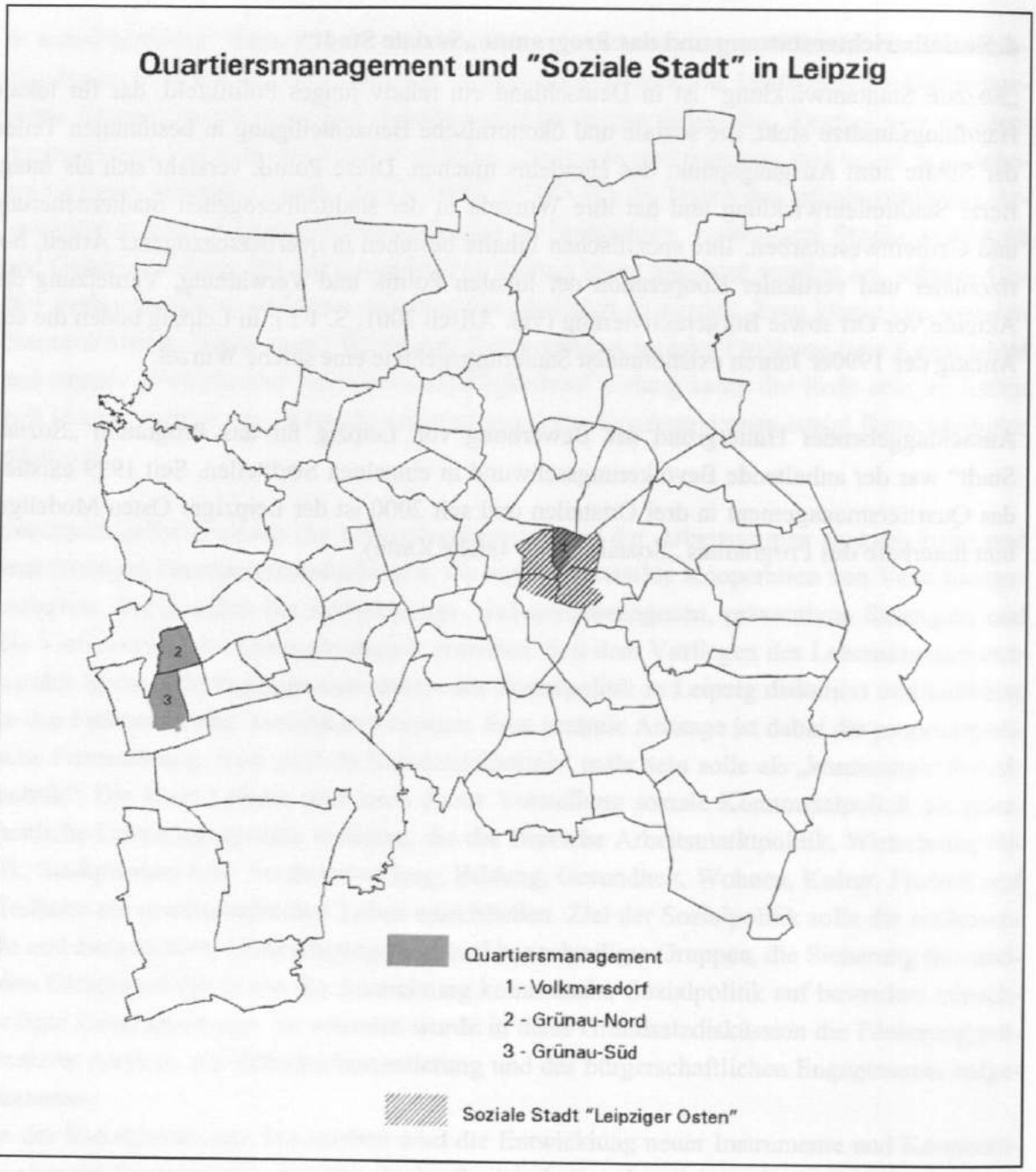
In der Sozialpolitik und Sozialarbeit wird die Entwicklung neuer Instrumente und Kooperationsformen für notwendig erachtet, in der Sozialarbeit und sozialraumbezogenen Kommunalpolitik sollte ein Paradigmenwechsel erfolgen und Sozialberichterstattung und Sozialplanung fest etabliert werden. Soziale Zielgruppen bzw. sozialräumlich ausgerichtete Armutsbekämpfung seien grundlegend für die Umsetzung dieser Aufgaben und auf der kommunalen Ebene zu bündeln.

Als grundlegende Herausforderung wird die soziale Abwärtsentwicklung in gefährdeten Stadtteilen und eine Polarisierung städtischer Lebensbedingungen begriffen. Dem gelte es entgegenzuwirken. Im Zuge der anvisierten verstärkten Verbindung einzelner Politikfelder sollten daher Wirkungsanalysen, Erfolgskontrollen und Evaluationen mehr Gewicht erhalten. Es wird als notwendig erachtet, daß die Stadt Leipzig Evaluierungsinstrumente einsetzt und eine kontinuierliche Berichterstattung sichert.

4. Sozialberichterstattung und das Programm „Soziale Stadt"

„Soziale Stadtentwicklung" ist in Deutschland ein relativ junges Politikfeld, das für lokale Handlungsansätze steht, die soziale und ökonomische Benachteiligung in bestimmten Teilen der Städte zum Ausgangspunkt des Handelns machen. Diese Politik versteht sich als integrierte Stadtteilentwicklung und hat ihre Wurzeln in der stadtteilbezogenen Stadterneuerung und Gemeinwesenarbeit. Ihre spezifischen Inhalte bestehen in quartiersbezogener Arbeit, horizontaler und vertikaler Kooperation der lokalen Politik und Verwaltung, Vernetzung der Akteure vor Ort sowie Bürgeraktivierung (vgl. Alisch 2001, S. 1 f.). In Leipzig bilden die seit Anfang der 1990er Jahren existierenden Sanierungsgebiete eine solche Wurzel.

Ausschlaggebender Hintergrund der Bewerbung von Leipzig für das Programm „Soziale Stadt" war der anhaltende Bevölkerungsschwund in einzelnen Stadtteilen. Seit 1999 existiert das Quartiersmanagement in drei Ortsteilen und seit 2000 ist der Leipziger Osten Modellgebiet innerhalb des Programms „Soziale Stadt" (siehe Karte).



Damit werden zum einen gebietsbezogene Ziele verfolgt, die sich im Kern auf die Stabilisierung der sozialen Situation und die Verbesserung der Lebensqualität in den ausgewählten Quartieren beziehen: den Bevölkerungsschwund zu stoppen, die Quartiere für die ansässige Bevölkerung attraktiv und lebenswert zu machen, die Wirtschafts-, Dienstleistungs- und soziale Infrastruktur in den Vierteln zu stabilisieren bzw. zu verbessern und den lokalen Arbeitsmarkt für die ansässige Bevölkerung zu öffnen bzw. zu aktivieren (vgl. Stadt Leipzig 2001, S. 13 f.). Es wird nicht angestrebt, für Zuzug in größerem Umfang zu sorgen, vielmehr soll die ansässige Bevölkerung gehalten werden. Wesentliche Mittel sind die Aktivierung der Bürger über öffentliche Foren und die Zusammenarbeit mit lokalen Akteuren wie Vereinen und Initiativen. Zum anderen werden strukturbezogene Ziele angestrebt, wobei die ressortübergreifen

de Vernetzung und die Verknüpfung unterschiedlicher Handlungsebenen seit Beginn der Arbeit im Mittelpunkt stehen.

Bei der Auswahl und Vorbereitung des Programmgebiets „Soziale Stadt" wurden Interviews mit den Mitarbeiterinnen des Allgemeinen Sozialdienstes (ASD) durchgeführt, um Erkenntnisse über ihre hauptsächlichen Einsatzgebiete und die jeweiligen sozialen Problemlagen zu erlangen. Daraus wurde eine Karte erstellt, wo die Gebiete eingezeichnet sind. Man war sich allerdings bewusst, dass dies eine stark subjektive Einfärbung hat und keine „saubere" Methode darstellt. Zusätzlich wurde vom UFZ für das Programmgebiet eine Erfassung der sozialen Infrastruktur vorgenommen (Huber 2000). Beides geschah allerdings ohne systematischen Zusammenhang mit dem Lebenslagen-Report bzw. einem gesamtstädtischen Berichtssystem. In ähnlicher Weise erfolgte die Vorbereitung des Quartiersmanagements im Leipziger Osten sowie in Grünau-Mitte, wo eine vorbereitende Untersuchung durchgeführt wurde, die sich an den für Sanierungsgebiete üblichen Standards orientierte. Demgegenüber beruhte die Schaffung des Quartiersmanagements in Grünau-Süd kaum auf der Analyse sozialer Indikatoren, vielmehr wurde von bestimmten Merkmalen, wie der Randlage, der baulichen Verdichtung und von einer vermuteten ungünstigen sozialen Mischung davon ausgegangen, dass sich dieses Quartier zum sozialen Brennpunkt entwickeln kann.
Die jeweils jährlich erfolgende Verlängerung des Quartiersmanagements lässt kaum eine längerfristige Planung bzw. die Verfolgung strategischer Ziele zu. Der Einsatz von Sozialberichterstattung erscheint daher auch kaum sinnvoll. Infolgedessen sind die Effekte der Maßnahmen nur grob einschätzbar, sie lassen sich nicht an festgelegten Indikatoren quantifizieren.

Auch daran zeigt sich, dass sich die Versuche, Ergebnisse der Sozialberichterstattung, insbesondere sozialräumliche Daten, in das Programm „Soziale Stadtentwicklung" sowie das Quartiersmanagement einzubeziehen, schwierig gestalten. Die Sozialberichterstattung hat bislang auf den Prozess der sozialen Stadtentwicklung allenfalls indirekten Einfluss, etwa über die Identifizierung von Problemlagen. Die gesamtstädtisch orientierte Sozialberichterstattung vermag das Quartiers- bzw. Stadtteilmanagement kaum wirksam zu unterstützen. Ein Problem besteht in der Ausdifferenzierung der Sozialberichterstattung in integrative Berichte mit gesamtstädtischer Perspektive einerseits und spezielle Berichte über bestimmte Problembereiche oder Stadtteile sowie einzelne soziale Gruppen andererseits. Zudem fehlt ein System einheitlicher Indikatoren und Kenngrößen sowie eine Vereinheitlichung der kleinräumlichen Berichterstattung. Die vorbereitenden Untersuchungen sind freiwillige Leistungen, aber keine regelmäßigen Evaluationen. Sie lassen sich daher kaum in die gesamtstädtische Entwicklung einordnen bzw. gestatten nur grobe Vergleiche mit anderen Stadtteilen. Außerdem fehlt es bislang an einer Institution, die die unterschiedlichen Formen der Berichterstattung koordiniert. Mit dieser Aufgabe ist ein Gremium wie der Beirat Sozialberichterstattung/Soziale Stadtentwicklung eindeutig überlastet.
Generell sind die Anforderungen, die von der sozialen Stadtentwicklung ausgehen, anspruchsvoll. Sie bestehen vor allem in der Notwendigkeit einer integrativen Perspektive auf

die Entwicklung von Stadtteilen. Es geht dabei nicht mehr nur um klassische Sozialdaten bzw. im weiteren wohnungsbezogene Daten, sondern auch um solche zum Gewerbe, zum Arbeitsplatzangebot, zur sozialen Infrastruktur, zu endogenen Potenzialen bzw. Netzwerkstrukturen sowie zur sozialen Integration (Nachbarschaften, Milieus). Das weitet den Bedarf an Daten enorm aus, ohne dass es Ressourcen gibt, ihn abzudecken. Es mangelt diesbezüglich vor allem an verfügbaren aktuellen Daten auf einer sehr kleinräumigen Ebene (Straßenzüge, Blöcke), die kaum mit administrativen Grenzen zusammenfallen. Für diese wird laufend Bedarf generiert, da die Anträge für Projekte innerhalb der Programme darauf angewiesen sind und im Verlauf der Projektabwicklung Berichterstattungen erfolgen müssen, die dies benötigen. Damit verändert sich auch der Kreis der Nutzer und Kooperationspartner, es sind nun nicht mehr (wenige) Dezernate und Ämter, sondern (eine Vielzahl) intermediärer Einrichtungen, wie Träger der freien Wohlfahrtspflege, Planungsbüros, Vereine und Initiativen und nachgeordnete Einrichtungen, mit ganz unterschiedlichen Anforderungen und Interessen.

Die kommunale Sozialberichterstattung ist vor allem auch gefordert, bei der Formulierung von Zielen notwendige Entscheidungsgrundlagen zu liefern. Dabei geht es nicht mehr nur um die klassische Frage, wie man die soziale Mischung erhalten und Segregation verhindern kann. Vielmehr stellen sich folgende Fragen: Was benötigt ein Stadtteil, um zu funktionieren? Welche infrastrukturelle Ausstattung ist unerlässlich? Woran lässt sich die Desintegration eines Quartiers bzw. Stadtteils festmachen? Hier stößt man allerdings auch auf die bisherigen Grenzen der Sozialberichterstattung. Diese bewegt sich überwiegend auf der Ebene sozialer Strukturen, von der Strukturebene lässt sich jedoch nicht auf die Beziehungs- und Handlungsebene schließen. Es müssen folglich Formen entwickelt werden, wie diesbezüglich Erkenntnisse gewonnen und mit der Sozialberichterstattung verknüpft werden können. Darüber hinaus sind Ansätze und Konzepte zu einer ganzheitlichen Entwicklung von Stadtteilen gefordert. Wie lassen sich dazu die klassischen sozialpolitischen und stadtplanerischen Mittel mit wirtschafts- und arbeitspolitischen Instrumente kombinieren?

5. Fazit: Sozialberichterstattung auf dem Weg von der Analyse zur Problemlösung?

Konfrontiert man die Befunde der sozialräumlichen Analysen mit denen der gesamtstädtischen Berichterstattung, so findet das beachtliche Potenzial von Armut und prekärem Wohlstand bislang keine klare räumliche Entsprechung in Konzentrationen bzw. „sozialen Brennpunkten".

Der Sozialatlas der Stadt Leipzig erbrachte diesbezüglich ein sich abzeichnendes großräumiges Muster und zeigte, dass in den „Gründerzeitlichen Arbeitervierteln mit verdichteter, einfacher Wohnbebauung" sowie in Teilen der „Hochverdichteten Großneubaugebiete mit gemischter Bewohnerstruktur" sich Probleme kumulieren. Dies wird mit dem „Hysteresis-Effekt" (Bourdieu), der zeitlichen Verzögerung räumlicher in Bezug zu sozialen Veränderungen, sowie mit der Überlagerung unterschiedlicher sozialräumlicher Muster erklärt.

Die Untersuchung städtischer Armut macht deutlich, dass diese sich noch über das gesamte Stadtgebiet verteilt, wenn auch nicht gleichmäßig. Als zentraler Grund dafür wird die Existenz einer großen Anzahl un- und teilsanierter Wohnungen in praktisch allen Wohnlagen bzw. Stadtteilen infolge des Sanierungsdefizits gesehen.

Die Stadtteil-Untersuchungen schließlich zeigen, dass es kleinräumige Muster und ein enges Nebeneinander von Armut und (relativem) Wohlstand gibt. Ihr Befund ist, dass sich in den Gründerzeitbeständen Umschichtungsprozesse vollziehen und innerstädtische Plattenbauten einem sozialen Filtering Down-Prozess unterworfen sind. Daraus wurde der Schluss gezogen, dass sich infolge des enormen Leerstands und der hohen Umzugsmobilität einzelne Gebiete und Quartiere rasch wandeln können.

Dieser Problemlagen ist man sich auch in der Kommune bewusst geworden. So wird im Stadtentwicklungsplan auf eine deutliche Überlagerung von Konzentrationen von Arbeitslosigkeit, Wohngeldempfängern und politischer Desintegration sowie baulichen Problemen im Osten und Westen des gründerzeitlichen Gürtels hingewiesen. Gleichzeitig wird auf die Entkopplung der sozialen von der baulichen Entwicklung verwiesen, so könnten auch innerhalb baulich konsolidierter Blöcke sozial instabile Strukturen anzutreffen sein und umgekehrt. Daraus wird die Notwendigkeit abgeleitet, ein verstärktes Monitoring der Gebietsentwicklung aufzubauen, um frühzeitig bei möglichen Destabilisierungstendenzen reagieren zu können (Stadt Leipzig 2000a, S. 75 f.).

Wie man sieht, hat sich die kommunale Sozialberichterstattung in Leipzig umfassend den sozialen Problemlagen zugewandt. Man kann den bisherigen Weg der Leipziger Sozialberichterstattung als relativ erfolgreich kennzeichnen, gerade auch angesichts der Probleme in anderen Städten – wie etwa in Frankfurt/M. oder in Merseburg – wo die Kommunalparlamente die Sozialberichte nicht akzeptierten (vgl. Schütte 1998, S. 93; Bartelheimer 2001, S. 270 f.). Entscheidend für den Leipziger Erfolg war zweifellos die Arbeitsgruppe, die unter dem Vorsitz des nunmehr ehemaligen Sozialdezernenten bestehend aus Amtsleitern, Fraktionsvertretern, Vertretern der Wohlfahrtsverbände sowie der Wissenschaft arbeitet. Dieses Gremium ist sehr partizipativ angelegt und dadurch relativ unabhängig von politischen Wechselfällen. Des weiteren gelang es, die Sozialberichterstattung in einen konsensualen politischen Prozess einzubetten. Die Stadtratsbeschlüsse zur Sozialberichterstattung wurden jeweils intensiv diskutiert und von breiten Mehrheiten innerhalb der Fraktionen des Stadtrats getragen.

Bilanziert man die Entwicklung der vergangenen Jahre, dann können folgende Leistungen der Sozialberichterstattung in Leipzig hervorgehoben werden:

- Es wurde – in verschiedenen Studien und Berichten - gezeigt, dass trotz der wachstumsorientierten Stadtpolitik soziale Problemlagen existieren, diese wurden stärker in den politischen Focus gerückt.

- Die Beteiligten konnten miteinander ins Gespräch gebracht und ein ständiges Diskussionsforum etabliert sowie über Fachtagungen und Bürgerforen Öffentlichkeit hergestellt werden.
- Der Lebenslagenreport und die AG Lebenslagenreport bzw. der Beirat Sozialberichterstattung/Soziale Stadtentwicklung haben der kommunalen Sozialpolitik in Leipzig Impulse gegeben, etwa durch die Diskussion von Grundsätzen der Sozialpolitik.
- Die Etablierung einer kommunalen Sozialberichterstattung wurde mit dem Stadtratsbeschluss politisch festgeschrieben.

Auf diesen Leistungen kann bei der Lösung der anstehenden Aufgaben aufgebaut werden. Hierzu zählen insbesondere die Umsetzung der kurzfristigen Handlungsempfehlungen, die Implementation der langfristig angelegten Präventionsstrategie sowie die Weiterführung und Institutionalisierung der Sozialberichterstattung. Wichtig ist dabei die Zusammenführung der unterschiedlichen Berichtsformen sowie ihre Systematisierung und Ausrichtung auf das Leitbild sozialer Stadtentwicklung bzw. auch auf das einer nachhaltigen Entwicklung. Von der Sozialberichterstattung konnten zwar Anstöße zum Aufbau eines Quartiersmanagements und zur Beteiligung am Programm „Soziale Stadt" gegeben sowie Einfluss auf die Auswahl der Gebiete genommen werden, sie ist aber noch weit entfernt vom Ziel der Steuerung und Evaluierung sozialer Stadtentwicklung. Dazu muss die Sozialberichterstattung langfristig zu einem Instrument der Evaluierung der kommunalen Sozialpolitik sowie der einzelnen Elemente der sozialen Stadtentwicklung (Stadtteil- und Quartiersmanagement, Sanierungsgebiete) ausgestaltet werden. Erst dann ist die Sozialberichterstattung als Instrument kommunaler Sozialpolitik fest etabliert. Hiervon dürften wiederum Impulse für die theoretische und konzeptionelle Weiterentwicklung der Sozialberichterstattung selbst zu erwarten sein. Ihre Einbettung in den Prozess sozialer Stadtentwicklung liegt somit in ihrem ureigenen Interesse.

Literatur

ALISCH, M. 2001: Das Politikfeld soziale Stadtentwicklung – Kausalitäten und Widersprüche. Ms., Hamburg.

BARTELHEIMER, P. 2001: Sozialberichterstattung für die >>Soziale Stadt<<. Methodische Probleme und politische Möglichkeiten, Frankfurt am Main.

CHASSÉ, K. 1998: Sozialberichterstattung und Armutsforschung in den neuen Bundesländern – Perspektiven und Dimensionen. In: LUTZ, R. u. M. ZENG (Hrsg.): Armutsforschung und Sozialberichterstattung in den neuen Bundesländern. Opladen, S. 131-151.

DOEHLER, M. u. D. RINK 1996: Stadtentwicklung in Leipzig: Zwischen Verfall und Deindustrialisierung, Sanierung und tertiären Großprojekten. In: HÄUßERMANN, H. u. R. Neef

(Hrsg.): Stadtentwicklung in Ostdeutschland. Soziale und räumliche Tendenzen. Opladen, S. 263-286.

FRANZ, P. 2000: Soziale Ungleichheit und Stadtentwicklung in ostdeutschen Städten. In: HARTH, A., G. SCHELLER u. W. TESSIN (Hrsg.) 2000: Stadt und soziale Ungleichheit. Opladen, S. 160-173.

FRIEDRICHS, J. u. H. HÄUßERMANN 2001: Die Entwicklung der Städte in den neuen Bundesländern. In: BERTRAM, H. u. R. KOLLMORGEN (Hrsg.): Die Transformation Ostdeutschlands. Berichte zum sozialen und politischen Wandel in den neuen Bundesländern. Opladen, S. 315-339.

HANNEMANN, C., S. KABISCH u. C. WEISKE 2002: "Neue Länder - Neue Sitten?" Transformationsprozesse in Städten und Regionen Ostdeutschlands. Berlin.

HARTH, A., U. HERLYN u. G. SCHELLER 1998: Soziale Segregation in ostdeutschen Großstädten. Opladen.

HARTH, A., U. HERLYN u. G. SCHELLER 1999: Soziale Segregation in ostdeutschen Großstädten. Bisherige und zukünftige Entwicklungstrends. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 5/1999, S. 38-46.

HUBER, K. 2000: Bestandsanalyse der sozialen Infrastruktur im Fördergebiet Leipziger Osten „Soziale Stadt", Ms., UFZ-Umweltforschungszentrum Leipzig-Halle GmbH.

KABISCH, S. 2000: Integrierte Berichterstattung zur nachhaltigen Stadtentwicklung - Erfahrungen am Beispiel des Sozialatlas der Stadt Leipzig. In: HANSJÜRGENS, B. (Hrsg.): Regionale Umweltberichterstattung unter dem Leitbild einer nachhaltigen Entwicklung. Marburg, S. 253-271.

KABISCH, S. u. A. BAMBERG 1998: Interdependenzen von gebauter, sozialer und natürlicher Umwelt und deren Einfluss auf Wohnzufriedenheit und Sesshaftigkeit. Leipzig: UFZ-Umweltforschungszentrum Leipzig-Halle GmbH, UFZ-Bericht 9/1998.

KABISCH, S., A. KINDLER u. D. RINK 1997: Sozialatlas der Stadt Leipzig. UFZ-Umweltforschungszentrum Leipzig-Halle GmbH, Leipzig.

LUTZ, R. u. M. ZENG (Hrsg.) 1998: Armutsforschung und Sozialberichterstattung in den neuen Bundesländern. Opladen.

RICHTER, J. 2000: Städtische Armut in Leipzig. Analyse und Bewertung sozialer, ökonomischer und ökologischer Einflußfaktoren. UFZ-Umweltforschungszentrum Leipzig-Halle GmbH. UFZ-Bericht 27.

RINK, D. 1997: Skizze zur Segregation in Großstädten der DDR bzw. in Ostdeutschland. In: KABISCH, S., A. KINDLER u. D. RINK: Sozialatlas der Stadt Leipzig. UFZ-Umweltforschungszentrum Leipzig-Halle GmbH, Leipzig, S. 25-46.

RINK, D. u. S. KABISCH 1997: Typen sozialer Räume in der Stadt Leipzig. In: KABISCH, S., A. KINDLER u. D. RINK: Sozialatlas der Stadt Leipzig. UFZ-Umweltforschungszentrum Leipzig-Halle GmbH, Leipzig, S. 60-78.

SCHÜTTE, W. 1998: Sozialberichterstattung: Barrieren, Chancen, Risiken und Anforderungen. In: ALISCH, M. (Hrsg.): Stadtteilmanagement – Voraussetzungen und Chancen für die soziale Stadt. Opladen, S. 89 – 110.

STADT LEIPZIG 1999: Lebenslagenreport Leipzig. Bericht zur Entwicklung sozialer Strukturen und Lebenslagen in Leipzig. Leipzig.

STADT LEIPZIG (Hrsg.) 2000: Kinder- und Familienbericht der Stadt Leipzig. Leipzig.

STADT LEIPZIG 2000a: Dezernat Planung und Bau: Stadtentwicklungsplan Wohnungsbau und Stadterneuerung. Beiträge zur Stadterneuerung 30. Leipzig.

STADT LEIPZIG 2001: Soziale Stadt. Leipziger Osten. Leipzig.

WIEST, K. 2001: Leipzig, zwischen Segregation und Integration. In: Geographische Rundschau, H. 3, S. 10-16.

WINKLER, G. 1998: Sozialreport – Neue Bundesländer. In: LUTZ, R. u. M. ZENG (Hrsg.): Armutsforschung und Sozialberichterstattung in den neuen Bundesländern. Opladen, S. 188-205.

WINKLER, G. u.a. (Hrsg.) 1999: Sozialreport 1999. Daten und Fakten zur sozialen Lage in den neuen Bundesländern. Berlin.

Stadtteil-Monitoring in Duisburg-Marxloh – Sozialraumforschung als Planungsinstrument

Uwe Neumann

1. Einleitung

In der kommunalen Planungspraxis ist eine zunehmende Nachfrage nach Informationen über die kleinräumige Differenzierung der städtischen Bevölkerungs- und Sozialstruktur zu verzeichnen. Im Zusammenhang mit der Planung und Durchführung von Stadterneuerungsmaßnahmen ist deutlich geworden, dass Wirkungsanalysen zu den notwendigen Bestandteilen einer zukunftsorientierten Stadtpolitik gehören (Hambleton u. Thomas 1995, S. 10-14; Schütte 1998; Toepel et al. (Bearb.) 1999, S. 37). Den vorherrschenden Modellvorstellungen des Planungsprozesses zu Folge ist die Begutachtung bzw. das „Monitoring" ein fester Bestandteil des Planungsvorgangs (Meise u. Volwahsen 1980; Couch 1990). Die urbane Sozialraumforschung stellt ein vielseitiges Instrumentarium empirischer Verfahren bereit, das sich zum praxisorientierten Einsatz anbietet (Coombes u. Wong 1994)[7]. Im Folgenden werden die Ergebnisse des Forschungsprojekts „Monitoring kleinräumiger Entwicklungsprozesse (MKE)" vorgestellt, das den Auftrag hatte, eine empirische Stadtteilbeobachtung als Steuerungsinstrument in den Erneuerungsprozess des Duisburger Stadtteils Marxloh einzubauen.

2. Kleinräumiges Strukturmonitoring als Planungsinstrument in Duisburg-Marxloh

Die Stadtteilsanierung in Marxloh wurde im Zeitraum zwischen 1994 und 1999 - über die bestehenden Erneuerungsprogramme der Stadt Duisburg und des Landes Nordrhein-Westfalen hinaus - durch die EU-Gemeinschaftsinitiative URBAN gefördert. Das MKE-Projekt wurde als prozessbegleitende Umsetzungs- und abschließende Wirkungsanalyse des Marxloher URBAN-Programms durchgeführt.

Die Verknüpfung von wissenschaftlichem Erkenntnisgewinn mit planungspolitischer Verwertbarkeit urbaner Sozialraumstudien setzt neue Formen des Dialogs zwischen Stadtplanung und Stadtforschung voraus. Eine wesentliche Anforderung an Stadtforscher besteht in praxisbezogenen Untersuchungen darin, sich nicht auf die Rolle von „Datenlieferanten" zu beschränken, sondern den kommunalen Fachplanungen auch Interpretationshilfen anzubieten (Landeshauptstadt Hannover u. IES u. VSOP 2000). Das MKE-Projekt war dem Handlungsfeld „Transfer und technische Hilfe" des URBAN-Programms zugeordnet, da die Vermittlung der Untersuchungsergebnisse an die Planungsakteure den Kernanspruch an dieses Forschungsvorhaben darstellte. Das URBAN-Programm wurde bis zum 31.12.1998 durch das „Projekt Marxloh" umgesetzt. Zum 01.01.1999 wurde die kommunale EG DU Entwicklungsgesellschaft Duisburg mbH – mit Hauptsitz in Marxloh - gegründet, die die Aktivitäten des

[7] vgl. GLEBE u. SCHNEIDER (Hrsg.) 1998 als Beispiel einer umfassenden empirischen Stadtteilstudie

Projekts Marxloh fortführt. Durch den konkreten Planungsbezug wurde die Stadtanalyse in Marxloh zum Stadt-*Monitoring*.

2.1 Zur Problemlage im Stadtteil Marxloh

Marxloh ist seit dem späten 19. Jahrhundert von der Montanindustrie geprägt worden. Trotz des Arbeitsplatzabbaus in der Industrie blieben die Umweltbelastungen durch die am Duisburger Rheinufer weiter produzierende stahlerzeugende und chemische Industrie bestehen. Der Stadtteil verlor stark an Attraktivität als Wohnstandort. Der Einwohnerbestand ging seit 1970 von 24.500 auf unter 19.000 zurück. Mit aktuell 35% verzeichnet Marxloh einen sehr hohen Ausländeranteil. Im Gegensatz zu den Ausländervierteln von Stadtteilen außerhalb des Ruhrgebietes (Henkel 1998) dominiert in Marxloh - wie in mehreren anderen Duisburger Stadtteilen - eine Minoritätengruppe: 70% der Marxloher Ausländer sind türkische Staatsangehörige. Die Arbeitsmarktbedingungen der ehemaligen „Gastarbeiter" haben sich im Laufe des jüngeren wirtschaftlichen Strukturwandels stark verschlechtert. Sie sind – wie die deutschen Einwohner Marxlohs – vom Arbeitsplatzabbau in der Industrie betroffen.

2.2 Aufgabenstellung des Projekts „Monitoring kleinräumiger Entwicklungsprozesse"

Die Aufgabenstellung des MKE-Projekts umfasste konkret folgende Arbeitsfelder (MSKS 1995):

- Entwicklung eines EDV-gestützten Instruments zur Beobachtung stadtteilinterner kleinräumiger Wandlungsprozesse vor dem Hintergrund der Zielvorgaben und Handlungsfelder des URBAN-Programms für Marxloh
- Einsatz des Beobachtungsmodells zur Bestandsaufnahme und Erfassung der Strukturen und Strukturentwicklung in Marxloh
- Beobachtung des Handlungsfortschritts in Marxloh und Analyse der Wechselwirkungen der durchgeführten Maßnahmen
- Transfer der Arbeitsergebnisse, d. h. Dokumentation und Vermittlung der Vorgehensweise und Ergebnisse der Stadtteilstudie

Im Duisburger Stadtteil-Monitoring wurden verschiedene Methoden der empirischen Sozialraumforschung kombiniert (Raumbeobachtung über multivariat-statistische Modelle (Faktorökologie), repräsentative Bevölkerungsbefragungen, Expertengespräche, Gruppendiskussionen, Fotodokumentation, Dokumentenanalysen). Über die räumlich-statistische Analyse hinaus wurde untersucht, welche Faktoren die wahrgenommene Lebensqualität und bestimmte Aspekte des Verhaltens der Stadtbevölkerung prägen. Da die Aktivierung der Stadtteilbevölkerung eines der wichtigsten Ziele des Erneuerungsprogramms war, gehörten Wahrnehmungs- und Verhaltensmuster der ortsansässigen Bevölkerung zu den zentralen Untersuchungsgegenständen der Stadtteilbeobachtung. Die im Rahmen der Marxloher Stadtteilstudie beobachteten Zusammenhänge zwischen sozialräumlicher Strukturentwicklung und Verhaltensmustern der Wohnbevölkerung werden im Folgenden näher beleuchtet.

2.3 Methodisches Vorgehen und Ergebnisse

Die stadtteilbezogenen Auswirkungen der URBAN-Maßnahmen wurden über sozialräumliche und wahrnehmungsbezogene Indikatoren beobachtet. Parallel zur Stadtteilanalyse wurde der „Vollzug" des Erneuerungsprogramms verfolgt: In Zusammenarbeit mit dem Projekt Marxloh bzw. der EG DU wurde protokolliert, welcher Fortschritt bei der Umsetzung der einzelnen Maßnahmen erreicht wurde. Diese „Umsetzungsanalyse" basiert, ergänzend zum Maßnahmenprotokoll der Projektakteure, auf Dokumentenanalysen (Arbeitsberichten der Projektträger, amtlichen Dokumenten zum politischen Entscheidungsprozess, Presseberichten), Expertengesprächen und eigenen Beobachtungen vor Ort (Neumann et al. (Bearb.) 1999, S. 131-142).

2.3.1 Die ortsteilinterne Differenzierung der sozialräumlichen Struktur

Um ein genaueres Bild von der kleinräumigen Differenzierung der Lebensbedingungen der Wohnbevölkerung zu bekommen wurde untersucht, welche Zusammenhänge zwischen verschiedenen Strukturmerkmalen des Marxloher Projektgebiets bestehen und welche kleinräumigen Muster im Zusammenwirken dieser Merkmale zu erkennen sind. Der planungspraktische Nutzen der räumlich-statistischen Analyse bestand darin, den Sanierungsakteuren durch die Klassifizierung homogener Teilbereiche des Sanierungsgebietes eine räumlich genauere Zuordnung von Maßnahmeschwerpunkten zu ermöglichen. Beim Einsatz räumlich-statistischer Verfahren in der Sozialraumanalyse ist zu beachten, dass die Untersuchungsergebnisse keine Rückschlüsse auf individuelle Bedarfslagen zulassen. Im „Monitoring kleinräumiger Entwicklungsprozesse" wurde den Zusammenhängen zwischen Raumstruktur und Lebenslagen durch ergänzende Repräsentativbefragungen nachgegangen (vgl. Kap. 2.3.2). Diese quantitativen Erhebungen ersetzen aber keineswegs die persönlichen Erfahrungen der im Stadtteil tätigen Projektmitarbeiter. Vielmehr dienen sie den Sanierungsakteuren bei der Erfüllung ihres raumbezogenen Auftrags zur Systematisierung und Kategorisierung ihrer Raumkenntnisse. Die Untersuchungsergebnisse wurden den Stadtteilakteuren in regelmäßigen Besprechungsterminen vermittelt und dabei gleichzeitig auf ihre Aussagekraft überprüft. Ausgewählte Ergebnisse, die – wie sich im Austausch zwischen Forschungsteam und Akteuren herausgestellt hat – zu den Kernaussagen der Untersuchung gehören, werden im Folgenden kurz zusammengefasst.

Die Vertreter des „sozialökologischen Ansatzes" (der sogenannten „Chicagoer Schule"), der die Stadtforschung bis heute beeinflusst, thematisierten die Dynamik von Stadtwachstum und stadtinterner sozialräumlicher Differenzierung in US-Amerikanischen Städten der 1920er Jahre (Park u. Burgess (Hrsg.) 1925). Zahlreiche Studien belegen die Bildung charakteristischer stadtinterner sozialräumlicher Verteilungsmuster bzw. die Entstehung relativ homogener städtischer Teilräume (z.B. Industrie- und Arbeiterviertel, Wohnvororte) (Friedrichs 1983; Knox 1995). Kennzeichen der nach-industriellen Stadtentwicklung sind kleinräumige, oft „inselhafte" Segregationsmuster (Marcuse 1995). Die Analyse der stadtteilinternen Differenzierungsmuster beruht auf dem faktorökologischen Untersuchungsansatz, dessen Ziel es ist,

das sozialräumliche Gefüge der Stadt durch möglichst objektive (multivariat-statistische) Messkriterien zu erfassen und zu beschreiben (Friedrichs 1983, S. 183-215; O'loughlin u. Glebe 1980; Knox 1995). Räumliche Erhebungseinheit der Duisburger Untersuchung ist der Baublock. Durch Wiederholung der Analyse wurde die Entwicklung der erfassten Raumstrukturmuster sowie auch der Stabilitätsgrad der Dimensionen verfolgt[8].
Die faktorenanalytische Studie stellt in Marxloh, wie in anderen Städten, den „ethnischen (und sozialen) Status" und den „Urbanismus" (gemessen u.a. über Familienstruktur, Flächennutzung und Bebauungsdichte) als wichtigste raumprägende Strukturdimensionen heraus. Die Marxloher Ergebnisse unterscheiden sich von denen nordamerikanischer Studien vor allem darin, dass der „ethnische Status" und der „soziale Rang" durch eine gemeinsame Raumdimension erklärt werden. Wohngebiete einkommensschwacher Gruppen der deutschen Bevölkerung weisen in Marxloh hohe Ausländeranteile auf (vgl. Karten 1 u. 2). Vergleichbare Analysen belegen, dass die räumliche Übereinstimmung von ethnischer und sozialer Differenzierung das Duisburger Stadtgebiet insgesamt prägt (Neumann 2001).

Eine auf der räumlichen Differenzierung dieser Dimensionen basierende Clusteranalyse führte zu einer Gliederung Marxlohs in Wohnviertel, die nach sozialräumlichen Kriterien in sich weitgehend homogen sind, zwischen denen jedoch diesen Merkmalen zu Folge deutliche Unterschiede bestehen. Zunächst wurde eine Trennung zwischen einem reinen Wohngebiet und einem stärker „verstädterten" Bereich vorgenommen. Jeweils etwa die Hälfte der Marxloher Bevölkerung entfällt auf die beiden Teilräume, die sich in ihrer Raumnutzung, aber auch in ihrer Familienstruktur voneinander unterscheiden. Während im reinen Wohnbereich traditionelle Familienstrukturen vorherrschen, sind im „verstädterten" Gebiet alternative Lebensformen (erkennbar z.B. über den Anteil der geschiedenen Einwohner) stärker vertreten. Der „verstädterte" ist auch der „zentrale" Bereich des Ortsteils, hier befindet sich das Einkaufszentrum. Der Ausländeranteil des zentralen Bereichs liegt bei einem Drittel und entspricht damit dem Marxloher Durchschnittswert. Im zentralen Bereich ist zumindest in räumlicher Hinsicht keine Ausländersegregation erkennbar.
Innerhalb des weitgehend der Wohnnutzung vorbehaltenen Teils von Marxloh liegt dagegen eine Trennung zwischen zwei „ethnischen Vierteln", einem „deutschen" und einem „türkischen" Viertel, vor[9]. Der Wohnwert des „deutschen Viertels" ist sehr hoch, es verfügt über hochwertige Alt- und Neubaubestände und einen hohen Grünflächenanteil. Im „türkischen" Viertel überwiegen einfache Altbaubestände des Werks- und Zechensiedlungsbaus.

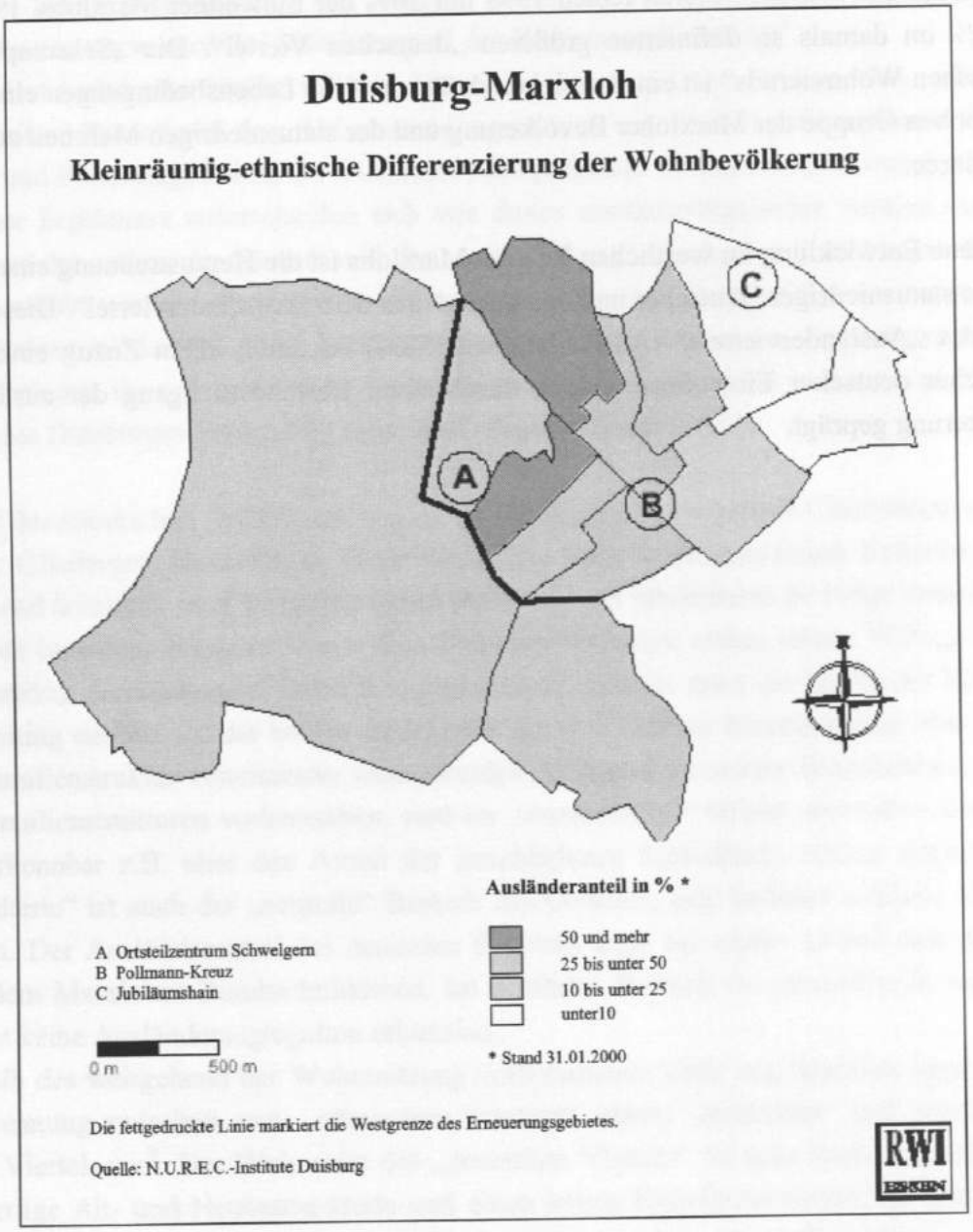
Nach den Ergebnissen einer erneuten Analyse von 1998 hatte sich der „zentrale Bereich" gegenüber 1996 in seiner räumlichen Zuordnung nicht wesentlich verändert. Dies galt auch für

[8] Die Datenverfügbarkeit in Bezug auf kleinräumige Untersuchungseinheiten ist begrenzt. Aus den vorhandenen Quellen konnte aber dennoch eine Datenmatrix zusammengestellt werden, die die Lebenssituation der Wohnbevölkerung unter Bezugnahme auf vorliegende Forschungsergebnisse darstellt und die sozialräumlich-dynamische Entwicklung des Ortsteils beschreibt.
[9] Innerhalb der beiden „ethnischen" Wohnbereiche wurde darüber hinaus jeweils zwischen einem „Kern-" und „Randbereich" differenziert. Eine ausführliche Erläuterung der Untersuchungsergebnisse erfolgt in Neumann u. Schatz-Bergfeld (Bearb.) 1998.

das Ausländerviertel mit hohem Ausländeranteil (67%) und einfachem Altbaubestand. Das deutsche Viertel „schrumpfte" dagegen auf einen kleineren Teilraum, der sich durch Wohnumfeldqualität und Bevölkerungsstruktur deutlich vom restlichen Projektgebiet abhebt. Im statushohen „deutschen" Viertel lebten 1998 nur 20% der Einwohner Marxlohs, 1996 waren es 31% im damals so definierten größeren „deutschen Viertel". Die „Schrumpfung" des „deutschen Wohnviertels" ist ein Anzeichen dafür, dass die Lebensbedingungen einer kleinen statushohen Gruppe der Marxloher Bevölkerung und der statusniedrigen Mehrheit zunehmend divergieren.

Eine neue Entwicklung im westlichen Bereich Marxlohs ist die Heraustrennung eines „Wohnviertels statusniedriger Deutscher und Ausländer" aus dem „Ausländerviertel". Dieser Teilbereich des „Ausländerviertels" (Ausländeranteil: 58%) ist durch einen Zuzug einkommensschwacher deutscher Einwohner, jedoch durch einen Bestandsrückgang der ausländischen Bevölkerung geprägt.

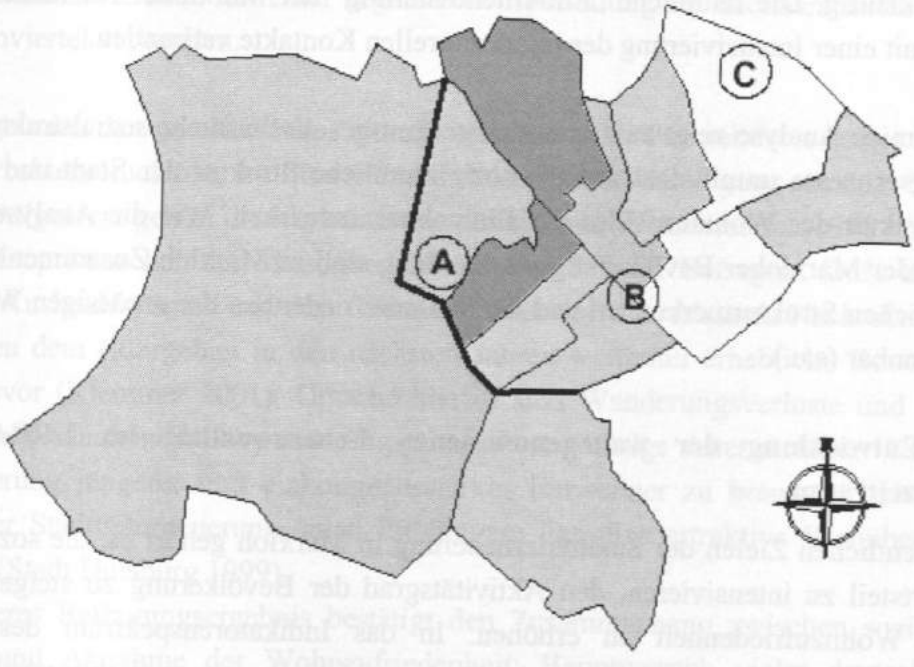
Karte 1


Duisburg-Marxloh
Kleinräumig-ethnische Differenzierung der Wohnbevölkerung
A
B
C
Ausländeranteil in % *
50 und mehr
25 bis unter 50
10 bis unter 25
unter10
A Ortsteilzentrum Schwelgern
B Pollmann-Kreuz
C Jubiläumshain
0 m
500 m
* Stand 31.01.2000
Die fettgedruckte Linie markiert die Westgrenze des Erneuerungsgebietes.
Quelle: N.U.R.E.C.-Institute Duisburg
RWI
ESSEN

Karte 2

Duisburg-Marxloh

Kleinräumige Differenzierung der Einkommensstruktur



Haushalte mit Wohngeldbezug in % *

A Ortsteilzentrum Schwelgern
B Pollmann-Kreuz
C Jubiläumshain

10 und mehr
7,5 bis unter 10
5 bis unter 7,5
unter 5

0 m 500 m

* Stand 31.01.2000

Die fettgedruckte Linie markiert die Westgrenze des Erneuerungsgebietes.

Quelle: N.U.R.E.C.-Institute Duisburg

RWI ESSEN

Der Bestand an deutschen Einwohnern hat in diesem Viertel gegenüber 1987 um 7% (von 815 auf 870) zugenommen, die ausländische Bevölkerung verzeichnet in diesem Zeitraum einen Rückgang von 5% (von 1265 auf 1200). Es handelt sich um ein Wohngebiet mit „junger" Altersstruktur, was sowohl auf die ausländische als auch auf die deutsche Bevölkerung zutrifft. In der Bebauungsstruktur überwiegt der einfache Altbaubestand. In diesem Wohnbereich leben zwei Bevölkerungsgruppen mit niedrigem Sozialstatus in enger Nachbarschaft zueinander, zwischen denen – wie die Analyse ebenfalls belegt – trotz räumlicher Nähe kaum interkulturelle Beziehungen bestehen. Der ethnisch bedingte räumliche Segregationsgrad ist in Marxloh rückläufig. Die räumliche „Ent-Ghettoisierung" der Marxloher Ausländer ist allerdings nicht mit einer Intensivierung der interkulturellen Kontakte verbunden.

Die kleinräumige Analyse zeigt auf, dass sich gesamt-gesellschaftliche sozialstrukturelle Differenzierungsprozesse unmittelbar auf die sozialräumliche Struktur der Stadt und damit auf die Sozialstruktur des Wohnumfeldes der Einwohner auswirken. Wie die Analyse der Meinungsbilder der Marxloher Bevölkerung verdeutlicht, sind in Marxloh Zusammenhänge zwischen räumlichen Strukturmerkmalen und der Wohnzufriedenheit der ansässigen Wohnbevölkerung erkennbar (s.u.).

2.3.2 Die Entwicklung der wahrgenommenen Lebensqualität im URBAN-Förderungszeitraum

Zu den wesentlichen Zielen der Stadtteilerneuerung in Marxloh gehört es, die sozialen Kontakte im Ortsteil zu intensivieren, den Aktivitätsgrad der Bevölkerung zu steigern und die allgemeine Wohnzufriedenheit zu erhöhen. In das Indikatorenspektrum des Stadtteil-Monitorings wurden daher auch Kennzeichen der *wahrgenommenen* Lebensqualität aufgenommen. Das MKE-Team führte zu diesem Zweck zwei repräsentative Bevölkerungsbefragungen durch (Frühjahr 1997 und Frühjahr 1999)[10]. Beide Befragungen befassten sich mit folgenden Themen:

- Zufriedenheit mit dem Stadtteil Marxloh
- soziale Kontakte
- Freizeit in Marxloh
- soziale Infrastruktur: Kultur-, Freizeit- und Beratungsangebote in Marxloh
- Marxloh als Einkaufs- und Dienstleistungszentrum

1997 wurde festgestellt, dass die Einwohner der beiden „ethnischen" Wohnbereiche zufriedener mit ihren Lebensbedingungen in Marxloh waren als die des „Zentrums". Den Ergebnissen der aktuellen Befragung zu Folge hat die Zufriedenheit der Wohnbevölkerung seit

[10] Für beide Befragungen wurde aus dem Einwohnermelderegister nach dem Zufallsprinzip eine Stichprobe von 1518 deutschen und 837 (1999: 800) ausländischen Einwohnern Marxlohs über 18 Jahre gezogen (jeweils ca. 11% der gesamten Bevölkerungsgruppe), die mit Hilfe eines standardisierten Fragebogens mündlich befragt wurden. 1997 beteiligten sich mehr als 50% der Befragten an der Untersuchung (1189 realisierte Interviews), 1999 waren es 60% der Befragten (1417 realisierte Interviews).

dem aber gerade in den beiden „ethnischen" Wohnvierteln deutlich abgenommen. Die Wohnviertel des Projektgebietes unterscheiden sich nun kaum noch nach dem Anteil der ausgesprochen „zufriedenen" Einwohner. In allen Vierteln sind es weniger als ein Drittel der Befragten, die nach eigener Aussage „gern" in Marxloh leben. In der Bestandsaufnahme von 1997 wurde festgestellt, dass die innere Homogenität der Bevölkerungsstruktur der „ethnischen" Wohnviertel mit einer höheren Zufriedenheit ihrer Wohnbevölkerung verbunden war. Die aktuell stattfindende Wandlung der Sozialstruktur bestimmter Teilgebiete Marxlohs ist in den betroffenen Bereichen mit einer Verringerung der Wohnzufriedenheit, der emotionalen Bindung an den Stadtteil sowie auch mit einer negativeren Beurteilung der nachbarschaftlichen Kontakte im Wohnviertel verbunden.

Die Frage nach den persönlichen Zukunftswünschen und Perspektiven deutet auf den bestehenden Problemdruck hin, der für viele Marxloher nur durch Wegzug aus dem Stadtteil lösbar scheint. Allgemein gehört die Verbesserung der eigenen Wohnsituation 1999 wie bereits 1997 zu den Hauptwünschen der Marxloher. Ein großer Teil der Befragten (36% der Deutschen, 30% der Ausländer) spielt mit dem Gedanken, Marxloh zu verlassen. Nach aktuellen Prognosen stehen dem Ruhrgebiet in den nächsten Jahren weiterhin erhebliche Bevölkerungsrückgänge bevor (Klemmer 2001). Ursache hierfür sind Wanderungsverluste und eine in Folge bereits lang anhaltender Abwanderungsprozesse ungünstige Altersstruktur. Um die weitere Abwanderung jüngerer und einkommensstarker Einwohner zu bremsen, gehört es zu den Zielen der Stadtteilerneuerung, auch für jüngere Familien attraktive Wohnbedingungen zu schaffen (Stadt Duisburg 1999).
Ein weiteres Befragungsergebnis bestätigt den Zusammenhang zwischen sozialräumlichem Wandel und Abnahme der Wohnzufriedenheit: Hauptwunsch vieler deutscher und ausländischer Marxloher ist, „so weiterzuleben, wie bisher" (51% der befragten Deutschen, 48% der Ausländer). Die im Stadtteil beobachteten Veränderungen lösen dementsprechend zunächst überwiegend Unbehagen aus. Das wohl unvermeidliche Umdenken in Bezug auf die eigenen Perspektiven ist offensichtlich ein sehr langwieriger Prozess, der nicht mit der Geschwindigkeit des Strukturwandels Schritt hält.

Die Wirkung des ortsteilbezogenen Förderprogramms ist u.a. daran zu erkennen, dass es den Akteuren im Untersuchungszeitraum gelungen ist, den Aktivitätsgrad der Marxloher Bevölkerung zu steigern: Im Vergleich zu 1997 zeigen die Befragungsergebnisse von 1999 eine deutliche Zunahme der Nutzung des städtischen Infrastrukturangebots an. Der Hauptsitz des Projekts Marxloh bzw. der EG DU befindet sich im Schwelgern-Stadion, das als Veranstaltungszentrum ausgebaut wurde. Da sich dieses neu entstandene, stark frequentierte Ortsteilzentrum im Westteil des Erneuerungsgebiets, d.h. im Bereich des „Ausländerviertels" befindet (vgl. Karten 1 u. 2), fördert seine Lage den Besuch dieses Wohngebiets durch die Einwohner anderer Marxloher Wohnviertel. Die Befragungsergebnisse belegen, dass die Marxloher innerhalb ihres Stadtteils stark zwischen „häufiger" und „weniger häufig" sowie zwischen „gern" und „weniger gern" aufgesuchten Bereichen unterscheiden. Der nordwestliche Wohnbereich Marxlohs mit hohem Ausländeranteil ist bei den deutschen Marxlohern der anderen Wohnge

biete durch ein ausgesprochen negatives Image gekennzeichnet. Die Aktivitäten der Stadtteilerneuerung tragen dadurch, dass sie schwerpunktmäßig im nordwestlichen Teil Marxlohs stattfinden, zum Abbau von „Berührungsängsten" bei.

3. Die Nutzung der Monitoring-Ergebnisse im Stadtteil-Erneuerungsprozess

Das Stadtteil-Monitoring war für die ausführenden Akteure im laufenden Umsetzungsprozess des Erneuerungsprogramms eine Hilfestellung bei der genauen Identifizierung bestehender Bedarfslagen (Grandt 1998, S. 67). So wurde z.B. vor dem Hintergrund der ersten Befragungsergebnisse die zielgruppenspezifische Öffentlichkeitsarbeit im Stadtteil noch verstärkt und dadurch die Inanspruchnahme des Infrastrukturangebots erhöht. Die Arbeitsergebnisse der MKE-Studie werden nach Abschluss der URBAN-Förderung zur Entwicklung partizipationsfördernder Strategien genutzt, d.h. um begonnene Aktivitäten unter stärkerer Einbeziehung der Stadtteilbevölkerung, lokaler Unternehmen und Initiativen dauerhaft fortführen zu können. Die im Rahmen des kleinräumigen Strukturmonitorings entwickelten Beobachtungsverfahren werden von der Stadt Duisburg bei der Festlegung zukünftiger Stadterneuerungsgebiete genutzt.
Im Ergebnis der MKE-Untersuchung wurde – übereinstimmend mit den Beobachtungen der Stadtteilakteure – auf die Notwendigkeit einer Aufwertung des „Außenimages" des Stadtteils hingewiesen. Im Rahmen einer neu gebildeten Arbeitsgemeinschaft verfolgen ansässige Unternehmen und die EG DU Entwicklungsgesellschaft Duisburg nun das Ziel, die Profilbildung des Stadtteils – z.B. die Branchenstruktur – in der Außendarstellung klarer zu vermitteln.

Bei der Strategieentwicklung geht man innovative Wege: So wurde in Zusammenarbeit mit einem professionellen Moderatorenteam eine „Ideenwerkstatt" für die Zukunft der Kaiser-Wilhelm-Str. durchgeführt (EG DU 2001, S. 57). Dieser Teil des Stadtteilzentrums ist – wie die Monitoring-Ergebnisse belegen – besonders vom örtlichen Kaufkraftniedergang betroffen und durch ein Negativ-Image belastet. Im Rahmen dieser Maßnahmen wird über die Zusammenarbeit zwischen deutschen und ausländischen „Multiplikatoren" versucht, die kulturübergreifenden Kontakte im Ortsteil insgesamt zu verbessern.

Als Schlussfolgerung aus den Ergebnissen der URBAN-Programmbeobachtung kooperieren mehrere im Laufe der Erneuerungsmaßnahmen entstandene Arbeitsgruppen, um das ressortübergreifende Handlungsprogramm fortzuführen. Ein „Lerneffekt" der systematischen Zusammenarbeit im Rahmen des URBAN-Programms ist, dass sich die Stadtteil-Initiativen auf die Festlegung handlungsfeldbezogener Zieldefinitionen und auf die regelmäßige Bilanzierung des Arbeitsfortschritts geeinigt haben. Die Entwicklung einer planungsstrategischen Kooperationsform zwischen Unternehmen, Vereinen, Bildungsträgern, Wohlfahrtsverbänden und Verwaltung ist eine „Innovation", die sich aus den örtlichen Vernetzungsaktivitäten ergeben hat. Das Monitoring-Projekt hat die bestehenden Vernetzungsaktivitäten als wichtigen Standortvorteil identifiziert und die Fortführung bzw. Verstärkung dieser Kooperationen nach

Ablauf der URBAN-Förderung als zentrale Handlungsempfehlung für das Vorgehen nach 1999 formuliert.

4. Weitere Aufgaben des raumbezogenen Monitorings

Der erreichte Arbeitsfortschritt lässt weitere Aufgaben des raumbezogenen Monitorings erkennen, die sich zwei wesentlichen Arbeitsfeldern zuordnen lassen:

a) Stärkere Berücksichtigung qualitativer Indikatoren

Es ist bekannt und wurde vom kleinräumigen Monitoring in Duisburg bestätigt, dass die „Lebensqualität" nicht allein mit quantitativen Indikatoren messbar ist (Danielzyk 1998, S. 418). So ist die Zufriedenheit in bestimmten Marxloher Wohnquartieren mit objektiv geringem Wohnstandard überdurchschnittlich hoch. Ergänzungen der statistischen Analyse durch qualitative Erhebungen sind erforderlich, um zu einem umfassenden Verständnis stadt-räumlicher Entwicklungsprozesse zu kommen. Lokale und regionale Verflechtungsbeziehungen, Milieus und Identitäten gehören zweifellos zu den für die Stadt- und Regionalentwicklung relevanten Merkmalsdimensionen. Sie wurden in der kleinräumigen Duisburger Studie in das Beobachtungsspektrum einbezogen, allerdings konnten individuelle Bedingungsfaktoren der Lebensqualität erst ansatzweise erfasst werden. Wie bereits erläutert, ist die Bürgeraktivierung eines der wichtigsten Ziele stadtteilbezogener Förderprogramme. Um effektive Ansätze der Partizipationsförderung erkennen bzw. neu entwickeln zu können, werden genauere Kenntnisse über individuelle und milieubedingte Meinungsbilder, Wahrnehmungen und „Lebensplanungen" benötigt. Durch teilnehmende Beobachtungen, Intensivinterviews und Gruppendiskussionen, d.h. durch Anwendung qualitativer Forschungsmethoden, kann die kommunale Sozialberichterstattung dazu beitragen, die „Lernfähigkeit" der Stadtpolitik weiter zu steigern.

b) Verbesserung der Kenntnisse über die Bedingungsfaktoren stadt-räumlicher sozio-ökonomischer Disparitäten durch kleinräumige Analysen stadt-regionaler Strukturmuster

In der Duisburger Studie wurde die Strukturposition Marxlohs im Vergleich mit anderen Duisburger Stadtteilen untersucht. Das Duisburger Stadtgebiet ist aber nur Teil der stadtregionalen Agglomeration "Rhein-Ruhr". Zum Verständnis der Entstehungsursachen stadträumlicher Divergenzen ist es erforderlich, Stadtteile als stadt-regionale Teilgebiete zu betrachten. Auch um stadtteilorientierte Förderbedarfe besser beurteilen zu können, werden kleinräumige Analysen im regionalen Vergleich benötigt. Für die Zuteilung von Fördermitteln des Landes, des Bundes und der EU ist es wichtig, die sozio-ökonomische Positionierung der Teilgebiete verschiedener Städte miteinander vergleichen zu können. Im Rheinisch-Westfälischen Institut für Wirtschaftsforschung (RWI) wird zu diesem Zweck ein regional-kleinräumiges Beobachtungsinstrument aufgebaut. Bei den durchzuführenden Untersuchungen wird u.a. die Fragestellung im Mittelpunkt stehen, auf welche Art der stadt-räumliche Strukturaufbau die wirtschaftliche Dynamik städtischer Gebiete prägt. Erste Ergebnisse aus diesem

Forschungsvorhaben liegen vor (Neumann 2001). Die empirische Basis für regional-kleinräumige Analysen wird im RWI erweitert.

5. Schlussbemerkungen

In Duisburg hat sich bei der Durchführung des MKE-Projekts bestätigt, dass Untersuchungen nach den Methoden der urbanen Sozialraumforschung wirkungsvoll in den kommunalen Planungsprozess integriert werden können. Zur Informations- und Berichtsfunktion tritt als Synergieeffekt einer erfolgreichen Sozialberichterstattung die verwaltungsinterne Vernetzungsaktivität des Forschungsteams hinzu. Durch Quellenerschließung und Zusammenarbeit mit verschiedenen kommunalen Fachbereichen fördert die Sozialberichterstattung den ressortübergreifenden Dialog innerhalb der Stadtverwaltung. Der Zugang zu kommunalen Datenbeständen und die Kooperationsmöglichkeit mit kommunalen Akteuren ermöglicht den Aufbau einer umfangreichen – quantitativen und qualitativen – empirischen Informationsbasis über sozialräumliche Entwicklungen und kommunale Einflussmöglichkeiten auf raumwirksame Prozesse.

Literatur

COOMBES, M. u. C. WONG (1994): Methodological steps in the development of multivariate indexes for urban and regional policy analysis. In: Environment and Planning A, 26, S. 1297 - 1316.

COUCH, C. 1990: Urban renewal. Theory and practise. Macmillan Building and Surveying Series. Basingstoke u. London

DANIELZYK, R. 1998: Zur Neuorientierung der Regionalforschung – ein konzeptioneller Beitrag. Oldenburg: bis. (=Wahrnehmungsgeographische Studien zur Regionalentwicklung, 17).

EG DU Entwicklungsgesellschaft Duisburg mbH 2001: Geschäftsbericht 1999 - 2000. Duisburg.

FRIEDRICHS, J. 1983: Stadtanalyse. Soziale und räumliche Organisation der Gesellschaft. 3. Aufl. WV Studium 104. Opladen.

GLEBE, G. u. H. SCHNEIDER (Hrsg.) 1998: Lokale Transformationsprozesse in der Global City. Düsseldorf-Oberbilk – Strukturwandel eines citynahen Stadtteils. Düsseldorf: Geogr. Institut. (=Düsseldorfer Geographische Schriften, 37).

GRANDT, B. 1998: Von Nachbarschaften und Nahkampfzonen: Fremdheit und Vertrauen. In: FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG (Hrsg.) 1998: Getthos oder ethnische Kolonie? Ent

wicklungschancen von Stadtteilen mit hohem Zuwandereranteil. Bonn: FES. (=Gesprächskreis Arbeit und Soziales, 85).

HAMBLETON, R. u. H. THOMAS 1995: Urban Policy Evaluation - The contours of the debate. In: HAMBLETON, R. u. H. THOMAS (Hrsg.) 1995: Urban Policy Evaluation. Challenge and Change, S. 1 - 20, London

HENKEL, R. 1998: Integration und Wohnsituation ausländischer Haushalte. In: Zeitschrift für Wirtschaftsgeographie, 42 (2), S. 82-96.

KLEMMER, P. 2001: Steht das Ruhrgebiet vor einer demographischen Herausforderung? Essen: RWI. (=Schriften und Materialien zur Regionalforschung, 7).

KNOX, P. 1995: Urban Social Geography. An Introduction. Harlow

LANDESHAUPTSTADT HANNOVER U. INSTITUT FÜR ENTWICKLUNGSPLANUNG UND STRUKTURFORSCHUNG IES U. VEREIN FÜR SOZIALPLANUNG VSOP 2000: Sozialverträglichkeitsuntersuchung im Kontext sozialer Stadtentwicklung. Dokumentation zur Fachtagung im Rahmen des Projekts „Stadt als sozialer Lebensraum" der EXPO 2000 vom 19. bis 20.06.2000 in Hannover.

MARCUSE, P. 1995: Not Chaos, but Walls: Post-modernism and the Partitioned City. In: WATSON, S. u. GIBSON, K. (eds.): Postmodern Cities and Spaces: 243-253. Oxford u. Cambridge

MEISE, J. u. VOLWAHSEN, A. 1980: Stadt- und Regionalplanung. Ein Methodenhandbuch. Braunschweig u.a.

MSKS Ministerium für Stadtentwicklung, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen 1995: Gemeinschaftsinitiative der Europäischen Union für städtische Gebiete URBAN. Operationelles Programm für den Stadtteil Duisburg-Marxloh. Nordrhein-Westfalen. Düsseldorf.

NEUMANN, U. 2001: Städte und Stadtteile im Wettbewerb - Die Positionierung Duisburgs im hierarchischen System deutscher Städte und die kleinräumige Differenzierung – dargestellt anhand minimalisierter Strukturindikatoren. Duisburg, Essen. Paris u. Milano. Hrsg.: N.U.R.E.C. u. RWI Essen (=Europolis. N.U.R.E.C. Working Papers, 7) (im Druck).

NEUMANN, U. et al. (Bearb.) 1999: Sozio-ökonomischer Strukturwandel und Lebensbedingungen in Duisburg-Marxloh. Stadtteilentwicklung und Umsetzung des Operationellen Programms URBAN. Monitoring kleinräumiger Entwicklungsprozesse. Projektergebnisse 1996 bis 1999. Hrsg.: N.U.R.E.C.-Institute Duisburg.

NEUMANN, U. u. M. SCHATZ-BERGFELD (Bearb.) 1998: Die Zusammenhänge zwischen räumlichen Strukturmerkmalen, Meinungsbildern und Verhaltensmustern in sanierungsbetroffenen Stadtteilen. Hrsg.: N.U.R.E.C.-Institute Duisburg. (=Monitoring kleinräumiger Entwicklungsprozesse, 3).

O'LOUGHLIN, J. V. u. G. GLEBE 1980: Faktorökologie der Stadt Düsseldorf - Ein Beitrag zur urbanen Sozialraumanalyse. Düsseldorf (=Düsseldorfer Geographische Schriften, 16).

PARK, R. E. u. E. W. BURGESS (Hrsg.) 1925: The City. Chicago

SCHÜTTE, W. 1998: Sozialberichterstattung: Barrieren, Chancen, Risiken und Anforderungen. In: ALISCH, M. (Hrsg.). Stadtteilmanagement. Voraussetzungen und Chancen für die soziale Stadt. S. 89 – 110. Opladen

STADT DUISBURG 1999: Flächenreaktivierung der ehemaligen Schachtanlage Friedrich Thyssen 2/5. Entwicklungskonzept Wohn- und Gewerbepark. Duisburg (=Beschlussvorlage für den Rat der Stadt. DS 2669/2).

TOEPEL, K. et al. (Bearb.): Zwischenbilanz des Einsatzes der EU-Strukturfonds im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative URBAN in den deutschen Ziel-1-Gebieten. Hrsg.: DIW Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung u. Difu Deutsches Institut für Urbanistik. Berlin.

Sozialverträglichkeitsuntersuchung zur Weltausstellung EXPO 2000 in Hannover

Inge Mette

Die Tore zur EXPO 2000 haben sich geschlossen. Viele Bürgerinnen und Bürger der Stadt Hannover haben die Weltausstellung als Bereicherung empfunden. In Erinnerung ist aber auch die lang geführte Pro- und Kontradiskussion im Vorfeld der EXPO 2000 geblieben. Viele Befürworter der Weltausstellung erhofften sich starke Entwicklungsimpulse für die Stadt Hannover und die Region. Kritische Stimmen wiesen auf mögliche ökologische, ökonomische und soziale Folgen hin. Diese kontrovers geführte Diskussion veranlasste den Rat der Landeshauptstadt Hannover, die Vorbereitung und Durchführung der EXPO 2000 prozesshaft mit einer Sozialverträglichkeitsuntersuchung begleiten zu lassen, um sozialrelevante Entwicklungen beobachten und in ihrer Richtung und Stärke messbar machen zu können. Über die eigentliche Fragestellung hinaus, liefert die Untersuchung auch Hinweise darauf, ob von Großveranstaltungen nachhaltige Einflüsse auf die soziale Stadtentwicklung ausgehen.

1. Sozialverträglichkeit – Ein Begriff mit vielen Facetten

Die Diskussionen um die Frage, welche sozialen Folgen die Planung und Durchführung einer Großveranstaltung wie die EXPO hat, wurden schon früh unter dem *Etikett Sozialverträglichkeit* geführt. Der Begriff „Sozialverträglichkeit" ist relativ neu. Er entstand im Kontext der politischen und wissenschaftlichen Diskussion über die sozialen Folgen neuer Technologien im Rahmen von Forschungsprojekten, wie z.B. Sozialverträglichkeit von Energieversorgungssystemen und sozialverträgliche Technikgestaltung. Die Frage nach der Sozialverträglichkeit ist Kennzeichen für eine beginnende Skepsis gegenüber dem klassischen Fortschrittsbegriff. In diesem Sinne ging und geht es bei der Diskussion um Sozialverträglichkeit auch um die Fragen nach Bestand, Wandel und Legitimation von Entscheidungsstrukturen. Sozialverträglichkeit als ein politischer Begriff verstanden, enthält die Forderung nach Chancengleichheit, mehr Gerechtigkeit und Mitbestimmung.

Seine Verbreitung im Vokabular von z.B. Kommunalpolitikern, Stadtplanern und Stadtforschern verdankt der Begriff „Sozialvertäglichkeit" wohl der Tatsache, dass der Bezug zu einer sozialorientierten Stadtpolitik damit auf eine einprägsame Formel gebracht werden kann. In der Fachdiskussion hat sich der Begriff „Sozialverträglichkeit" analog der Umweltverträglichkeit zur Überprüfung von Planungsfolgen unter sozialen Aspekten in den 1980er Jahren durchgesetzt (IES u. ISPS 1992).

Sozialverträglichkeit kann als Leitbegriff in unterschiedlichen Zusammenhängen für unterschiedliche Beteiligte jeweils etwas anderes bedeuten. Dies hat auch in der neueren gesellschaftlichen Diskussion dazu geführt, dass z.B. der Abbau von Arbeitsplätzen „sozialverträglich" gestaltet werden soll. In diesem Sinne wirkt die Definition als Schlagwort oder „Trendbegriff". Was sozialverträglich ist, unterliegt zuerst einmal subjektiven Einschätzungen (Dreves 1993).

In seiner Rede zum Haushaltsplan 2002 und zur mittelfristigen Finanzplanung 2001/2005 bemerkt z.B. der Oberbürgermeister der Stadt Hannover, Herbert Schmalstieg: „Wir werden in Zukunft mit weniger Personal auskommen müssen, aber wir werden dabei auf die Sozialverträglichkeit achten." (Presse- und Informationsamt Landeshauptstadt Hannover 2001, S. 10).

In sozialwissenschaftlichen Diskursen ist die „Sozialverträglichkeit" als Forschungsansatz bis heute nicht einheitlich definiert und wird jeweils im Einzelfall umrissen. Die Ansprüche an ein angemessenes Konzept beinhalten aber zumeist die Ansprüche, Planungsentscheidungen unter Einbeziehung betroffener Bevölkerungsgruppen partizipativ zu gestalten, um die Prävention und vielleicht notwendige Kompensation nachteiliger sozialer Folgen zu sichern. So hat der *Deutsche Verein für öffentliche und private Fürsorge (DV)* in diesem Sinne Empfehlungen zur Sozialverträglichkeit als Bestandteil kommunaler Entwicklungsplanung ausgesprochen. Dabei wird die Sozialverträglichkeitsprüfung als Bestandteil eines ganzheitlichen kommunalen Planungsprozesses definiert, der das Ziel einer nachhaltigen Stadt(teil)entwicklung verfolgt.

2. EXPO 2000 als Motor der Stadtentwicklung

Seit Mitte der 1970er Jahre durchlaufen Stadtentwicklungsprozesse und deren Steuerungsmöglichkeiten durch politische Entscheidungen einen radikalen Wandel. Dieser zeigt sich durch einen verschärften internationalen Wettbewerb auf den Gütermärkten und damit verbundene ökonomische Strukturkrisen, Arbeitsplatzverluste, geringe Neu-investitionen, hohe Arbeitslosigkeit und eine Verschärfung der Armutslagen. Damit einher geht eine drastische Verknappung der Finanzmittel der Kommunen, die Kennzeichen dieser Veränderungsprozesse ist. Vor dem Hintergrund einer Internationalisierung des Wettbewerbs um knappe fiskalische Ressourcen treten die Städte in einen Konkurrenzkampf, um sich als Wirtschaftsstandorte zu profilieren.

Die Konzentration der Stadtentwicklungsplanung auf die Durchführung eines Großereignisses bezeichnet Siebel als „Politik der Festivalisierung" (Häußermann u. Siebel 1993, S. 10). Direkt und kurzfristig versprechen sich die Städte durch *big events* ökonomische Vorteile, die für einen Ausbau und die Modernisierung der Infrastruktur und Ankurbelung der regionalen Wirtschaft genutzt werden können. Dabei werden zwei Entwicklungsstrategien verfolgt: die Steigerung des Images und der wirtschaftlichen Attraktivität der Stadt (Häußermann u. Siebel 1993, S. 7f).

Die Durchführung von Großveranstaltungen ist als eine mögliche Aufwertungsstrategie zu verstehen. Städte und Regionen führen Großereignisse durch, um ihre wirtschaftliche Attraktivität gegenüber anderen Städten zu steigern und langfristig wirtschaftliche Entwicklungsimpulse durch die Ansiedlung neuer Unternehmen zu bekommen. Neben dem Ausbau harter Standortfaktoren (z.B. Verkehrsanbindung) nehmen die weichen Standortfaktoren (Wohn-, Freizeit-, Kulturangebote) eine immer wichtigere Rolle ein, um das Image einer Stadt aufzupolieren. Dieses wird oftmals mit einem Label versehen, dass in Verbindung mit *big events*

auf den Erlebniswert und die herausragende Stellung im Vergleich zu anderen Städten hinweist.

„Als indirekten, langfristig wirksamen Effekt verfolgen die Städte das Ziel, durch die Erhöhung ihres Bekanntheitsgrades und die Aufpolierung ihres Images, das durch die Medien dann weltweit verbreitet wird, sich selbst überregional und international sichtbar zu machen – mit der Hoffnung, dass sie dadurch als Standorte für neue gewerbliche Investitionen attraktiv werden" (Häußermann u. Siebel 1993, S. 7).

Auch die Stadt Hannover setzte im Rahmen der Vorbereitung und Durchführung der EXPO auf starke Entwicklungsimpulse für die Region. Die Konzentration der Planungsschritte auf eine zeitliche befristete Großveranstaltung wie die EXPO ließ auch vermuten, dass neben den positiven Wirkungen auch negative Auswirkungen auf die Sozialstruktur, den Wohnungs- und Arbeitsmarkt sowie auf Mieten und Baupreise zu erwarten seien. Eine Sozialverträglichkeitsuntersuchung sollte deshalb in einem prozesshaft begleitenden Verfahren realisiert werden, um Wirkungen der EXPO im jeweiligen Zeithorizont zu erfassen. Dafür gab es keine Vorläufermodelle, die soziale Begleiterscheinungen von Großveranstaltung untersucht haben. Als Aufgaben der Sozialverträglichkeitsuntersuchung zur Messung von Wirkungsweisen der Weltausstellung wurden die Auswertung und Fortschreibung sozialpolitisch relevanter Daten, die Erhebung von Auswirkungen EXPO-relevanter Planungsschritte auf die Stadtbevölkerung und die Einbeziehung der interessierten Öffentlichkeit formuliert.

3. Das Konzept der Sozialverträglichkeitsuntersuchung

Danach sollte die kontinuierliche Durchführung und Umsetzung der Untersuchung zur Sozialverträglichkeit der Weltausstellung - parallel zum jeweiligen Entwicklungsprozess der EXPO 2000 - auf folgende Problembereiche fokussiert werden:

- die Möglichkeit der vorausschauenden Kennzeichnung jener sozialen Bereiche und Stadtgebiete, in denen Wirkungen durch die EXPO erwartet werden können,
- eine kontinuierliche Beobachtung der Entwicklungen in den gekennzeichneten Bereichen,
- eine Beschreibung und Bewertung der positiven oder negativen Wirkungen sowie
- Empfehlungen und Vorschläge für Maßnahmen, die geeignet sind, positive Effekte zu verstärken und unerwünschten Auswirkungen vorzubeugen.

Zwei Institute wurden mit der Untersuchung beauftragt. Die Arbeitsgruppe Interdisziplinäre Sozialstrukturforschung an der Universität Hannover (agis) hat 1997 und 1998 vier Stadtteile Hannovers in einer Kombination quantitativer und qualitativer Methoden nach objektiven Strukturen (Sozialstruktur- und Segregationsanalyse) und nach Mustern sozialräumlicher Vergesellschaftung (Kohäsionsanalyse) exploriert (agis 1998). Mit den Stadtteilen Bemerode und Mittelfeld wurden zwei Stadtteile in die Analyse aufgenommen, die sich in räumlicher Nähe zum Weltausstellungsgelände befinden. Es wurde vermutet, dass besonders in diesen Stadtteilen durch die EXPO induzierte soziale Einflüsse zu bemerken seien. Zu Vergleichs

zwecken wurden die Stadtteile Davenstedt und Stöcken ausgewählt (vgl. Abb. 1), die sich geografisch weiter vom Weltausstellungsgelände entfernt befinden.

Abb.1: Sozialverträglichkeit der Weltausstellung EXPO 2000. Untersuchungen zu den sozialen Auswirkungen in Hannover und zu den Handlungsanforderungen in ausgewählten Stadtteilen

Das Institut für Entwicklungsplanung und Strukturforschung an der Universität Hannover (IES) hat zur Erfüllung des Gutachtens mehrere Untersuchungsbausteine konzipiert. Die Untersuchung wird im März 2002 abgeschlossen.

4. Die Untersuchungsbausteine der Studie des IES

Fortschreibung ausgewählter Daten der kommunalen Sozialberichterstattung

Als „Basisinformationen" zur Erfassung und Darstellung sozial relevanter Entwicklungen wurden die Daten der kommunalen Sozialberichterstattung ausgewertet und fortgeschrieben.

Mit der Entwicklung des Konzeptes für ein regionales Sozialberichtssystem wurden bereits im Jahr 1994 die Voraussetzungen für die systematische Auswertung und Fortschreibung sozialpolitisch relevanter Daten geschaffen. Das Sozialberichtssystem stellt dabei nicht nur Grundlagen einer Sozialverträglichkeitsuntersuchung zur EXPO 2000 zur Verfügung, es soll darüber hinaus auch Grundlagen für eine qualifizierte Sozialplanung schaffen. In die Fortschreibung flossen insgesamt 35 Indikatoren ein. Ab dem Basisjahr 1990 wurde das Datenmaterial jährlich aufbereitet und verglichen. Soweit es das vorliegende Datenmaterial zuließ, wurden Daten auf Stadtteilebene ausgewiesen.

Vorausschauende Entwicklungsprognose der Stadt Hannover auf Grundlage von Expertenmeinungen

Um Einflüsse der EXPO 2000 auf die soziale Entwicklung in der Stadt Hannover wissenschaftlich gesichert beschreiben zu können, wurden soziale Entwicklungsprognosen auf Grundlage von zwei Expertendelphis durchgeführt.

Bei der Methode der Delphi-Expertenbefragung handelt es sich um eine schriftlich strukturierte Gruppenbefragung, bei der das Fachwissen einer Gruppe zur Ermittlung einer zukünftigen Entwicklung genutzt wird. Sie eignet sich insbesondere zur Erkundung von Sachverhalten mit einem hohen Unbestimmtheitsgrad. Besonderes Kennzeichen der Delphi-Befragung ist, dass sie wiederholt wird und dass Teilergebnisse der Befragung in die nächste Welle integriert und dort bewertet werden.

Um mögliche soziale Entwicklungen der Stadt Hannover prognostizieren zu können, wurden sozialpolitisch relevante Daten, die aus der „Fortschreibung ausgewählter Daten der kommunalen Sozialberichterstattung der Stadt Hannover" stammen, systematisch aufbereitet. Die ausgewählten Strukturdaten wurden gleichfalls in den drei Referenzstädten Essen, Nürnberg und Stuttgart (vergleichbare Großstädte ohne direkte EXPO-Einflüsse) erhoben. Die Darstellung erfolgte zum einen in der Form von aktuellen Querschnittsdaten und zum anderen in der Form von Zeitreihen, die die Veränderungen vom Basisjahr der Erhebung bis zum aktuellen Jahr in Prozentanteilen angeben. Diese Vorgehensweise gibt den Expertinnen und Experten

die Möglichkeit, Einschätzungen über zugrundeliegende und zukünftige Tendenzen bzw. Trends nach den einzelnen Themenfeldern vorzunehmen.

Die Themenfelder des Expertendelphis
Themenfeld 1 - Bevölkerungsstruktur
Δ Wanderungsbewegungen
Δ Ausländer/-innenanteil
Δ Altersstruktur
Themenfeld 2 - Haushalte
Δ Haushaltstypen
Δ Familienstrukturentwicklung
Themenfeld 3 - Sozialhilfe
Δ Quote der Sozialhilfeempfänger/-innen
Δ Altersstruktur der Sozialhilfeempfänger/-innen
Themenfeld 4 - Einkommen
Δ Einkommensentwicklung
Δ Einkommensentwicklung in Familien mit und ohne Kind(er)
Themenfeld 5 - Arbeit und Beschäftigung
Δ Beschäftigtenentwicklung in ausgewählten Wirtschaftsabteilungen
Δ Arbeitslosenentwicklung
Themenfeld 6 - Wohnen
Δ Zugang an Wohnungen
Δ Mietpreisentwicklung
Themenfeld 7 - Kriminalität
Δ Straftaten in ausgewählten Deliktgruppen

Qualitative Erfassung von EXPO-Effekten auf der Ebene individueller Lebenslagen

Mit den beiden skizzierten Bausteinen ließen sich Wirkungen der EXPO 2000 nur strukturanalytisch auf der makrosozialen Ebene von Stadtgebieten und Bevölkerungsgruppen darstellen. Es war allerdings davon auszugehen, dass sich Wirkungen auch auf der mikrosozialen Ebene individueller Lebenslagen ereignen werden. Zur Erfassung Lebenslagen bezogener Effekte, die im Zuge der Vorbereitung und Durchführung der Weltausstellung auftreten können, wurde ein Netzwerk von „Kontaktpunkten" aufgebaut. In kontinuierlicher Kooperation machen unterschiedliche Gruppen und Initiativen aus Hannover mit, die stadtweit und stadtteilbezogen operieren. Über ein einfaches Meldebogenverfahren sollte auf spürbare Verände

rungen von persönlichen Lebenssituationen aufmerksam gemacht werden. Die Meldungen gaben in ihrer Spannbreite eine Vielzahl von alltäglichen positiven wie negativen Erfahrungen wieder, die von interessierten Bürgerinnen und Bürgern mit der EXPO direkt oder indirekt in Verbindung gebracht wurden. Diese Meldungen wurden erfasst und ausgewertet. Die kontinuierlichen Kontaktpunktetreffen dienten der intensiven Diskussion und Konkretisierung der Ergebnisse. Darüber hinaus wurden diese in einigen anderen Gremien wie z. B. dem Sozialforum und dem Seniorenbeirat der Stadt Hannover beraten.

Erhebung der sozialpolitischen Maßnahmen der Stadt Hannover

Um einen Überblick zu ermöglichen, in welchem Umfang die Stadt Hannover schon über Instrumente verfügt, die dazu beitragen, die Entwicklungschancen der EXPO zu nutzen und Problementwicklungen der Weltausstellung vorzubeugen, wurden - als einmaliger Baustein der Studie - die Maßnahmen dokumentiert, die die Stadt Hannover in den Jahren 1997 und 1998 zur Unterstützung der sozialen Entwicklung finanziert und durchgeführt hat.
Die Bestandsaufnahme bezog sich insbesondere auf die Maßnahmen der sozial integrativen, kulturellen, schulischen und sonstigen Förderung. Es wurden die sozialpolitischen Maßnahmen aufgelistet, die im Zielsystem der kommunalen Entwicklung auf dem Steuerungsfeld der sozialen und kulturellen Infrastruktur vorgenommen und im eigenen Wirkungsbereich der Stadt Hannover erfüllt werden. Folglich wurden hauptsächlich die Maßnahmen in die Liste aufgenommen, die nicht zum übertragenen Wirkungsbereich gehören (die Maßnahmen, die die Stadt nicht aufgrund staatlicher Weisung ausführt). Die Bestandsaufnahme wurde der Stadt zur Diskussion und weiteren Bewertung durch die politischen Gremien überreicht.

Durchführung jährlicher qualitativer Fallstudien

In den Jahren 1999, 2000 und 2001 wurden zur vertieften und zeitnahen Dokumentation von Effekten der Weltausstellung jährliche Fallstudien durchgeführt. Die Fragestellungen der jeweiligen Fallstudie entwickeln sich insbesondere aus der Analyse der kontinuierlich durchgeführten Presse- und Literaturauswertung.
Lange Zeit wurde in der stadtweiten Diskussion hervorgehoben, dass für den hannoverschen Arbeitsmarkt im Vorfeld und während der Weltausstellung stärkere Beschäftigungseffekte eintreten würden. Diese Diskussion führte dazu, dass sich die ersten beiden Fallstudien mit Arbeitsmarkteffekten der EXPO 2000 und deren nachhaltiger Wirkung auf den Standort Hannover beschäftigten.
In der dritten Fallstudie werden Inhalte, Prozesse und Zukunftsperspektiven ausgewählter Stadtteilprojekte Hannovers einer eingehenden Analyse unterzogen. Diese Studie ist bislang noch nicht abgeschlossen.

5. EXPO-Vor-Wirkungen - Der Zwischenbericht

Um frühzeitig auf eventuelle Effekte in der Vorbereitungsphase der Weltausstellung reagieren zu können, waren die Forschungsinstitute aufgefordert, die Zwischenergebnisse ihrer Unter

suchungen einer stadtweiten Öffentlichkeit vorzustellen. Ende 1998 stellten die agis (agis 1998) und das IES (IES 1998) ihre ersten Ergebnisse vor.

In den Berichten wurde hervorgehoben, dass nur die Vor-Wirkungen der EXPO Beachtung finden konnten und die unmittelbaren Wirkungen erst im Jahr der Durchführung der Weltausstellung hinreichend erkannt werden können.

Aus der Analyse der statistischen Daten gewann das IES die Bewertung, dass in den Feldern Einkommens- und Armutsentwicklung sowie Wohnungsversorgung und Wohnkosten die vor einigen Jahren befürchteten negativen Vor-Wirkungen bis dahin nicht eingetreten waren. Allerdings war im Feld Arbeit und Beschäftigung auch nicht das Ausmaß der gewünschten, positiven Vor-Wirkungen zu verzeichnen.

Eine zum damaligen Zeitpunkt aufgestellte vorausschauende Entwicklungsprognose (Expertendelphi) wies darauf hin, dass diese Situationsbeschreibung jedoch nicht dahingehend interpretiert werden durfte, dass es auch in Zukunft beim schwachen Einfluss bleiben würde. Die bundesweite Befragung von Expertinnen und Experten aus den Praxisbereichen Stadtentwicklung, Städtestatistik, Stadtplanung, Sozialplanung, Infrastrukturplanung etc. und aus verschiedenen Wissenschaftsbereichen machte deutlich, dass in den Jahren 1999 und 2000 wahrscheinlich mit einer erhöhten Zuwanderung, mit schwachen Beschäftigungseffekten - insbesondere im Handels- und Dienstleistungsbereich -, aber auch mit keiner spürbaren Verringerung der Arbeitslosigkeit, mit keinem überdurchschnittlichen Anstieg der Realeinkommen und mit keiner besonderen Entlastung der Sozialhilfe zu rechnen sei. Der befragte Expertenkreis verwies darauf, dass das Mietniveau trotz des bisherigen Mietermarktes ansteigen könne, und führte das auf die zu erwartende EXPO-bedingte zusätzliche Nachfrage in den Jahren 1999 und 2000 zurück. Darüber hinaus herrschte die Einschätzung vor, dass die Stadt Hannover nach dem Jahr 2000 wieder zu ihrer regulären Entwicklung zurückfinden werde, soziale Veränderungen im ersten Jahrzehnt des kommenden Jahrhunderts, die auf direkte Einflüsse der Weltausstellung EXPO 2000 zurückzuführen seien, wurden nicht erwartet.

Die Ergebnisse der agis verdeutlichten, dass die EXPO-nahen Stadtteile Mittelfeld und Bemerode von den Verkehrs- und städtebaulichen Maßnahmen der EXPO-Vorbereitung deutlich stärker betroffen waren als andere Stadtteile. Obwohl mit den Baustellen und der Verkehrsbelastung zeitlich begrenzte Behinderungen im Alltagsleben einher gehen, schienen diese expoinduzierten Einflüsse in beiden Stadtteilen zu einer Mobilisierung der jeweiligen Stadtteilöffentlichkeit beigetragen zu haben. Dieses bestätigte sich nicht nur in der allgemeinen Aufmerksamkeit, die beiden Stadtteilen von außen gewidmet wurde, sondern auch in den Versuchen, in den Stadtteilen mit eigenen sozialen Problemen aufmerksamer umzugehen als es bis dahin üblich war (agis 1998, S. 3).
Es bildeten sich Stadtteilarbeitsgruppen, die die Potenziale der Vorbereitung der Weltausstellung zur Umsetzung von Stadtteilvorhaben nutzen wollten und dies auch gegenüber der Kommune eindeutig formulierten. In den zu Vergleichszwecken herangezogenen Stadtteilen ließen sich hingegen keine entsprechenden EXPO-Einflüsse nachweisen.

Insgesamt ließen die Zwischenergebnisse sowohl der agis als auch des IES den Schluss zu, dass in den Vorbereitungsjahren der Weltausstellung keine signifikanten positiv oder negativ nachhaltigen Effekte auf die soziale Struktur und die sozialen Lagen in der Stadt Hannover festzustellen waren.

6. Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt und die Beschäftigung

Im Vorfeld der EXPO wurden als ein positiver Effekt der EXPO die Schaffung von Arbeitsplätzen genannt. Auch in der Stadtbevölkerung überwog jahrelang die Einschätzung, dass eine positive Auswirkung der EXPO die Schaffung von Arbeitsplätzen sein werde (Landeshauptstadt Hannover 1999).
In den Jahren 1999 und 2000 wurden deshalb zwei Fallstudien zur vertieften Untersuchung von Wirkungen der EXPO 2000 auf den Arbeitsmarkt der Stadt Hannover durchgeführt.

Die Fallstudie 1999 „EXPO-bezogene Qualifizierungsmaßnahmen im Arbeitsamtsbezirk Hannover" (IES 2000)

Insbesondere die Kommunen und die Arbeitsverwaltung reagierten mit Qualifizierungsmaßnahmen auf den bei der Weltausstellung EXPO 2000 erwarteten Arbeitskräftebedarf, um (Langzeit-)Erwerbssuchende wieder in den ersten Arbeitsmarkt zu vermitteln. Besonders die zwischen der Großkommune und der Arbeitsverwaltung vereinbarte Qualifizierungsoffensive für 1.000 (Langzeit)erwerbssuchende, vornehmlich Sozialhilfeempfängerinnen und –empfänger, deutete das herausragende Interesse an der EXPO als potenziellem regionalem Jobmotor an.

Mehr als die Hälfte der insgesamt 205 durch einen standardisierten Fragebogen bei Bildungsträgern erhobenen EXPO-bezogenen Maßnahmen richtete sich deshalb an diese Zielgruppe. Etwa zwei Drittel (2.026) der Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Kurse nahmen an diesen Maßnahmen teil. Ein großer Teil dieser Kurse zielte auf Qualifikationen im gewerblich–technischem Bereich. Hier wurden besonders Qualifikationen in den Bereichen Baugewerbe und Lager/Transport vermittelt. Diese Qualifizierungsangebote sind im Auftrag der Arbeitsverwaltung von unterschiedlichen Bildungseinrichtungen durchgeführt worden.

Auch öffentliche und privatwirtschaftliche Unternehmen setzten auf relevante Qualifizierungsangebote für ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, um sie auf die EXPO vorzubereiten. Für diese Beschäftigten sind im Zusammenhang mit der EXPO 2000 Kompetenz erweiternde, betriebliche Qualifizierungsveranstaltungen angeboten worden. Insgesamt 956 Personen besuchten diese im Rahmen der Fallstudie erhobenen EXPO-bezogenen Maßnahmen. Die Angebote richteten sich bei etwa zwei Drittel der Veranstaltungen auf die Themenbereiche „Sprachen" und „Arbeits- und Präsentationstechniken".

Die deutliche Schwerpunktsetzung, insbesondere bei den möglichen Potenzialen der Wiedereingliederung (Langzeit-)Erwerbssuchender Menschen, drückt die Erwartungen auf Beschäftigungseffekte durch die EXPO aus. Qualifikations- und Beschäftigungspotenziale wurden dabei im Baugewerbe, aber auch für den Handel und bei den Dienstleistungen allgemein gesehen. Diese Einschätzungen deckten sich in weiten Teilen mit den Aussagen der Expertinnen und Experten des vom IES durchgeführten Expertendelphis 1998. Hier wurden für den Einzelhandel und den Dienstleistungsbereich positive EXPO-Effekte prognostiziert. Auch wurde, entgegen den allgemein stagnierenden oder sinkenden Beschäftigungszahlen im Baugewerbe, für Hannover ein starker Anstieg der Beschäftigtenzahlen von den Expertinnen und Experten erwartet.

Die für das Baugewerbe getroffenen Aussagen im Expertendelphi bezogen sich auf Beschäftigungseffekte im Vorfeld der EXPO. Ein großer Teil der in der Fallstudie erhobenen EXPO-bezogenen Qualifizierungsmaßnahmen für Erwerbssuchende wurde zwischen Oktober 1999 und Mai 2000 abgeschlossen. Es konnte davon ausgegangen werden, dass ein größerer Teil sich an Qualifizierungsmaßnahmen anschließender Beschäftigungsverhältnisse durch diesen Zeithorizont erst mit Beginn der EXPO geschlossen werden konnten. Potenzielle EXPO-Effekte im Baugewerbe wären dann schon wieder abgeklungen. Allerdings beinhalten die durch die Arbeitsverwaltung beauftragten Maßnahmen einen deutlichen Anteil praxisnaher Ausbildung durch Vermittlung von Praktikumsstellen. Dieser Praktikumsanteil erhöht jedoch die Chancen Erwerbssuchender, bei den aufnehmenden Betrieben eine Beschäftigung zu finden. Ein Verbleib von (Langzeit-)Erwerbssuchenden könnte dadurch auch ohne relevante EXPO-Effekte in den Betrieben gegeben sein.

Die für eine Ermittlung nachhaltiger Wirkungseffekte wichtige Frage, ob die in der Fallstudie erhobenen Maßnahmen dazu beitragen können, Erwerbssuchende wieder in den ersten Arbeitsmarkt zu vermitteln und ihnen damit eine Beschäftigung über die EXPO hinaus zu ermöglichen, ließ sich 1999 allerdings nicht beantworten.

EXPO-Wirkungen - Die Ergebnisse der Fallstudie 2000 „Beschäftigungseffekte der EXPO" (IES 2001)

Die Fallstudie 2000 vertiefte die Analyse der Auswirkungen der Weltausstellung auf dem Arbeitsmarkt. Es wurden im November 2000 (zeitnah zum Ende der Weltausstellung) sechs Expertinnen und Experten aus Hannover zu ihrer Einschätzung der Arbeitsmarkteffekte der EXPO 2000 befragt. Im Vorfeld wurde den Expertinnen und Experten Datenmaterial der Arbeitsverwaltung und der Zeitarbeitsfirma zur Verfügung gestellt, die auf dem EXPO-Gelände den Arbeitseinsatz koordinierte. Ein Gesprächsteil bestand darin, die daraus abgeleiteten Thesen zu bewerten.

Wesentliche Impulse der Weltausstellung auf die allgemeine Beschäftigungsentwicklung ließen sich nicht identifizieren. Wirkungen traten allenfalls zeitlich befristet in einzelnen Beschäftigungsfeldern oder Regionen auf.

Die mit der Weltausstellung verbundenen Baumaßnahmen führten zu einer Sicherung der Beschäftigung vor allem in der Baubranche. Die befragten Expertinnen und Experten sprachen von einem „Zwischenhoch" für die Baubranche, das insbesondere in Hannover aber auch im ganzen Bundesgebiet zu einer Abmilderung des allgemeinen Negativtrends in dieser Branche beitrug. Neue Arbeitsplätze seien in der Baubranche allerdings durch die EXPO nicht entstanden. Befristeter zusätzlicher Arbeitskräftebedarf wurde durch Subunternehmen abgedeckt.

Die Impulse durch zusätzliche Beschäftigung konzentrierten sich auf den Durchführungszeitraum der Weltausstellung. Von dem Stellenangebot auf dem EXPO-Gelände profitierten jedoch nur zum geringeren Teil Personen, die vorher arbeitslos gemeldet waren, sondern überwiegend Hausfrauen, Studentinnen und Studenten sowie Rentnerinnen und Rentner. Die Mehrzahl dieser Beschäftigten kam aus Hannover und der weiteren Umgebung (in einem Radius von ca. 150 km). Von den Beschäftigten auf dem EXPO-Gelände wurden vor allem Schlüsselqualifikationen, jedoch wenig spezielle berufliche Vorqualifikationen gefordert.

Den EXPO-Beschäftigten habe sich trotz dieser Tatsache durch ihre Beschäftigung während der Weltausstellung die Chance geboten, berufliche (Schlüssel-)Qualifikationen zu erwerben oder unter Beweis zu stellen und damit die eigenen Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu verbessern.
In einigen Berufsfeldern, bei den Sicherheitskräften sowie im Hotel- und Gaststättenbereich, konnten durch die Beschäftigung auf der Weltausstellung explizit fachliche Qualifikationen erworben bzw. gefestigt werden.

Die Beteiligung von Zeitarbeitsfirmen an der Arbeitsplatzvermittlung auf der EXPO wurde überwiegend positiv bewertet. Das Image von Zeitarbeit erfuhr eine Aufwertung. Insbesondere im Vorfeld der Weltausstellung kam es zum Zweck der Qualifizierung zu einer Zusammenarbeit zwischen der Arbeitsverwaltung und der Arbeitsvermittlung, die auch langfristig und in anderen Regionen von Bedeutung sein könnte.

Für die beteiligten Unternehmen bot sich die Möglichkeit, an den medialen Wirkungen der Veranstaltung für ihre zukünftige Entwicklung zu profitieren. Insbesondere durch den innovativ-ökologischen Anspruch der EXPO seien auch neue fachliche Anforderungen an die beteiligten Unternehmen heran getragen worden.

Trotz der negativen betriebswirtschaftlichen Bilanz der EXPO überwog nach Einschätzung der Befragten unter dem Gesichtspunkt der *nachhaltigen Beschäftigungseffekte* der positive Nutzen der Weltausstellung für die Region Hannover:

- Durch die Weltausstellung konnte der Messestandort Hannover wesentlich gestärkt werden.

- Die Nachnutzung der EXPO-Plaza für den Aufbau eines Medienzentrums ist als wünschenswerte Entwicklung für den Standort Hannover eingestuft worden.
- Hannover und hannoversche Unternehmen sowie Unternehmenszentralen haben durch die Weltausstellung einen Imagegewinn und einen Zuwachs an Kontakten erfahren, der sich in der Sicherung des Standortes und damit zumindest beschäftigungssichernd auswirken kann.

Die befragten Expertinnen und Experten wiesen darauf hin, dass die positiven Impulse der Weltausstellung Chancen seien, die nun genutzt und verstetigt werden müssten.

7. Resümee

Untersuchungsdesign

Im Sinne eines „Monitoring" zur prozesshaften Begleitung der sozialen Wirkungen von Großveranstaltungen wie die EXPO 2000 hat sich das gewählte Untersuchungsdesign bewährt. Die Betrachtung sowohl stadtweiter Prozesse als auch die Beobachtung auf der „mikro-sozialen" Ebene konnten aufzeigen, dass die durchgeführten Maßnahmen zur Stadtentwicklung nur kurzzeitig die Lebenswelt der Bewohnerinnen und Bewohner Hannovers beeinflussten. In den EXPO-nahen Stadtteilen konnten durch bürgerorientierte Planungsverfahren Verbesserungen der Infrastruktur durchgeführt werden.

Auf der Ebene der stadtweiten Beobachtung von Wirkungseffekten konnten bereits die Zwischenergebnisse der Sozialverträglichkeitsuntersuchungen (EXPO-Vor-Wirkungen) verdeutlichen, dass es keine wesentlichen positiven oder negativen Effekte der EXPO auf die soziale Entwicklung in Hannover gegeben hat. Mit der EXPO in Verbindung gebrachte negative Wirkungen - z.B. auf die Mietpreise - konnten Ende 1998 nicht bestätigt werden und sind auch in der Folgezeit nicht zu beobachten gewesen.

Diese Aussage gilt auch für die in den Fallstudien untersuchten Arbeitsmarkteffekte. Impulse durch zusätzliche Beschäftigung konzentrierten sich im Wesentlichen auf den Durchführungszeitraum der Weltausstellung. Positive Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt spiegeln den Bundestrend wieder. Trotzdem ist die EXPO nach Einschätzung der Expertinnen und Experten nicht ohne positive Auswirkungen auf die Entwicklung Hannovers geblieben. Sie formulierten die Einschätzung, dass durch die Weltausstellung infrastrukturelle Verbesserungen geschaffen worden seien, die langfristig beschäftigungssichernde Effekte erzeugen können.

Planung durch Projekte

Studien zu regionalwirtschaftlichen Effekten der EXPO 2000 (Kommunalverband Großraum Hannover 2000) weisen darauf hin, dass nachhaltige Wirkungen für die Region vor allem in potenzialerweiternden Effekten einer modernisierten Wirtschafts- und Infrastruktur und einer dadurch verbesserten Wettbewerbssituation der Unternehmen zu sehen sind. Im Ergebnis habe die EXPO einen Impuls für Modernisierungsprozesse eingeleitet und spürbar bescheinigt.

In diesem Sinne stellen sie wertvolle Entwicklungsmuster dar, Ansatzpunkte für zukünftige regionale Entwicklungsstrategien. Gleichzeitig wird aber auch darauf hingewiesen, „dass die Initialzündung durch die EXPO keinen selbsttragenden Automatismus darstellt. Noch ist nicht entschieden, ob diese Initialzündung trägt und die erhöhte Aktivierungs- und Kooperationsbereitschaft in den Regionen damit nachhaltig ist, oder ob die im Zuge der EXPO mobilisierten Kräfte wieder auf den früheren Entwicklungspfad zurückfallen" (Kommunalverband Großraum Hannover 2000, S. 120).

Wie bereits im ersten Teil beschrieben, setzten die Städte und Regionen seit längerer Zeit auf die „Planung durch Projekte" als Element zur Verwirklichung stadtpolitischer Zielsetzungen und zur Positionierung im Konkurrenzkampf zwischen den Städten und Regionen. Die Modernisierung der Wirtschafts- und Infrastruktur hat der Stadt Hannover potenzielle Standortvorteile gebracht.

In kleinerem Maßstab wird die Stadt Hannover auch weiterhin auf die Entwicklung und Zukunftsfähigkeit als Event- und Erlebnisstadt setzen, um die Einnahmenhöhe der Stadt zu fördern. Im Zuge der kontrovers geführten Diskussion um die Modernisierung des Niedersachsenstadions - die Stadt Hannover bewirbt sich wie 15 weitere bundesdeutsche Städte als Standort für die Fußballweltmeisterschaft 2006 - plädierte der Oberbürgermeister der Stadt Hannover für die Umsetzung dieses Projektes und wies darauf hin, dass „ein modernes Niedersachsenstadion (...) – neben der Preussag-Arena, dem HCC und der Messe – die Voraussetzung dafür (ist), dass Hannover in den nächsten Jahren und Jahrzehnten auf der Landkarte der Event- und Erlebnisstädte und damit auch der Sportveranstalter in Deutschland steht. Mit dem enormen Einzugsbereich der Stadt wird das Stadion Einnahmen in erheblicher Größenordnung sichern. Ganz zu schweigen von den Arbeitsplätzen, die mit den Bereichen Event und Sport zusammenhängen. Es gibt nach meiner tiefen Überzeugung keine Alternative zu dem Stadtentwicklungsprojekt Niedersachsenstadion" (Presse- und Informationsamt Landeshauptstadt Hannover 2001, S. 12).

Im Sinne einer Modernisierung der Wirtschafts- und Infrastruktur hat die Stadt Hannover ihr Potenzial als Wettbewerber um Standortvorteile deutlich verbessern können und will die sich bietenden Chancen weiterhin nutzen.

Die Erfahrungen, die innerhalb der Sozialverträglichkeitsuntersuchung gesammelt werden konnten, zeigen auf, dass die temporäre Sonderentwicklung Hannovers z.B. auf dem Arbeitsmarkt die langfristigen gesellschaftlichen Trends nicht überdecken konnte. Positive, nachhaltige Effekte, insbesondere für den Arbeitsmarkt, sind über die *Festivalisierung der Stadtentwicklung* nicht einzulösen.

Hannover reiht sich nach der EXPO wieder wie viele andere Kommunen in den Kanon derjenigen ein, die aufgrund ihrer Finanzprobleme Haushaltskonsolidierungen mit wesentlichen Einschnitten auf der Ausgabenseite vornehmen müssen. Eine Stadtentwicklung, die sich strategisch auf große Projekte stützt, wird auch weiterhin im Spagat zwischen rigiden finanziellen Einschnitten und wirtschaftlicher Modernisierung kompensatorisch wirken müssen.

Literatur

ARBEITSGRUPPE INTERDISZIPLINÄRE SOZIALSTRUKTURFORSCHUNG AN DER UNIVERSITÄT HANNOVER (agis) 1998: Soziale Strukturen und gesellschaftlicher Zusammenhalt in Stadtteilen Hannovers. Zum Rahmenprojekt „Sozialverträglichkeit der Weltausstellung EXPO 2000. Untersuchungen zu den sozialen Wirkungen in Hannover und zu den Handlungsanforderungen in ausgewählten Stadtteilen". Endbericht. Hannover

DREVES, E. 1993: Sozialverträglichkeit von Großveranstaltungen. Unveröffentlichte Diplomarbeit im Studiengang Sozialwissenschaften an der Universität Hannover. Hannover

HÄUßERMANN, H. u. SIEBEL, W. (Hrsg.) 1993: Festivalisierung der Stadtpolitik – Stadtentwicklung durch große Projekte. In: LEVIATHAN, Heft 13. Berlin

IES (Institut für Entwicklungsplanung und Strukturforschung) U. ISPS (Institut für Sozialpolitik und Stadtforschung Hannover) 1992: Sozialverträglichkeit der EXPO 2000 in Hannover – Definition und Verfahren der Überprüfung. Hannover

IES (Institut für Entwicklungsplanung und Strukturforschung) 1998: Sozialverträglichkeit der Weltausstellung EXPO 2000 – Zusammenfassung von Ergebnissen der ersten Analysephase 1997 und 1998. IES- Bericht Nr. 213.98. Hannover

IES (Institut für Entwicklungsplanung und Strukturforschung) 2000: Sozialverträglichkeitsuntersuchung EXPO 2000 – Fallstudie 1999: „EXPO-bezogene Qualifizierungsmaßnahmen im Arbeitsamtsbezirk Hannover". IES- Bericht Nr. 206.00. Hannover

IES (Institut für Entwicklungsplanung und Strukturforschung) 2001: Sozialverträglichkeitsuntersuchung zur Weltausstellung EXPO 2000 - Fallstudie 2000: „Beschäftigungseffekte der EXPO". IES- Bericht Nr. 114.01. Hannover

KOMMUNALVERBAND GROßRAUM HANNOVER, NIEDERSÄCHSISCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG, UNIVERSITÄT HANNOVER, NORDDEUTSCHE LANDESBANK 2000: Regionalwirtschaftliche Effekte der EXPO 2000 – Eine Schlussbilanz. Beiträge zur regionalen Entwicklung Heft Nr. 88

LANDESHAUPTSTADT HANNOVER u. AMT FÜR KOORDINIERUNG U. CONTROLLING U. STADTENTWICKLUNG 2000: Repräsentativerhebung 1999. Schriftenreihe zur Stadtentwicklung. Heft Nr. 84. Hannover

PRESSE- UND INFORMATIONSAMT LANDESHAUPTSTADT HANNOVER 2001: Haushaltsplan 2002 und Mittelfristige Finanzplanung 2001/2005. Hannover

Demographic and socioeconomic disparities in the departments of Great Mendoza (Argentina) - Explanations on the base of the Demographic and Socioeconomic Atlas of Great Mendoza

María Cristina Trifiró

1. Introduction

With a demographic and socioeconomic atlas it is possible to visualize and to explain the characteristics and differences existing in a geographic space; in this case, the agglomeration of Great Mendoza. It is consequently necessary to analyze those characteristics with the purpose of identifying critical districts and areas within the agglomeration and determining where and to what extent problems of social segregation are existing.

Generally speaking, some conflict-areas have been identified, but only poor knowledge about their distinctive features and no clear idea about the homogeneity or heterogeneity of the different areas of Great Mendoza exist. This study has contributed to gaining a better understanding of this situation.

The objective of this paper is to report some of the results obtained within the project Demographic and Socioecomic Atlas, elaborated in 1998, in the frame of an agreement for German-Argentinean Cooperation between the Universidad Nacional de Cuyo in Mendoza and the UFZ-Centre for Environmental Research in Leipzig. It will be presented:

- the spatial differences in the Great Mendoza at a general level (department), from a social, economic and demographic point of view
- the disparities in the interior of each department (at censal fraction level)
- the detection of some problem-areas.

2. General features

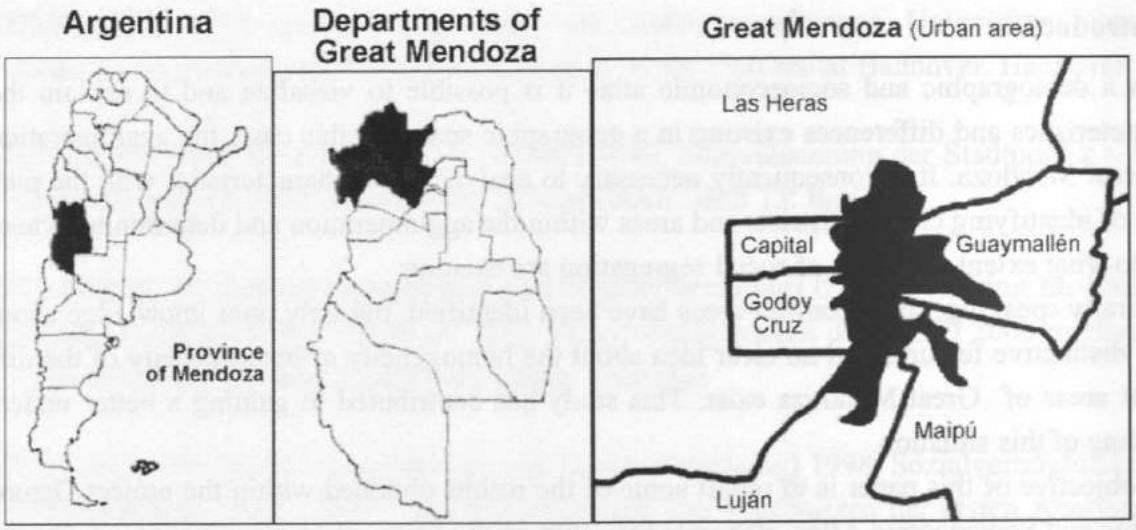
The province of Mendoza (Argentina) is located in the arid fringe of western Argentina. Only approximately 4% of the provincial surface is used. The life and the economy of the region revolve around the river courses, which determine the axes of population settlement in the so-called agricultural oases. There are two major oases. The northern one harbors the Great Mendoza agglomeration (with almost 800.000 inhabitants in 1991)[11].

The geographical position of Great Mendoza, which, in some respects, could be described as isolated from Buenos Aires, the decision-making center, is compensated by a number of relational factors that have given Mendoza a crossroads position on the Buenos Aires–Santiago

[11] The last census in Argentina was in November 2001. At this moment, it is possible to use only general and preliminary results. Now, the province of Mendoza has 1.573.671 inhabitants. According to the last census in 1991 the increase of total population was only 11,4%, less than expected. The northern oasis has almost 1.000.000 inhabitants.

de Chile axis. Mendoza thus enjoys considerable regional and international significance. Besides having the largest population concentration in the western arid fringe, it is situated along an important commercial corridor in Latin America, namely the "Mercosur", and constitutes an indispensable nexus between the "Mercosur" member states and the Pacific.

Map 1: Location of the City of Mendoza



The agglomeration of Great Mendoza is made up of six districts: the Capital of the province, Godoy Cruz, Guaymallén, Las Heras, Maipú and Luján (see map 1). This represents approximately 11% of the total surface of the province and boasts 63% of the population of Mendoza. Within Great Mendoza, several zones are to be distinguished: a well-defined urban space, a mixed space (suburban and rural-urban) and a rural space, each of them with their own distinctive features and with complex demographic and socioeconomic realities.

The districts of Great Mendoza present a relatively favorable position in the provincial context, from a social, economic and demographic point of view. It is evident, however, that the Great Mendoza does not constitute a homogeneous whole.

3. Methodology

In keeping with the objectives put forth above, the methods used take into account the two levels indicated.

1-At the **department level**, the collection and systematization of the socioeconomic and demographic indexes are carried out in the six departments of Great Mendoza, with the corresponding digital cartography and analysis, to get an overview of the disparities within Great Mendoza. The variables were classified according to demographic and socioeconomic aspects.

a) *Demographic aspects:* determining the features of distribution of the population, its growth-rate, its degree of urbanization and the population structure constitutes a preliminary step in the detection of the problems affecting a given area and in getting to know the existing social demands.

b) *Socioeconomic aspects:* in this thematic group converge different basic aspects that the population needs to be able to obtain physical, psychological and emotional well-being. These are essential in every study that wishes to detect the social and economic problems affecting the population (health, education, housing and housing improvement, families and homes, job)[12].

[12] The data with respect to employment or unemployment of the population is updated and is drawn from the Household Permanent Survey, but for the urban area as a whole.

Table 1: List of variables and indexes considered for demographic and socioeconomic aspects

VARIABLES	INDEXES
Demographic aspects	
Population distribution	Population density (Inh/km^2)
Population growth	Average yearly 1980-1991 intercensal growth rate Relative 1980-1991 intercensal variation
Urbanization	Relative 1980-1991 urban population variation
Population structure	Percentage of young people in the age under 15 years Male population index Potential dependence index
Socioeconomic aspects	
Health	Infant mortality rate Percentage of population without medical care
Education	Percentage of illiterate people in the age over 10 years
Housing and housing improvement	Percentage of precarious houses[13] Percentage of deficit houses[14] Percentage of houses with precarious (adobe) walls Percentage of houses with precarious floors Percentage of private homes with running water Percentage of homes with sewers connected to public sewage system Critical overcrowding: percentage of population in homes with more than three people per room
Families and Households	Percentage of single homes in the total number of homes Percentage of homes with a female head
Employment	Percentage of unemployed active population
Life quality	Percentage of population in private homes with UBNs[15]

[13] Includes ranchos or shacks, homes in tenements, premises not built for habitation and mobile residences.

[14] Includes precarious houses and type B houses. Type B houses are those that have at least one of the following features:

- no piped water supply in the house
- no water-closet with flush-system
- dirt or some other precarious material floors (INDEC, 1995b)

[15] Unsatisfied Basic Needs. Homes (UBNs) are households which have, at least, one of the following deprivation indexes:

- homes in houses with more than three people per room
- homes in inappropriate houses (deficit or precarious houses)
- homes in houses without water-closet or with water-closet without flush-system
- homes with school-age children that do not attend school (INDEC, 1995b).
- homes with a proportion of one employed family member out of four and in which the head of the family has little instruction.

Table 1 presents the list of variables and indexes considered in this first level. 21 maps were elaborated, one map for each indicator. In this paper only a synthesis map of the demographic and socioeconomic features of the departments of Great Mendoza will be presented.

2-At **censal fraction level** (within each of the departments of Great Mendoza), the specific objectives are the following:

- to get to know the internal differences that exist in each of the departments of Great Mendoza
- to detect problem-areas from the demographic-socioeconomic point of view related to the situation of extreme poverty.

The same indexes are considered like on the department level, except for infant mortality rate, because of lack of information.

Because of the number of censal fractions (64) and the number of indexes (20) it was more convenient to carry out a multivariate analysis with a twofold objective: to enhance and facilitate the interpretation and to search for homogeneous areas with respect to their demographic and socioeconomic characteristics. Thus, some maps were elaborated:

- a map showing the relative intercensal population variation between 1980 and 1991
- a map displaying the percentage of population living in homes with UBNs, offering a bird's eye view of structural poverty
- a synthesis map resulting from the application of multivariate analysis.

4. Selection of techniques

Bearing in mind the characteristics of the topic, the techniques employed to gather and organize the information were the following:

a) Data collection on the basis of the 1980 and 1991 National Population and Housing Census and from the Biostatistics Department of the Province of Mendoza.

b) Calculation of some indexes and systematization of the information in a data base with dbf format, associated to the cartography

c) Elaboration of a cartography in a GIS (Geographic Information System) format, i. e., in a format which represents a combination of a spatial data base with a thematic data base. This technique makes it possible to find out the different problems through the combination of the different information layers or through mapping of the different information layers onto each other.

d) Application of multivariate analysis methods: main components analysis and classification analysis.

The main components analysis (ACP) was used with the following objectives:

- To reach a synthesis of the information contained in those variables
- To identify areas characterized by different situations with respect to the demographic and socioeconomic features.

This method aims to reveal the structure of the data considered, identifying what is *common in the variation of different variables* (Laforge 1981; Bouroche and Saporta 1988). In this particular case, the idea is to identify the factors common to the different censal fractions in the departments of Great Mendoza. This analysis was completed and supplemented with another multivariate method: the classification method (hierarchical agglomerates analysis). This procedure aims to identify relatively homogeneous case groups on the basis of some selected features, and through the use of an algorithm that begins with each case in a different agglomerate and combines the agglomerates until there is only one left (Laforge 1981; Everitt 1974).

Through the application of these multivariate methods it has been possible to identify groups of censal fractions with homogeneous demographic and socioeconomic features. Resulting of this analysis, in some cases, there are fractions from different departments within the same group.

The base cartography employed has been generated in ArcInfo and the final maps format was attained in ArcView 3.0. In order to better visualize the analyzed zones, different positioning scales were used depending on the analysis objective: the six departments of Great Mendoza jointly or the censal fractions within those departments.

5. Results

The results obtained so far confirm the hypothesis about the heterogeneity existing among the different departments of Great Mendoza and the internal disparities in those departments.

5.1 At department level

There are significant spatial differences from the demographic and socioeconomic point of view among the departments, which constitute a heterogeneous whole. This statement is based on the analysis of each of the variables considered in this level and on the synthesis maps of the study area.

From the **demographic** point of view, all the departments show a feminization of the population; this process, however, is more noticeable in Capital and Godoy Cruz, because these are the more urbanized administrative units and they show a prevalence of service activities. Capital and Godoy Cruz additionally constitute the more consolidated area within Great Mendoza, with high density and a more aged population structure, especially in the Capital.

The departments of Luján and Maipú, on the other hand, are characterized by considerable population growth and by their more recent urbanization, and show a young population

structure and a less marked feminization process. It should be noted that in these departments a high proportion of the population devote themselves to agricultural activities.
On the basis of the demographic variables five department categories have been distinguished within Great Mendoza:

- Showing high total population growth and a very young population structure: Las Heras.
- Showing high total population growth, high density and high feminization of the population: Godoy Cruz .
- Showing high total and urban population growth: Luján and Maipú.
- Showing high density and feminization of the population, besides an aged population structure: Capital.
- With values well within the provincial average: Guaymallén.

With respect to the **socioeconomic** variables a synthesis map was elaborated. On the basis of Table 1, four department categories have been distinguished:

- Showing critical socioeconomic conditions: Maipú.
- Showing deficit socioeconomic conditions: Las Heras.
- Showing socioeconomic conditions in keeping with the provincial average: Guaymallén and Luján.
- Showing better socioeconomic conditions: Capital and Godoy Cruz.

It should be noted that the Capital and Godoy Cruz again stand out among the rest of the departments of Great Mendoza.
Again, this categories point out to the heterogeneity existing among the different departments within Great Mendoza from the demographic and socioeconomic point of view. However, as was pointed out before, these differences only partly reflect the real situation within the departments, since the indexes used present the average situation within the department and thus conceal the heterogeneity that there exists within each of them. The Capital and Godoy Cruz, for all their excellent relative positioning within Great Mendoza, might contain areas as, or even more, critical, from the social point of view, than Maipú or Las Heras. That's why the analysis at censal fraction level is necessary to identify problem areas or homogeneous areas in the administrative units.

5.2 At censal fraction level:

As for the **demographic aspects**, it is interesting to analyze the relative intercensal population variation between 1980 and 1991 (Figure 2). The relative variation has a greater importance since it is possible to clearly observe the areas determined by population decline and those which have population growth.

The areas with loss of population converge with those having the highest densities, i.e., the urban areas which prove to be more consolidated. Surrounding them, there are areas with low population growth.

In a more distant ring stand out the areas with considerable growth (relative variation above 61% and 100% and above 100%) to the south of Godoy Cruz, in areas next to the Eastern Access to the Capital city, in Guaymallén, and to the west and northeast of Las Heras. The latter growth areas are situated in the periphery of the agglomerate. The reasons for their growth are various: some of them have received a great amount of population on account of the construction of private neighborhoods or the implementation of housing projects following the earthquake of 1985.

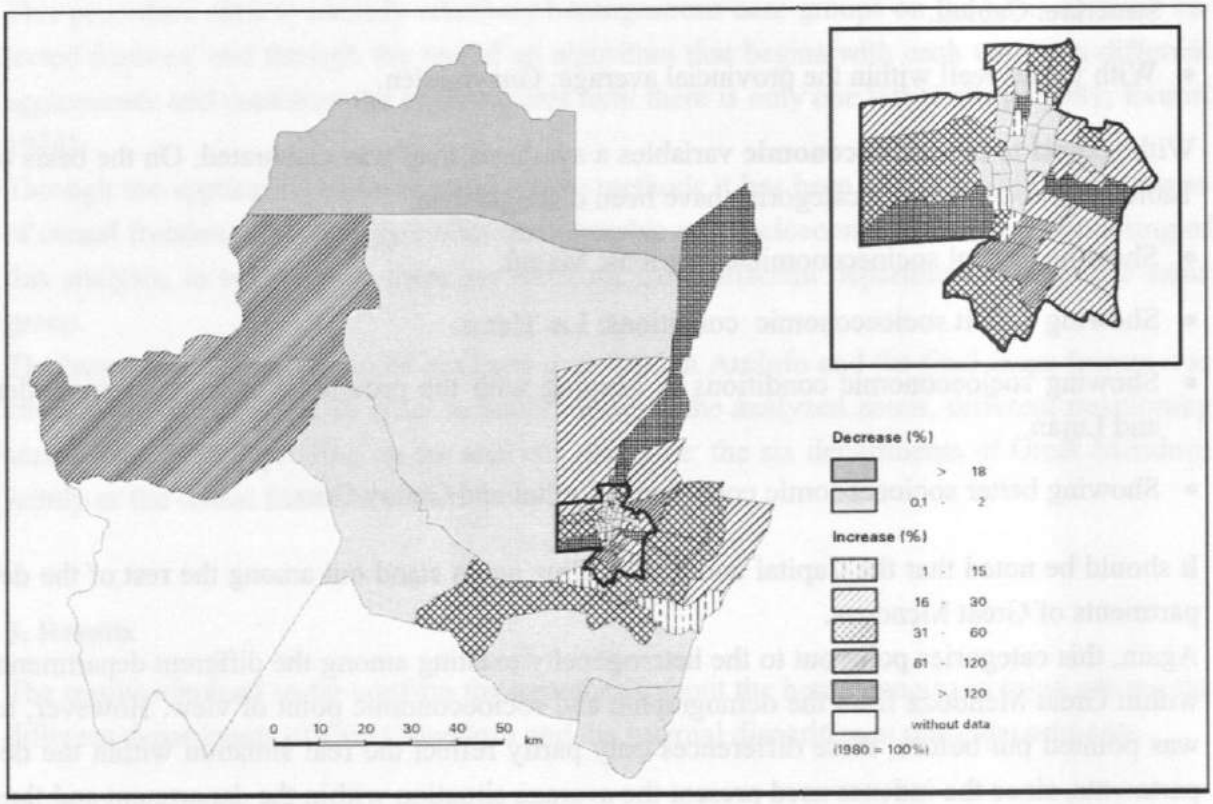


Figure 2: Change in population growth in the departments of Gran Mendoza
Period 1980 - 1991 Census division

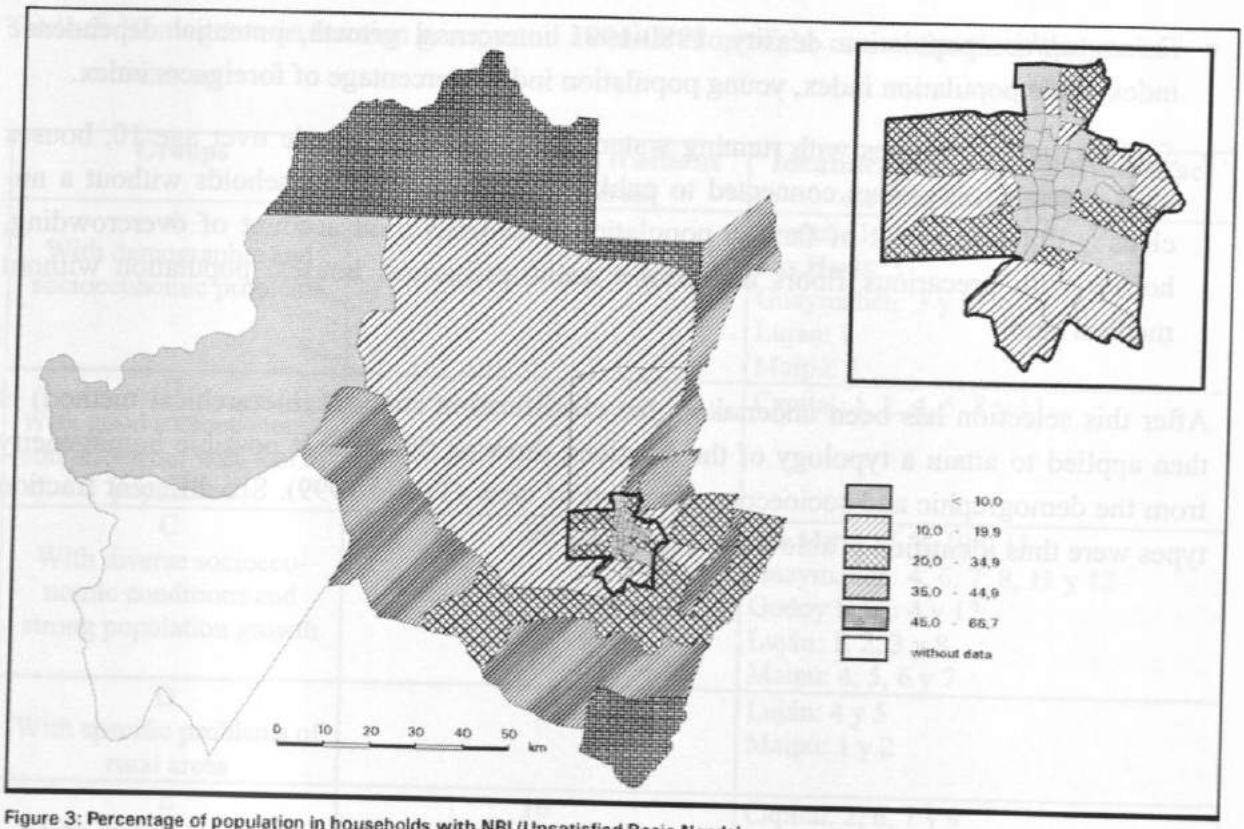


Figure 3: Percentage of population in households with NBI (Unsatisfied Basic Needs) Gran Mendoza and its departments (Base on Census Division) Year 1991

As for the **socioeconomic aspects**, the basic needs were analyzed in order to jointly evaluate the living conditions of the population (Figure 3). Generally speaking, the areas showing the highest population growth coincide with the fractions with the highest percentage of unsatisfied basic needs (UNBs), situated in the periphery of Great Mendoza.

6. Multivariate analysis results

One of the main objectives of this study, was to determine problem-areas and homogeneous areas from the demographic and socioeconomic point of view. This can only be done by analyzing the interaction among all the indexes to observe how the different censal fractions behave with respect to them, and the multivariate analysis methods are the most appropriate to use.

After applying the main components analysis methods, a selection of the indexes is undertaken which privileges those that prove to be more closely interrelated and more discriminated from the spatial point of view (censal fractions)[16]. These indexes are:

[16] A matrix was elaborated containing 21 indexes for 62 censal fractions (with the exception of infant mortality, for which index there were no data available at censal fraction level; 21 indexes were taken into account that corresponded to features of the population, households and houses, following the pattern used at department level). The number of censal fractions corresponding to the departments of Great Mendoza are 64, but 2 of them were eliminated, namely ,fractions 1 and 6 from the department of Las Heras, because the former did not have any inhabitants and the latter possessed only 6 inhabitants.

- *Demographic:* population density, 1980-1991 intercensal growth, potential dependence index, male population index, young population index, percentage of foreigners index.
- *Socio-economic:* houses with running water supply, illiterate people over age 10, houses with water-closet sewers connected to public sewage system, households without a nucleus[17], illiterate heads of family, population with UBN's on account of overcrowding, houses with precarious floors and adobe walls, precarious houses, population without medical care.

After this selection has been undertaken, the classification analysis (hierarchical method) is then applied to attain a typology of the fractions showing the highest possible homogeneity from the demographic and socioeconomic point of view (Trifiró 1999). Six different fraction types were thus identified (Table 2 and Figure 4):

[17] Households with nucleus are those in which live a couple or a person (with or without children). Households without nucleus are those in wich live a number of relatives or some relatives with non relatives.

Table 2: Homogeneous fraction groups and identification of the censal fractions that make them up

Groups	Number of censal fractions within this area	Identification of censal fraction according to department[18]
A With demographic and socioeconomic problems	6	Capital. 10 Las Heras: 3 Guaymallén: 3 y 5 Luján: 7 Maipú: 3
B With good socioeconomic conditions but with lost of population	6	Capital: 1, 2, 4, 5, 8 y 11
C With diverse socioeconomic conditions and strong population growth	20	Las Heras: 7, 8, 10 y 11 Guaymallén: 4, 6, 7, 8, 11 y 12 Godoy Cruz: 4 y 12 Luján: 1, 2, 3 y 8 Maipú: 4, 5, 6 y 7
D With specific problems of rural areas	4	Luján: 4 y 5 Maipú: 1 y 2
E With diverse socioeconomic conditions and very low or without population growth	16	Capital: 2, 6, 7 y 9 Las Heras:4 y 9 Guaymallén: 1, 2, 10 y 13 Godoy Cruz. 2, 3, 7, 9, 10 y 11
F With strong population growth	6	Guaymallén: 9 y 14 Godoy Cruz: 1, 5, 6 y 13
G Atypical fractions	4 fractions with no relation among themselves. Atypical cases	Las Heras: 2, 5 y 9 Godoy Cruz: 8

- **Group A:** consisting of 6 fractions representing each one of the departments except Godoy Cruz. These fractions are characterized by a high male-population-index, a considerable proportion of young people, a significant percentage of foreigners within their population, a high percentage of foreign heads of families with little schooling, an average population density, precarious housing conditions and very few services. This area is situated in the piedmont in the Capital[19], also towards the area forming the boundary with Lavalle in Las Heras, the marketplace area and to the east of in Guaymallén, towards the area forming the boundary with Lavalle and Maipú.

[18] At the end of this paper there is a map with the location of censal fractions.
[19] That is the area of Capital towards to the mountains.

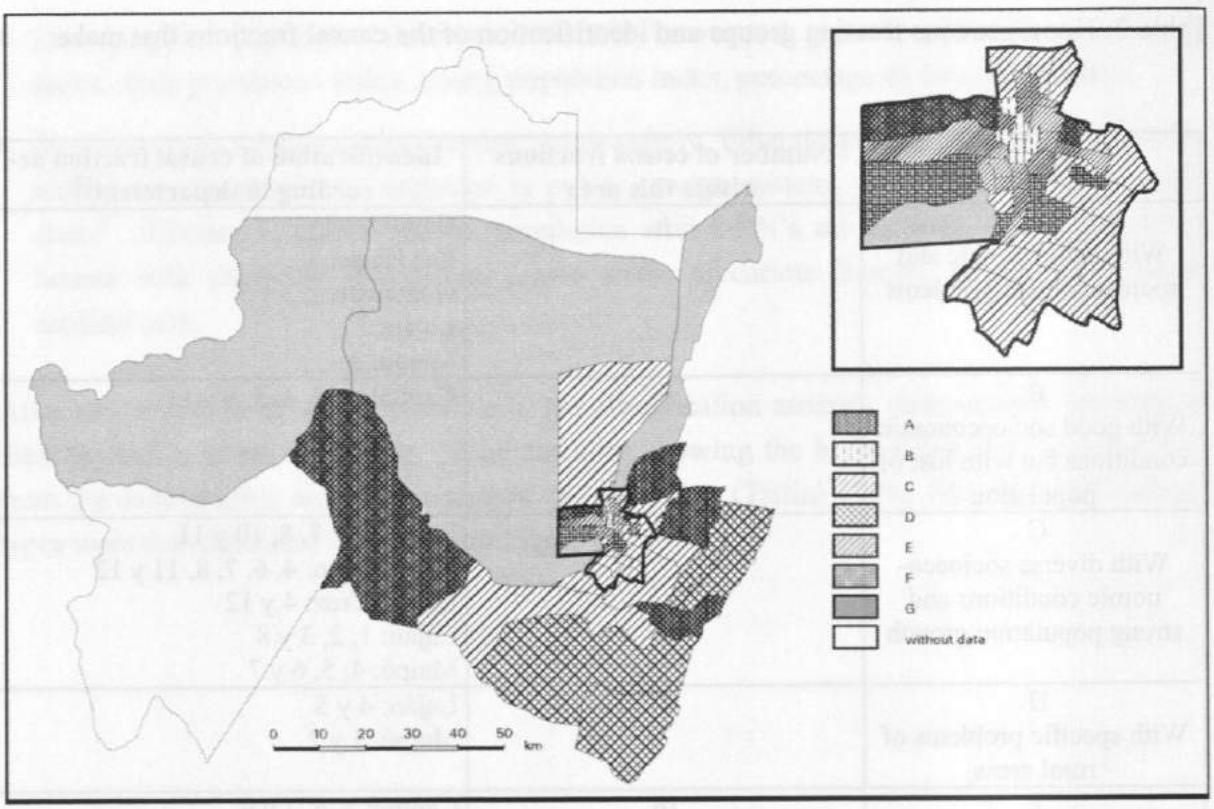


Figure 4: Homogeneous areas from the demographic and socio - economic point of view. Gran Mendoza and its departments Year 1991

- **Group B:** consisting of six fractions, all of them situated in the Capital. These areas are characterized by a high feminization of the population, the scanty proportion of young people, the decline of the population, the high population density, the high proportion of households without nucleus, the low percentage of population without medical care, and the excellent housing and services conditions. This area comprises the total surface of the 1st, 2nd, and 3rd administrative sections of the Capital, and some parts of the 5th and 6th sections.
- **Group C:** consisting of 20 fractions belonging to all departments except the Capital. The features of this area are: a high proportion of young people, very high population growth between 1980 and 1991, medium high population density, good services provision, but diversity with respect to housing characteristics within each fraction (i.e., adobe houses side by side with antisismic houses). This area comprises fractions from the center, north and northwest of Las Heras, some areas in Guaymallén (Rodeo de la Cruz, Colonia Segovia, La Primavera and Kilómetro 8), the southeast of the City of Godoy Cruz, south and center of Luján, and the urban area of Maipú.
- **Group D:** consisting of only 4 fractions, 2 from Luján and 2 from Maipú. These areas have a high male population index (the highest among all groups), a high proportion of young people and foreigners, very low population density, high illiteracy and a population with a deficient housing and sanitary conditions. These fractions are located in

the South of the Luján department, on the boundary with Junín and Rivadavia, and to the northeast of the department of Maipú, on the boundary of Lavalle and San Martín.

- **Group E:** comprises 16 fractions belonging to Capital, Las Heras, Guaymallén and Godoy Cruz. This group is characterized by an almost null population growth, high population density (only slightly lower than that of Group B), generally good services conditions (water supply and sewers), but with a high percentage of adobe houses and and households which use the same toilets. This group comprises, in the Capital, the whole 4th administrative section and part of the 5th and 6th, the center of Las Heras; the sectors of Guaymallén and Godoy Cruz closer to the Capital.
- **Group F:** consisting of 6 fractions corresponding to Guaymallén and Godoy Cruz. This group is characterized by a high population growth (the highest among of all groups), high population density, a fairly high proportion of young people, low percentage of population with medical care, low proportion of precarious houses and low illiteracy. The fractions within this area are located to the east of the National Route 7 in Guaymallén, and the piedmont area in Godoy Cruz.
- **Group G:** consisting of 4 fractions which can't be added to the former 6 groups because of their own specific characteristics. Three of them are located in the Las Heras Department and one in the Godoy Cruz Department.

  Fraction 6 in Las Heras[20], comprising Punta de Vacas, Puente del Inca and Las Cuevas (villages located in the high mountains, near the Chilean Boundary), constitutes the most significant case, with the following features: a very high male-population index (124 men to 100 women), homes without a nucleus, very low illiteracy, good housing and sanitary conditions.

  Another fraction which appears atypical on account of its internal composition is fraction N° 8 in Godoy Cruz, with a high proportion of young people and high population growth, but heterogeneous with respect to living conditions, since it has a good provision of sanitary services, but the highest percentage (among all the fraction groups considered) of precarious houses (25%).

It has been shown that homogeneous fraction groups can be distinguished that reveal the demographic and socioeconomic differences existing within each department. What is interesting about this classificatory analysis is that fractions from different departments come to

[20] When applying the classification method, different groupings were tried out in the formation of homogeneous groups until the one presented here was eventually selected. In every one of those divisions, fraction 6 in Las Heras appeared as an atypical case. However, if the demand for internal homogeneity within the groups was not so strict (if, for example, four groups were selected) the remaining fractions (2 and 5 in Las Heras and 8 in Godoy Cruz) could be included in the other groups, especially in Group C. In other words, fraction 6 in Las Heras would seem to be a very peculiar case regardless of the homogeneity level required in the grouping of the fractions.

gether in the same group, which could facilitate joint action on the part of different municipalities in dealing with various problems.

7. Concluding statements

1. Based on the analysis of housing, households and population indexes of the different administrative units of Great Mendoza heterogeneous areas were determined. Besides homogeneous areas with similar problems were distinguished. In some cases these areas involve different departments. By means of such a complex analysis, areas with interdependent social and housing problems were determined. On this base recommendations concerning the spatial diversity of Great Mendoza can be given to the decision makers in the municipalities.
2. This study is a part of the scientific cooperation between Germany and Argentina. The objective of the project is not only directed to the demographic and socioeconomic atlas of the departments of Great Mendoza. In addition, in the further time an analysis of both the objective and subjective dimensions in selected urban areas will be investigated.

Bibliography

BEGUIN, H. 1979: Méthodes d'analyse géographique quantitative, Paris, Librairies Téchniques.

BERTIER, P. y J. M. BOUROCHE 1977: Analyse des données multidimensionnelles, Paris, P.U.F.

BOUDON, R. 1980: L'analyse matématique des faits sociaux, Pris Plon.

BOUROCHE, J. M. y G. SAPORTA 1988: L'analyse des données, Collection Que sais-je?, 3ª. Édition, Paris, P.U.F.

EVERITT, B. 1974: Cluster Analysis, Londres, Heinemann Educational Books.

FURLANI DE CIVIT, M. E. y M. J. GUTIÉRREZ DE MANCHÓN (Editores) 1996: Mendoza: una geografía en transformación, Mendoza, Facultad de Filosofía y Letras, Universidad Nacional de Cuyo

GUDIÑO M. E., TRIFIRÓ M. C. y M. M. GUEVARA 1998: Atlas socioeconómico de los departamentos del Gran Mendoza, CIFOT, Facultad de Filosofía y Letras, Universidad Nacional de Cuyo.

NDEC- Dirección de Estadísticas e Investigaciones Económicas 1992: Censo Nacional de Población y Vivienda 1991. Mendoza, Gobierno de Mendoza.

INDEC- Dirección de Estadísticas e Investigaciones Económicas Censo Nacional de Población y Vivienda 1980: Mendoza, Gobierno de Mendoza.

INDEC- Dirección de Estadísticas e Investigaciones Económicas 1996: Situación y evolución social provincial. Mendoza. Síntesis n°1. Gobierno de Mendoza.

INDEC- Dirección de Estadísticas e Investigaciones Económicas 1995a: Estadísticas departamentales, Gobierno de Mendoza.

INDEC- Instituto Nacional de Estadística y Censos 1995b: Situación y evolución social, Síntesis n°3, Buenos Aires, INDEC.

LAFORGE, H. 1981: Analyse multivariée, Paris, Ed. Etudes Vivantes

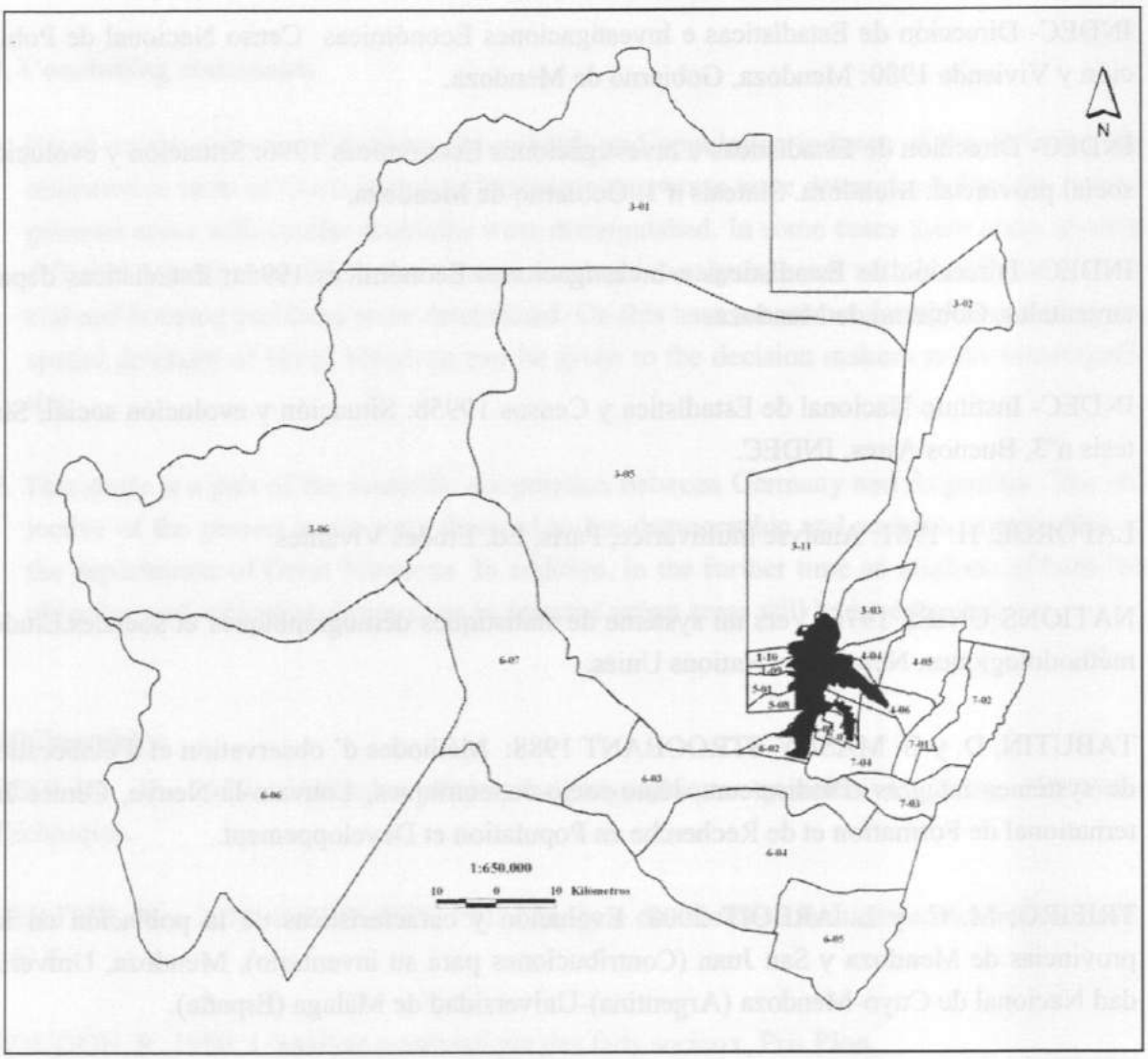
NATIONS UNIES 1976: Vers un système de statistiques démographiques et sociales.Etudes méthodologiques, New York, Nations Unies.

TABUTIN, D. y G. MASUY-STROOBANT 1988: Méthodes d' observation et d'élaboration de systèmes integrés d'indicateurs démo-socio-économiques, Louvain-la-Neuve, Centre International de Formation et de Recherche en Population et Developpement.

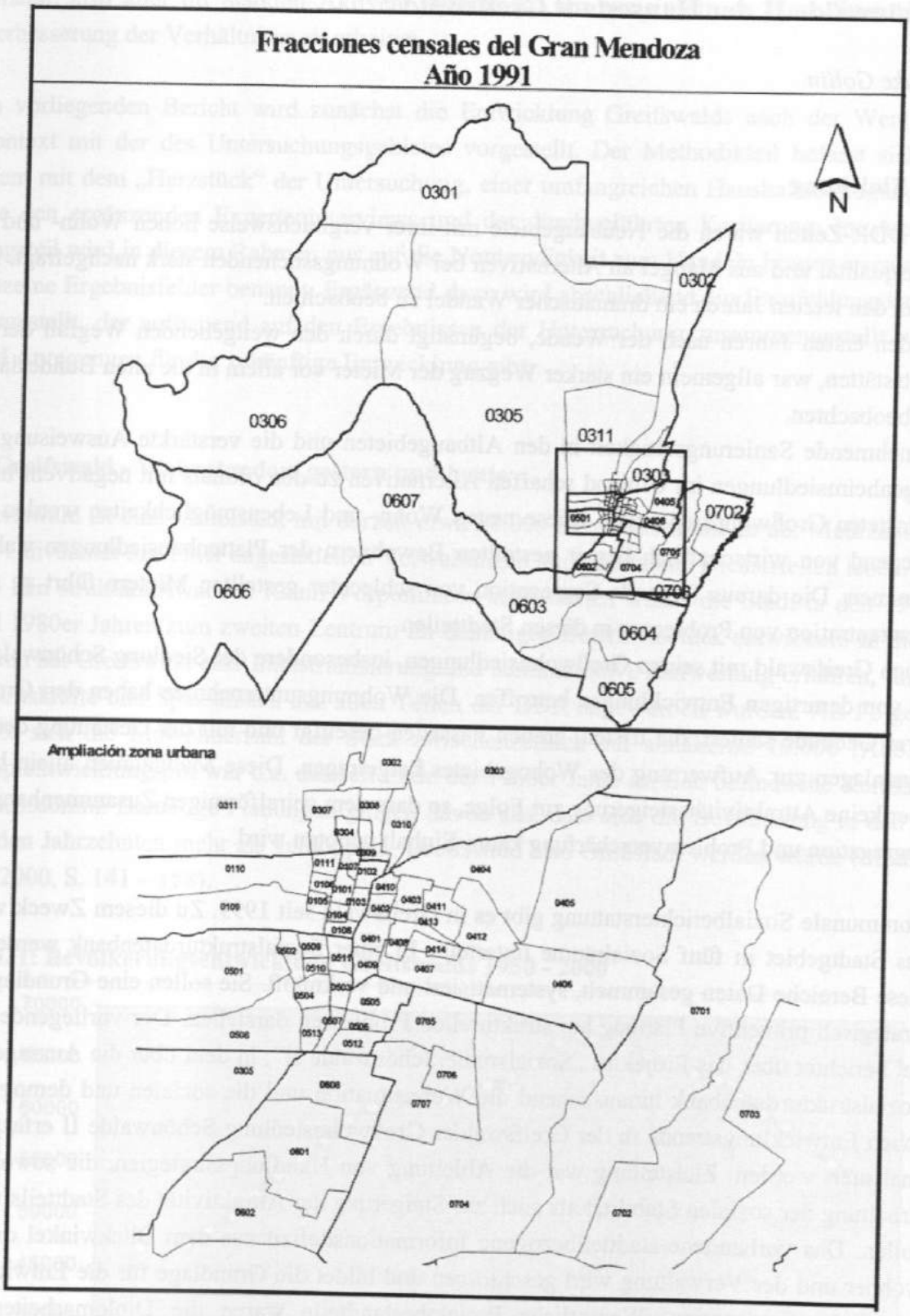
TRIFIRÓ, M. C. y L. ARBOIT 2000: Evolución y características de la población en las provincias de Mendoza y San Juan (Contribuciones para su inventario), Mendoza, Universidad Nacional de Cuyo-Mendoza (Argentina)-Universidad de Málaga (España).

TRIFIRÓ, M. C. 1999: Desigualdades espaciales y sociales en ciudades intermedias. El caso del Gran Mendoza, V Jornadas Argentinas de Estudios de Población, Luján (Buenos Aires), AEPA-INDEC (en prensa).

DEPARTEMENTS OF GREAT MENDOZA.
URBAN AREA AND CENSAL FRACTIONS



DEPARTMENTS OF GREAT MENDOZA. CENSAL FRACTIONS



Soziostrukturelle Entwicklungstendenzen in der Großwohnsiedlung Schönwalde II der Hansestadt Greifswald

Hauke Gollin

1. Einleitung

Zu DDR-Zeiten waren die Neubaugebiete mit ihrer vergleichsweise hohen Wohn- und Lebensqualität und aus Mangel an Alternativen bei Wohnungssuchenden stark nachgefragt. Hier ist in den letzten Jahren ein dramatischer Wandel zu beobachten.
In den ersten Jahren nach der Wende, begünstigt durch den weitgehenden Wegfall der Arbeitsstätten, war allgemein ein starker Wegzug der Mieter vor allem in die alten Bundesländer zu beobachten.
Zunehmende Sanierungstätigkeit in den Altbaugebieten und die verstärkte Ausweisung von Eigenheimsiedlungen im Umland schaffen Alternativen zu den oftmals mit negativem Image belasteten Großwohnsiedlungen. Diese neuen Wohn- und Lebensmöglichkeiten werden vorwiegend von wirtschaftlich besser gestellten Bewohnern der Plattenbausiedlungen wahrgenommen. Die daraus folgende Segregation von schlechter gestellten Mietern führt zu einer Konzentration von Problemen in diesen Stadtteilen.
Auch Greifswald mit seinen Großwohnsiedlungen, insbesondere der Siedlung Schönwalde II, ist von derartigen Entwicklungen betroffen. Die Wohnungsunternehmen haben den Großteil ihrer Gebäude saniert, die tristen, grauen Fassaden beseitigt und mit der Gestaltung der Außenanlagen zur Aufwertung des Wohngebietes beigetragen. Diese Maßnahmen allein haben aber keine Attraktivitätssteigerung zur Folge, so dass dem spiralförmigen Zusammenhang von Segregation und Problemverschärfung kaum Einhalt geboten wird.

Kommunale Sozialberichterstattung gibt es in Greifswald seit 1999. Zu diesem Zweck wurde das Stadtgebiet in fünf Sozialräume unterteilt. In einer Sozialstrukturdatenbank werden für diese Bereiche Daten gesammelt, systematisiert und verknüpft. Sie sollen eine Grundlage für strategisch präventive Planung bei strukturellen Problemen darstellen. Der vorliegende Artikel berichtet über das Projektes „Sozialstudie Schönwalde II", in dem über die Aussagen der Sozialstrukturdatenbank hinausgehend die Wohnsituation und die sozialen und demographischen Entwicklungstrends in der Greifswalder Großwohnsiedlung Schönwalde II erfasst und analysiert werden. Zielstellung war die Ableitung von Handlungsstrategien, die sowohl zur Erhaltung der sozialen Stabilität als auch zur Steigerung der Attraktivität des Stadtteils führen sollen. Das vorhandene stadtteilbezogene Informationsdefizit aus dem Blickwinkel der Bewohner und der Verwaltung wird geschlossen und bildet die Grundlage für die Entwicklung von Zukunftsszenarien. Wesentliche Projektbestandteile waren die Diplomarbeiten von Schützler (2001) und Gollin (2001).
Der Notwendigkeit Rechnung tragend, den Problemen im bearbeiteten Sozialraum aktiv zu begegnen, wurde, etwa zeitgleich mit dem Beginn der Untersuchungen eine Art „runder Tisch" zum Thema Schönwalde II initiiert. In dieser „Zukunftswerkstatt Neubaugebiete" tref

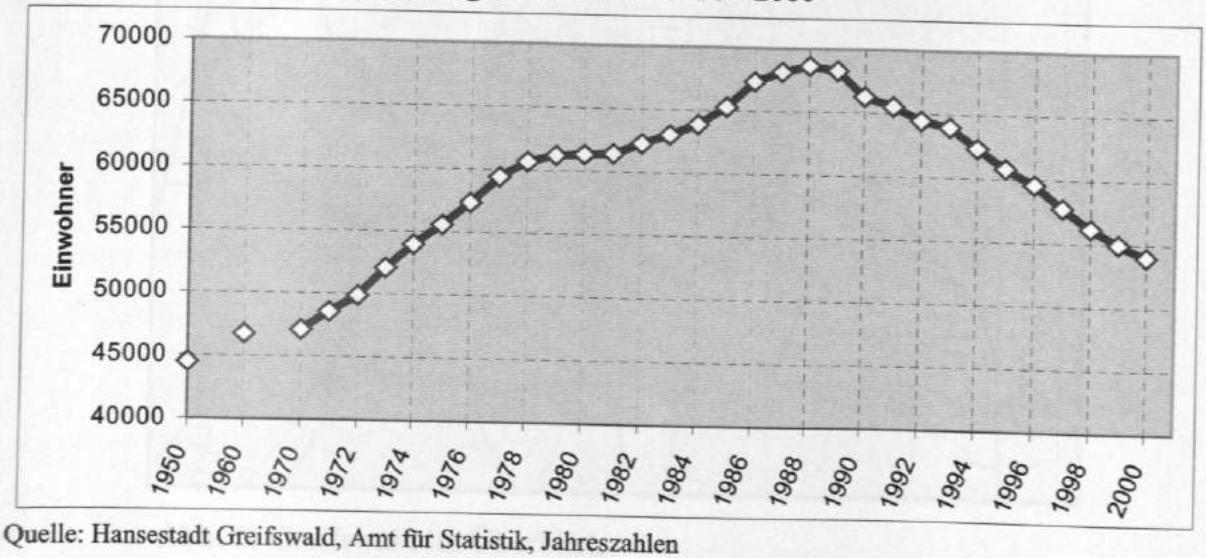
fen alle Verantwortlichen der Ämter, der Parteien, der Wohnungsunternehmen und der Universität, also aller im Stadtteil Aktiven, zusammen, um gemeinsam an einer Strategie zur Verbesserung der Verhältnisse zu arbeiten.

Im vorliegenden Bericht wird zunächst die Entwicklung Greifswalds nach der Wende im Kontext mit der des Untersuchungsgebietes vorgestellt. Der Methodikteil befasst sich vor allem mit dem „Herzstück" der Untersuchung, einer umfangreichen Haushaltsbefragung, sowie den ergänzenden Experteninterviews und der durchgeführten Kartierung. Im Auswertungsteil wird in diesem Rahmen nur auf die Notwendigkeit zum Handeln hingewiesen sowie einzelne Ergebnisfelder benannt. Ergänzend dazu wird abschließend ein Empfehlungskatalog vorgestellt, der aufbauend auf den Ergebnissen der Untersuchung zusammengestellt wurde und Anregungen für die zukünftige Entwicklung gibt.

2. Greifswald - Wohnstandort gestern und heute

Greifswald ist eine Mittelstadt mit derzeit etwa 54.000 Einwohnern, die in der Mehrzahl von der Universität bzw. hier angesiedelten Verwaltungen und staatlichen Dienststellen leben.
Um den strukturschwachen Raum Vorpommern aufzuwerten wurde die Stadt in den 1970er und 1980er Jahren zum zweiten Zentrum im damaligen Bezirk Rostock entwickelt. In diesen Jahren hat Greifswald eine Industrialisierung und administrative Aufwertung erfahren, für die Arbeitskräfte und Spezialisten aus allen Teilen der DDR angeworben wurden. Als Folge erhöhte sich die Einwohnerzahl der Stadt zwischenzeitlich auf annähernd 70.000 (Abb. 1). Hauptentwicklungspol war u.a. das seit Ende der 1960er Jahre im Bau befindliche Kernkraftwerk Lubmin. Damalige Planungen gingen davon aus, dass sich die Bevölkerung in den folgenden Jahrzehnten mehr als verdoppeln, Greifswald also Großstadt werden würde (Matthiesen 2000, S. 141 – 158).

Abb. 1: Bevölkerungsentwicklung Greifswalds 1950 - 2000



Quelle: Hansestadt Greifswald, Amt für Statistik, Jahreszahlen

Zwar ist Greifswald im Weltkrieg von Zerstörung verschont geblieben, jedoch waren die Altbauquartiere mittlerweile derartig vernachlässigt und verfallen, dass sie weitgehend unbewohnbar waren. Für die nach Greifswald strömenden Arbeitskräfte, aber auch für die Stammbevölkerung mussten ausreichend Wohnmöglichkeiten geschaffen werden. Entsprechend der wirtschaftlichen Situation in der damaligen DDR konnten die benötigten Wohnungen nur als Neubauten in Form von standardisierten, industriell errichteten Plattenbauten geschaffen werden.

Aufgrund der physischen Gegebenheiten, nördlich von Greifswald liegt der Fluss Ryck mit seinen Niederungen, wurden die Neubausiedlungen südöstlich der ebenfalls in diese Richtung ausgebauten historischen Vorstädte errichtet. Im Jahr 1969 wurde der Grundstein für die erste Großwohnsiedlung Schönwalde I, 1973 für Schönwalde II gelegt. Die Errichtung des in den 1980er Jahren begonnenen Ostseeviertel wurde mit den veränderten Bedingungen als Folge der gesellschaftlichen Wende 1989/90 abgebrochen. Bis 1990 wurden in der sogenannten südöstlichen Stadterweiterung rund 15.000 Plattenbauwohnungen errichtet, in denen annähernd zwei Drittel der Bewohner Greifswalds lebten. Die eigentliche Innenstadt/City, die räumlich wie auch funktionell den Stadtmittelpunkt darstellen sollte, wurde eher in eine nordöstlich periphere Lage gedrängt (Abb. 2) und ist von den Plattenbausiedlungen, in denen noch immer ca. 55% der Stadtbevölkerung leben, kaum noch fußläufig zu erreichen.

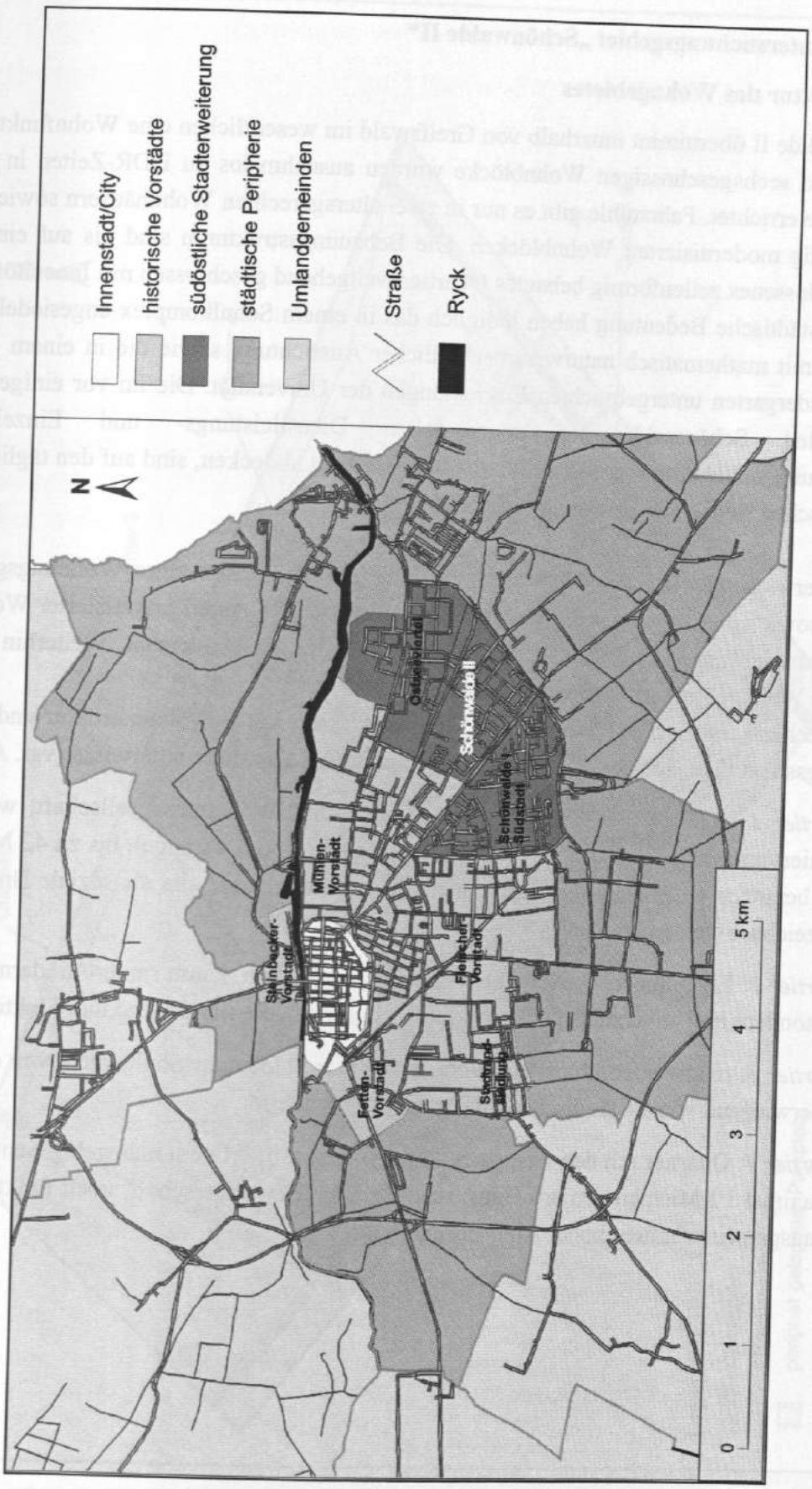


Abb. 2: Greifswald im Überblick

Quelle: Landesvermessungsamt Mecklenburg-Vorpommern: AKTIS 2000; modifiziert

3. Das Untersuchungsgebiet „Schönwalde II“

3.1 Struktur des Wohngebietes

Schönwalde II übernimmt innerhalb von Greifswald im wesentlichen eine Wohnfunktion. Die fünf- und sechsgeschossigen Wohnblöcke wurden ausnahmslos zu DDR-Zeiten in Plattenbauweise errichtet. Fahrstühle gibt es nur in zwei altersgerechten Wohnhäusern sowie in zwei aufwendig modernisierten Wohnblöcken. Die Bebauungsstrukturen sind bis auf ein in sich abgeschlossenes zeilenförmig bebautes Quartier weitgehend geschlossen mit Innenhöfen.
Gesamtstädtische Bedeutung haben lediglich das in einem Schulkomplex angesiedelte Gymnasium mit mathematisch-naturwissenschaftlicher Ausrichtung sowie die in einem ehemaligen Kindergarten untergebrachten Einrichtungen der Universität. Die im vor einigen Jahren errichteten Schönwaldecenter angesiedelten Dienstleistungs- und Einzelhandelseinrichtungen, die überwiegend das untere Preissegment abdecken, sind auf den täglichen und periodischen Bedarf der Bewohner ausgerichtet.

Der überwiegende Teil der Wohnungen befindet sich im Besitz einer Wohnungsgenossenschaft sowie einer kommunalen Wohnungsgesellschaft. Der Anteil privatisierter Wohnungen ist außerordentlich gering. Ein Wohnblock ist in Besitz der Universität. Weiterhin befinden sich im Wohngebiet vier Studentenwohnheime.
Entsprechend der Lage im Wohngebiet, der Eigentümer, der Bewohnerstruktur und dem Sanierungsstand lässt sich das Untersuchungsgebiet in fünf Quartiere unterteilen (vgl. Abb. 3):

- *Quartier 1 / Quartier 5*: Eigentümer: Genossenschaft/Wohnungsgesellschaft; weitgehend saniert/modernisiert (Fassade, Fenster, Hauseingangstüren, Stränge), bis zu 42 Mietparteien benutzen einen Hauseingangsbereich; vereinzelte Häuser, die als soziale Brennpunkte bezeichnet werden können
- *Quartier 2*: Eigentümer: Universität/Wohnungsgesellschaft, kaum saniert/modernisiert, insbesondere im Universitätsblock überdurchschnittlich hoher Leerstand und Fluktuation
- *Quartier 3*: relativ abgeschlossener Bereich mit vier Studentenwohnheimen, von denen eins überwiegend von ausländischen Studenten bewohnt wird
- *Quartier 4*: Quartier mit den wenigsten Problemen, profitiert vom nahegelegenen Stadtpark, maximal 10 Mietparteien pro Haus; relativ stabile Bewohnerschaft, noch funktionierende Hausgemeinschaften, hoher Altersdurchschnitt

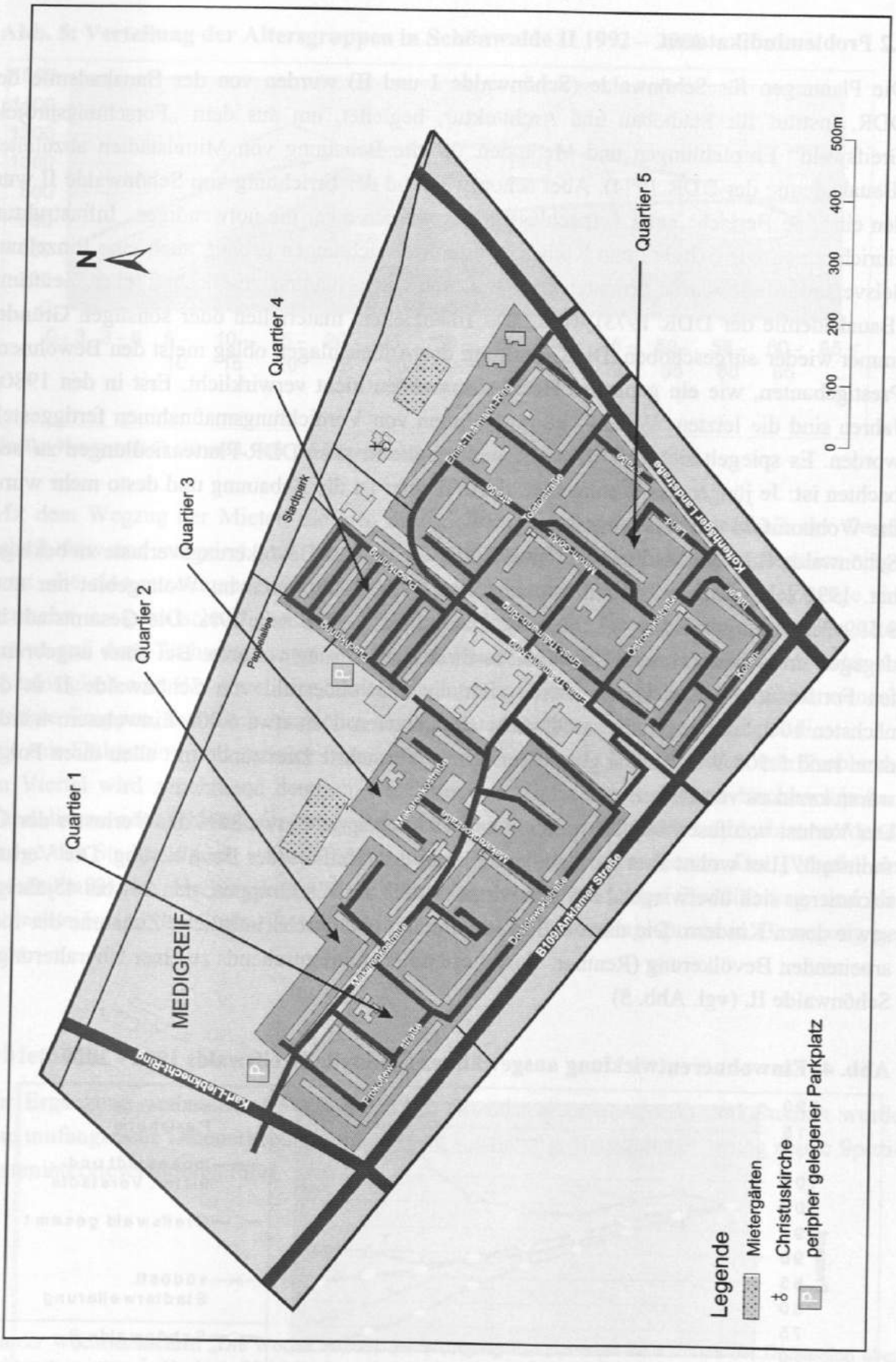


Abb. 3: Übersichtskarte Schönwalde II
Kartengrundlage: Umweltamt/Geographisches Institut der Universität Greifswald; modifiziert

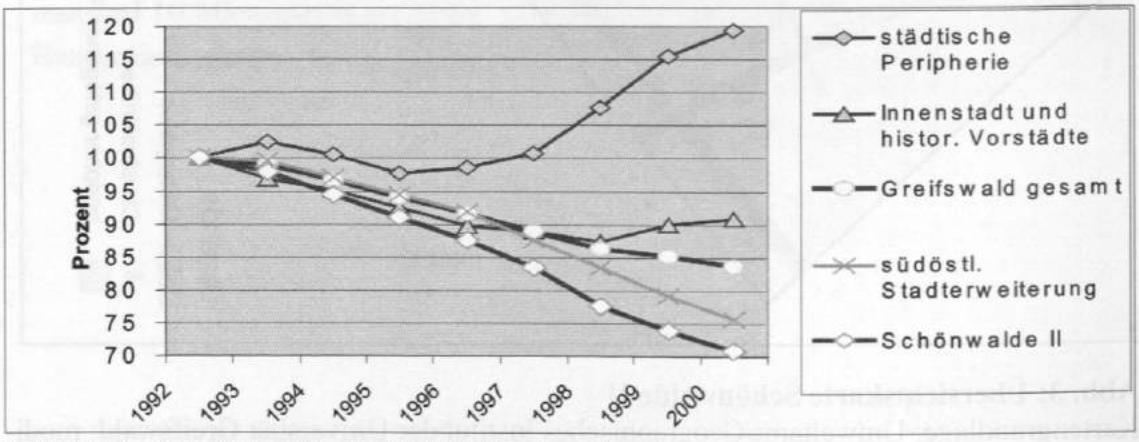
3.2 Problemindikatoren

Die Planungen für Schönwalde (Schönwalde I und II) wurden von der Bauakademie der DDR, Institut für Städtebau und Architektur, begleitet, um aus dem „Forschungsprojekt Greifswald" Empfehlungen und Methoden für die Bebauung von Mittelstädten abzuleiten (Bauakademie der DDR 1974). Aber schon während der Errichtung von Schönwalde II wurden einzelne Bereiche stark vernachlässigt. Es wurden zwar die notwendigen Infrastruktureinrichtungen wie Schulen und Kinderbetreuungseinrichtungen gebaut, auch eine Einzelhandelsverkaufsstelle wurde errichtet, aber der Bau des geplanten gesellschaftlichen Zentrums (Bauakademie der DDR 1973) wurde aus finanziellen, materiellen oder sonstigen Gründen immer wieder aufgeschoben. Die Gestaltung der Außenanlagen oblag meist den Bewohnern. Prestigebauten, wie ein geplantes Hochhaus, wurden nicht verwirklicht. Erst in den 1980er Jahren sind die letzten Wohnblöcke im Rahmen von Verdichtungsmaßnahmen fertiggestellt worden. Es spiegelt sich eine Tatsache wieder, die in allen DDR-Plattensiedlungen zu beobachten ist: Je jünger das Wohngebiet, desto dichter ist die Bebauung und desto mehr wurde das Wohnumfeld vernachlässigt.

Schönwalde II ist der Stadtteil Greifswalds, der die größten Bevölkerungsverluste zu beklagen hat. 1992 lebten hier 13.525 Einwohner. Am 31.12.2000 waren im Wohngebiet nur noch 9.599 Personen gemeldet (vgl. Abb. 4). Das ist ein Verlust von 29%. Die Gesamtstadt hat dagegen im selben Zeitraum „nur" 16,5% ihrer Bevölkerung verloren. Bei einer ungebremsten Fortsetzung dieses Trends würde sich die Einwohnerzahl von Schönwalde II in den nächsten 10 Jahren gegenüber 1992 mehr als halbieren. Den etwa 6.000 Einwohnern würden dann rund 5.500 Wohnungen gegenüberstehen. Vermehrte Leerstände mit allen ihren Folgen wären kaum zu vermeiden.

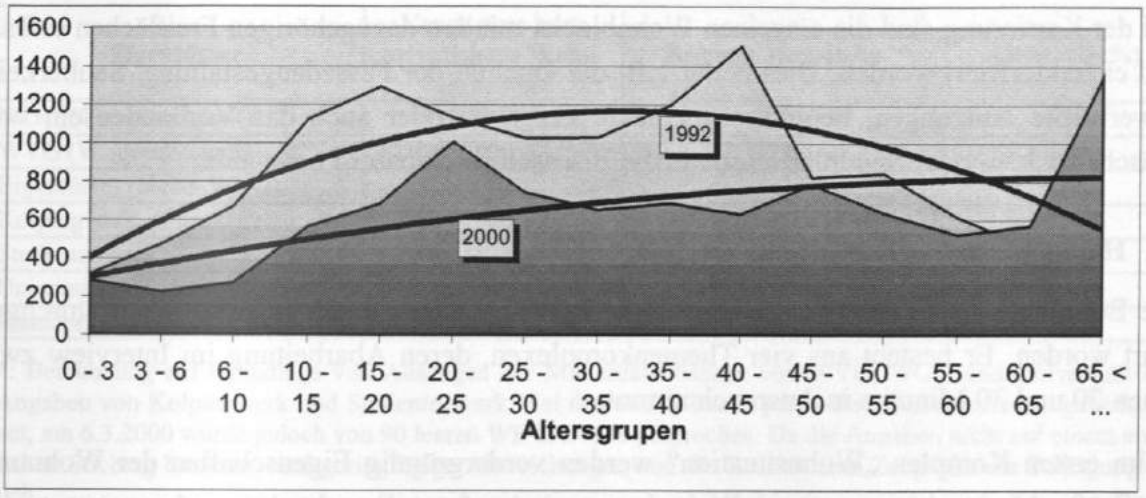
Der Verlust von fast 4.000 Einwohnern seit 1992 entspricht etwa 37% des Verlustes der Gesamtstadt. Hier wohnt aber nur etwa ein Viertel der Greifswalder Bevölkerung. Die Verluste rekrutieren sich überwiegend aus den wirtschaftlich aktiven Gruppen, den 25- bis 45jährigen sowie deren Kindern. Die daraus folgende anteilig überdurchschnittliche Zunahme der nicht arbeitenden Bevölkerung (Rentner, Vorruheständler) führt zusehends zu einer Überalterung in Schönwalde II. (vgl. Abb. **5**)

Abb. 4: Einwohnerentwicklung ausgewählter Stadtteile Greifswalds 1992 - 2000



Quelle: Hansestadt Greifswald, Amt für Statistik, eigene Berechnungen

Abb. 5: Verteilung der Altersgruppen in Schönwalde II 1992 – 2000



Quelle: Hansestadt Greifswald, Amt für Statistik, Jahreszahlen, eigene Berechnungen

Mit dem Wegzug der Mieter, die sich dies „leisten" können und die innerhalb der Gesellschaft aktiv und integriert sind, hat die in der Einleitung bereits erwähnte Segregation eingesetzt, die eine zunehmende Konzentration von Problemen im Viertel bedingt. Zuzüge sind vermehrt aus gesellschaftlichen Gruppen zu verzeichnen, für die die Platte die einzige Alternative auf dem Wohnungsmarkt ist. Die im Stadtvergleich überdurchschnittlich hohe Arbeitslosigkeit oder der Anteil der Sozialhilfeempfänger, also durch die Gesellschaft vernachlässigte Gruppen, aber auch Anzeichen eines latenten Rechtsextremismus belegen dies.
Die mit Fluktuation und sozialer Entmischung einhergehende Konzentration von Problemen im Viertel wird zunehmend deutlich. Unzufriedene Mieter durch gestörte Nachbarschaften, Vandalismus oder fehlende Ordnung und Sauberkeit und das zunehmend schlechter werdende Image des Stadtteils nach außen sind nur einige Folgen dieser Tendenzen. Der „Wegfall der gesellschaftlichen Heilungskräfte"[21] in Form einer durchmischten Bevölkerung und das schlechte Image des Stadtteils haben eine regelrechte Abwertungsspirale in Bewegung gesetzt.

4. Methodik

Zur Ergänzung vorhandener Statistiken (z.B. Sozialstrukturdatenbank) und Studien wurde eine umfangreiche Datenerhebung in Form von Kartierung, Haushaltsbefragung sowie Spezialisteninterviews durchgeführt.

[21] In der Wochenzeitschrift „Die Woche" 9/2001 hat Wolfgang Zimmermann im Rahmen der Diskussion über Rechtsextremismus in Ostdeutschland in einem Leserbrief unter dem Motto „Wer was kann geht hier weg" das Problem der Abwanderung junger Leute von Ost nach West als eben diesen „Wegfall der gesellschaftlichen Heilungskräfte ... im Osten" bzw. als „Migrations-Schaden" bezeichnet. Parallelen unter dem Motto „Wer kann zieht hier weg" sind in Schönwalde II zu erkennen.

4.1 Kartierung des Untersuchungsgebietes

Bei der Kartierung sind die einzelnen Wohnblocks mit den dazugehörigen Freiflächen erfasst und charakterisiert worden. Dies betraf z.B. die Qualität der Fassadengestaltung, Sauberkeit, gewerbliche Nutzungen, behindertengerechte Eingänge oder auch das Vorhandensein von Wäschetrocken- oder Spielplätzen sowie die Erfassung sichtbarer Leerstände.

4.2 Haushaltsbefragung

Die Befragung ist in Form mündlicher Interviews mit standardisierten Fragebögen durchgeführt worden. Er besteht aus vier Themenkomplexen, deren Abarbeitung im Interview zwischen 20 und 30 Minuten in Anspruch nimmt.

- Im ersten Komplex „Wohnsituation" werden vordergründig Eigenschaften der Wohnung (Größe, Modernisierungsstand, Wohndauer, ...) abgefragt. Es geht aber auch um eventuelle Herkunftsgebiete des Befragten, die empfundene Miethöhe, um Umzugswünsche oder –ziele.
- Der Komplex „ Wohnumfeld/Situation im Viertel" erfasst zum einen die Einschätzung des Wohngebietes durch den Befragten, fragt aber auch nach der Bereitschaft zum persönlichen Engagement im Viertel.
- Die Fragen zum „Freizeit- und Einkaufsverhalten" sollten mögliche räumliche Verflechtungen und Bindungen analysieren und die Rolle von Schönwalde II für den Befragten über die Wohnfunktion hinaus abklären.
- Im Komplex „Sozialstruktur" werden Sozialdaten aller Haushaltsmitglieder erhoben. Es geht beispielsweise um Arbeitslosigkeit, Sozialhilfe oder Haushaltsnettoeinkommen.

Eine flächendeckend gleichmäßig verteilte Stichprobe, um auch Unterschiede innerhalb des Wohngebietes zu erfassen, wurde durch die Kombination einer Zufallsstichprobe (jedes Element der Grundgesamtheit hat die selbe Chance gezogen zu werden) mit einem systematischen Auswahlverfahren (jedes n-te Element) erreicht. Als Grundgesamtheit diente eine Wohnungsliste der jeweiligen Vermieter. Es muss erwähnt werden, dass angenommen wurde, die Bewohner einer Wohnung bilden eine zusammen wirtschaftende Einheit. Wohngemeinschaften werden also als ein Haushalt betrachtet.
Die durchschnittliche Befragungsquote von 7,81% (Abb. **6**) und der kontrollierende Vergleich verschiedener erfasster Daten mit der amtlichen Statistik lassen darauf schließen, dass mit der Befragung ein als repräsentativ anzusehendes Abbild der Situation im Untersuchungsgebiet gewonnen wurde.

Abb. 6: Befragungsquote Haushaltsbefragung Schönwalde II

Eigentümer	Vermietete bzw. privatisierte Wohneinheiten*	Befragte Haushalte	Quote (in %)
WGG (Genossenschaft)	2.784	225	8,08
WVG (W.-gesellschaft)	2.000	153	7,65
Eigentümer (ehem. WVG)	61	2	3,28
Kolpingwerk	360	26	7,22
Studentenwerk	181	13	7,18
Universität (Medizin)	194	17	8,76
Haushalte gesamt	**5.580**	**436**	**7,81**

*: Berechnung auf Grundlage von Auszügen der Mieterdatenbanken von WVG, WGG und Universität sowie Angaben von Kolpingwerk und Studentenwerk. Bei den WGG-Daten waren die Leerstände nicht gekennzeichnet, am 6.3.2000 wurde jedoch von 90 leeren WE in SW II gesprochen. Da die Angaben nicht auf einem einheitlichen Stichtag basieren, sind geringfügige Abweichungen von der Realität zum Zeitpunkt der Befragung möglich.

4.3 Leitfadeninterviews mit Gebietsexperten

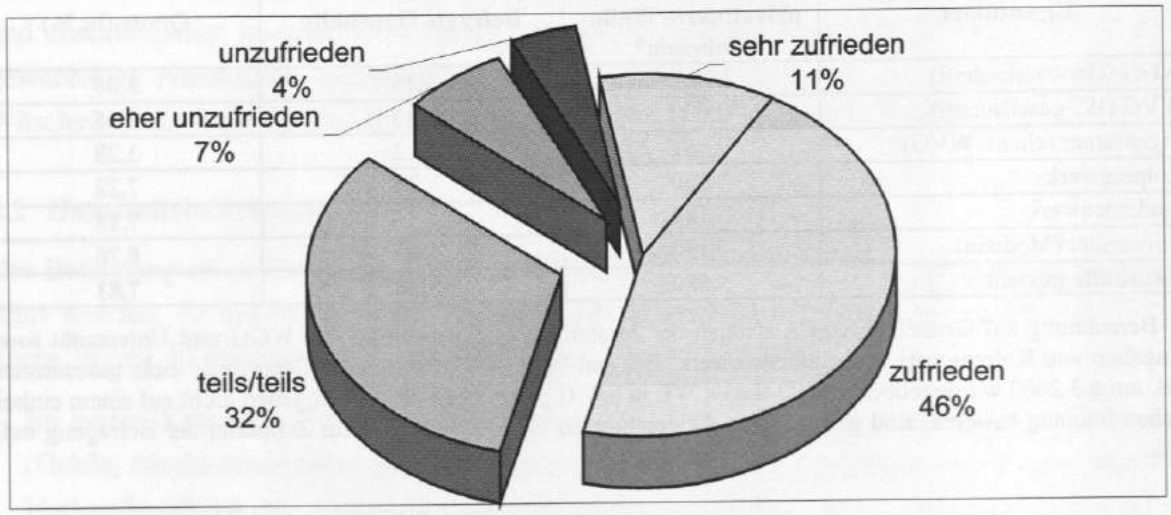
Aufbauend auf ersten Ergebnissen der Haushaltsbefragung wurden 17 qualitative Leitfadeninterviews mit Gebietsexperten durchgeführt. Diese sind in besonderer Weise mit dem Stadtteil verbunden, durch ihren Wohnort oder ihre tägliche Arbeit mit der Gebietsentwicklung vertraut. Ihre ausgeprägte Gebietskenntnis lieferte wertvolle Informationen zu Teilbereichen der Untersuchung.

5. Auswertung

5.1 Notwendigkeit zum Handeln

Während der Interviews wurde den Bewohnern die Frage gestellt: „Wie zufrieden sind sie im Wohngebiet?" Die Antworten auf der fünfstelligen Skala fielen recht positiv aus (vgl. Abb. 7). Immerhin äußerten sich 57% „zufrieden" bzw. „sehr zufrieden" und nur 11% der Befragten sind „eher unzufrieden" bzw. „unzufrieden". Allerdings entstand bereits während der Interviews der Eindruck, dass sich die Bewohner unter den gegenwärtigen Bedingungen gar keine Erfüllung ihrer Wünsche vorstellen können, sie sich also mit dem Status quo zufrieden geben. „Die geäußerte Zufriedenheit ist deshalb kein Ausdruck dafür, dass individuelle Bedürfnisse und Wünsche tatsächlich in Erfüllung gegangen sind, sondern nur dafür, dass subjektiv angesichts der gegenwärtigen Umstände, in denen man lebt, momentan keine andere Art der Erfüllung von Bedürfnissen möglich scheint" (Gerdes 1999, S.82).

Abb.7: Zufriedenheit im Wohnviertel



Quelle: Haushaltsbefragung Mai/Juni 2000

Aus der relativen Zufriedenheit sollte daher auf keinen Fall die Schlussfolgerung gezogen werden, dass kein Handlungsbedarf besteht, sondern dass es trotz scheinbarer Zufriedenheit durchaus Kritik an den Zuständen gibt. „Alarmierend sind dabei immer Werte, die unter den bei solchen Befragungen immer wieder zu findenden Werten von 70% Zufriedenen liegen" (Gerdes 1999, S.82).
Der von Gerdes definierte Grenzwert von 70% wird im Untersuchungsgebiet um alarmierende 13% unterschritten. Es besteht also dringender Handlungsbedarf, um den Stadtteil aufzuwerten und den Wünschen und Bedürfnissen der Bewohner gerecht zu werden.

5.2 Ergebnisse

Auf die einzelnen Ergebnisse der Datenerhebung, die ausführlich analysiert und diskutiert wurden, soll an dieser Stelle nicht eingegangen werden Um einen Einblick in die Gegebenheiten zu vermitteln folgen einige Thesen, die bei der weiteren Entwicklung von Schönwalde II beachtet werden sollten.

- Die Wohnqualität innerhalb der eigenen Wohnung wie auch die Lebensqualität im Stadtteil haben entscheidenden Einfluss auf das Lebensgefühl der Bewohner und sind ausschlaggebend hinsichtlich der persönlichen Wohnperspektive und damit der Bleibebereitschaft.
- Der Wohnungsbestand im Untersuchungsgebiet ist, verglichen mit dem Bestand der Gesamtstadt, durch ein Überangebot an kleinen Wohnungen mit kleinen Räumen gekennzeichnet. Die Grundrisse und das Ausstattungsangebot sind zu vervielfältigen, um eine größere Mieterklientel anzusprechen. Dem zunehmenden Anteil älterer Bewohner ist durch ein größeres Angebot alters- und behindertengerechter Wohnungen Rechnung zu tragen.
- In einigen Bereichen des Stadtteils ist die Fluktuation so hoch, dass man beinahe von einer „Durchgangsstation" sprechen kann. Es handelt sich hier keineswegs nur um Bereiche, die unsaniert/unmodernisiert sind. Diese Instabilität stellt eine große Gefahr für das gesamte

Wohngebiete dar und kann darüber hinaus negative Auswirkungen auf angrenzende Stadtteile haben.

- Bei den Leerständen ist eine eindeutig steigende Tendenz zu verzeichnen. Die Rate von derzeit rund 6% ist zwar noch nicht substanzgefährdend und könnte durch Wohnungszusammenlegungen, Umnutzungen usw. kompensiert werden. Es ist allerdings fraglich, ob diese Maßnahmen zukünftig ausreichen. Es gilt, die Nachteile der in überdurchschnittlichem Umfang betroffenen Wohnungen in den oberen Etagen durch flexiblere Mieten, bessere Erschließung (Fahrstühle) usw. aufzuwerten. Langfristig sollte auch über einzelne Rückbaumaßnahmen in besonders verdichteten Bereichen nachgedacht werden.
- Im Untersuchungsgebiet gibt es gravierende Mängel im Bereich Infrastruktur und Wohnumfeld.
- Besonderes zu achten ist bei der zukünftigen Entwicklung auf die Belange der Kinder und Jugendlichen, die nach Angaben der Bewohner die Hauptproblemgruppe im Wohngebiet darstellen. Der Bereich der Jugendsozialarbeit sollte auch in Zukunft erweitert werden. Es sind aber auch generationsübergreifende Angebote im Bereich Freizeit und Kultur zu verstärken.
- In Bezug auf fehlende Parkplätze sollten Reserven erschlossen und auf eine gemeinsame Strategie der Wohnungsunternehmen bei der Parkraumbewirtschaftung gedrungen werden.
- Zukünftig gilt es, Standortnachteile durch das Herausarbeiten und Hervorheben von stadtteilspezifischen Eigenschaften zu kompensieren. Das bisher weitgehend nur als Wohnstandort fungierende Schönwalde II ist zu einem multifunktionalen Stadtteil mit eigener Identität auszubauen. Voraussetzung sind die Schaffung von Arbeitsplätzen und der Ausbau und die Vermarktung kultureller Einrichtungen. Hervorzuheben ist das Potenzial, das bei einem Ausbau der Universität in den Stadtteil hinein, auch in Bezug auf Komplementärfunktionen (z.B. Wohn-, Studien-, Freizeit- und Arbeitsort) erreicht würde.
- Im Untersuchungsgebiet sind vielversprechende Potenziale bezüglich der Einbindung der Bewohner in die Entwicklung des Stadtteils vorhanden. Die Aktivierung dieses Reservoirs ist Voraussetzung für den dauerhaften Bestand des Wohngebietes.

6. Ausblick und Empfehlungen

Aus den Ergebnissen der Datenerhebung ergibt sich ein weitgefächertes Einsatzfeld für Nachbesserungsmaßnahmen im Untersuchungsgebiet. Es ist schnellstmöglich eine Strategie zu entwickeln, die Eckpunkte der zukünftigen Entwicklung des Stadtteils aufzeigt, Planungssicherheit für die Akteure vor Ort schafft, aber auch koordiniertes Handeln ermöglicht. Eine zu erstellende Rahmenplanung sollte sich an der Zielsetzung der Schaffung eines in die Gesamtstadt integrierten multifunktionalen, urbanen Stadtteils mit eigener Identität orientieren, der eine hohe Wohn- und Lebensqualität für die Bewohner sichert.

Es ist aber auch zu beachten, dass die Entwicklung Greifswalds mit seinen Großwohnsiedlungen eng mit der Entwicklung Mecklenburg-Vorpommerns bzw. der Region Vorpommern verknüpft ist. Eine einseitige Entwicklung des Untersuchungsgebietes ohne Beachtung der Gegebenheiten in der Stadt und der Region würde alle Anstrengungen scheitern lassen. Ebenso ist umgekehrt die Situation der Stadt bzw. der Region von den Bedingungen in den Bereichen abhängig, in denen ein Großteil der Bevölkerung lebt, den Plattenbausiedlungen.
Die angesprochene Vielzahl von Vorschlägen für die zukünftige Entwicklung des Untersuchungsgebietes, die abschließend in einem Empfehlungskatalog zusammengefasst wurde, richtet sich an alle derzeit und künftig im Greifswalder Stadtteil Schönwalde II aktiven Institutionen, Unternehmen, Ämter und Privatpersonen.
Entsprechend der angesprochenen Zielstellung eröffnen sich folgende Aktivitätsfelder:

(1) Verbesserung der gebäude- und umfeldbezogenen Wohnqualität
(2) Belebung des Stadtteils und Schaffung neuer Arbeitsplätze
(3) Identitätsprägende Aktivitäten

Die in Spalte zwei des Maßnahmenkataloges zugeordneten Zahlen geben die jeweiligen Aktivitätsfelder gemäß obiger Definition an.
Entsprechend der Umsetzbarkeit der Empfehlungen werden sie in kurzfristige (bis zu zwei Jahre), mittelfristige (bis zu sieben Jahre) und langfristige (bis zu fünfzehn oder zwanzig Jahre) Maßnahmenkomplexe untergliedert. Die Reihenfolge der aufgezählten Maßnahmen ist nicht mit einer Prioritätensetzung zu verwechseln. Ebenso war es kaum möglich, die Maßnahmen nach Themenschwerpunkten zu ordnen, da einzelne Maßnahmen mehreren Themen zugeordnet werden können, und es zu Überschneidungen kommt. Optimale Ergebnisse für den Stadtteil sind über einen Mix verschiedener Vorschläge zu erreichen, der mit allen Beteiligten, vor allem den Bewohnern, zusammengestellt werden sollte.

Im Folgenden werden einige Ausschnitte aus dem Empfehlungskatalog vorgestellt:

Kurzfristige Maßnahmen	Aktivitätsfelder
Neue Marktsegmente erschließen, z.B. Wohnmanagement auf die Bedürfnisse junger Erwachsener ausrichten (Stichwort: wohngemeinschaftstauglich umgestalten)	1 / 3
Modernisierungen der Wohnungen in verschiedenen Ausstattungsvarianten nach Mieterwünschen anbieten, Eigenleistungen der Mieter ermöglichen und belohnen	1
Es fehlen Treff- und Kommunikationspunkte im halböffentlichen Raum, die alle Generationen ansprechen, z.B. Sitzgruppen, Strassencafes usw.	1 / 2
Die flächendeckende Kennzeichnung aller zum Parken geeigneten Flächen, auch im Straßenraum – ist notwendig, um eine größtmögliche Nutzungseffizienz zu erreichen	1
Anteil der Mietparkplätze verringern; maximal 40% in jedem Straßenabschnitt	1
Bei der Parkraumbewirtschaftung sind die Wohnungsunternehmen aufgefordert, eine gemeinsame Strategie zu verfolgen und sich abzustimmen.	1
Um das subjektive Sicherheitsempfinden der Bewohner zu stärken, ist stellenweise eine bessere Beleuchtung notwendig. Insbesondere im Bereich von Hauseingängen ist der Einsatz von Bewegungsmeldern empfehlenswert.	1

Mittelfristige Maßnahmen	Aktivitätsfelder
Schwer vermietbare Wohnungen in der 5. und 6. Etage umgestalten und die Räume den im Haus verbliebenen Mietern kostengünstig zur Nutzung überlassen, z.B. Gästezimmer, Hobbyraum, Trockenraum ...	1
Mix an verschiedenen Wohnungstypen in Grundriss, Größe, Ausstattung, Miete usw. schaffen; durch zusammenlegen von Wohnungen die Anzahl der Wohneinheiten senken	1
In Anbetracht der Zunahme des Durchschnittsalters im Wohngebiet ist der Anteil alters- bzw. behindertengerecht modernisierter Wohnungen zu erhöhen	1
Schönwalde II zum Universitätsstandort ausbauen, Umnutzung eines ganzen Wohnblocks – Es ist die Tendenz zu beobachten, dass sich immer mehr Universitätseinrichtungen aus der Innenstadt in die historischen Vorstädte und darüber hinaus verlagern – diese Entwicklung ist bis nach Schönwalde II hinein zu forcieren.	3 / 2
Standortvorteil durch überdurchschnittlich gute Schul- und Betreuungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche	3
Ausbau der stationären wie auch der mobilen Jugendsozialarbeit, da trotz zahlenmäßiger Abnahme für die Zukunft die Zunahme der betreuungsbedürftigen Kinder und Jugendlichen im Untersuchungsgebiet zu befürchten ist	1 / 3
Sockelgeschosswohnungen durch Anbauten (z.B. im Wintergartenstil) für Gewerbetreibende attraktiv gestalten; in Einzelfällen kann auch die 1. Etage für die Nutzung durch ruhiges Gewerbe freigegeben werden.	2 / 3
Um Bürgernähe zu schaffen, ist die Einrichtung eines Bürgerbüros voranzutreiben und mit dem Ausbau sozialer Beratungsstellen (Sozialamt, Wohngeldstelle, Verbraucherzentrale usw.) zu verbinden.	1 / 2 / 3
Gesamtstädtisches Wegweisersystem für Besucher und Neuankömmlinge (z.B. Studenten)	3

Langfristige Maßnahmen	Aktivitätsfelder
Über Rückbaumaßnahmen oder Abriss einzelner Objekte in besonders verdichteten Bereichen des Untersuchungsgebietes nachdenken	1 / 3
Überregionalen Fahrradweg durch den Stadtteil führen (vorher ist eine umfangreiche Aufwertung von Schönwalde II notwendig; es soll ja das positive Beispiel einer ostdeutschen Plattenbausiedlung gezeigt werden.)	3

7. Zusammenfassung

Im beschriebenen Projekt wurden die Wohnsituation sowie die sozialen und demographischen Entwicklungstrends in der Greifswalder Großwohnsiedlung Schönwalde II dargestellt.

Ausgangspunkt der Untersuchung waren die für fast alle ostdeutschen Großwohnsiedlungen charakteristischen Bevölkerungsrückgänge, die im Vergleich zu den anderen Greifswalder Plattenbausiedlungen in Schönwalde II absolut wie auch prozentual am stärksten sind. Parallel war eine Konzentration von Problemen im Viertel zu beobachten, die infolge hoher Fluktuation, sozialer Entmischung, gestörter Nachbarschaften, Vandalismus usw. unzufriedene Mieter und ein zunehmend schlechter werdendes Image nach außen zur Folge hatten.

Herzstück der Untersuchung war in Ergänzung zur bereits vorhandenen Sozialstrukturdatenbank der Stadt eine Bewohnerbefragung in 436 Haushalten des Untersuchungsgebietes, deren Ergebnisse ein repräsentatives Abbild der Situation im Stadtteil wiedergeben und dringenden Handlungsbedarf signalisieren.

In den vergangenen Jahren haben die Wohnungsunternehmen umfangreiche Sanierungen und Modernisierungen am Gebäudebestand und im Wohnumfeld vorgenommen, die zu einer sichtbaren Verbesserung der Wohnqualität führten. Allerdings wurde, bis auf wenige Ausnahmen, bei den gebäudebezogenen Maßnahmen an den vorhandenen, den Ansprüchen der Bewohner kaum noch gerecht werdenden Strukturen (fehlende Fahrstühle, Grundrisse usw.) festgehalten. In Zukunft ist ein Mix aus verschiedenen Wohnungstypen zu schaffen, die in Bezug auf Wohnfläche, Anzahl der Wohnräume, Ausstattung, Miete usw. ein breites Spektrum der Bevölkerung ansprechen.

Im Bereich Infrastruktur und Wohnumfeld gibt es erheblichen Nachholbedarf. Von den Bewohnern wird vor allem die Verbesserung der Parkplatzsituation und die Einrichtung von Freizeitmöglichkeiten für die Jugend, aber auch für generationsübergreifende Aktivitäten gefordert.

Um eine bestandsorientierte und qualitätsverbessernde Entwicklung der Plattenbausiedlung zu ermöglichen, sollten Funktionen im kulturellen, sozialen, wirtschaftlichen und arbeitsmarktpolitischen Bereich angesiedelt werden. Es gilt zum einen durch den Ausbau entsprechender Einrichtungen das Wohngebiet zu einem multifunktionalen, urbanen Stadtteil mit eigener Identität, z.B. als hochwertigen Bildungsstandort, zu entwickeln. Andererseits ist das Wohngebiet mit diesen Funktionen in den gesamten Stadtorganismus zu integrieren.

Voraussetzung zum Gelingen aller Maßnahmen im Untersuchungsgebiet ist eine übergreifende Zusammenarbeit aller Akteure wie Wohnungsunternehmen, Universität, Stadtverwaltung, Parteien usw. und die frühestmögliche Einbeziehung der Bewohner in die Planungen.

Literatur

BAUAKADEMIE DER DDR, Institut für Städtebau und Architektur/Rat der Stadt Greifswald 1973: Gesellschaftliches Zentrum Greifswald-Schönwalde, Beispiellösung 1

BAUAKADEMIE DER DDR, Institut für Städtebau und Architektur Städtebau und Architektur 1974: Schriftenreihe der Bauforschung Nr. 47, 1974

GERDES, J./BRITZKE, S. u. a. 1999: Sozialatlas der Hansestadt Rostock. Universität Rostock – Institut für Soziologie, Rostock

GOLLIN, H. 2001: Wohnsituation im Greifswalder Stadtteil Schönwalde II - Eine Großwohnsiedlung im Strukturwandel. Diplomarbeit am geographischen Institut der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald, unveröffentlicht, Greifswald

MATTHIESEN, H. 2000: Greifswald unter sowjetischer Besatzung und in der DDR. In: WERNICKE, H. (Hrsg.) im Auftr. der Hansestadt Greifswald: Greifswald Geschichte der Stadt. Schwerin: Thomas Helms Verlag

SCHÜTZLER, C. 2001: Soziodemographische Strukturen in der Großwohnsiedlung Schönwalde II. Diplomarbeit am geographischen Institut der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald, unveröffentlicht, Greifswald

ZIMMERMANN, W. 2001: Leserbrief zu „Zonen der Angst". In: Die Woche Nr. 9/2001